



Rheinland-Pfalz

Statistische Monatshefte

Statistik
nutzen

12 | 2005

Statistisches Landesamt





*Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern
ein besinnliches, friedliches Weihnachtsfest
und für das neue Jahr alles Gute, Gesundheit,
persönliche Zufriedenheit und Erfolg!*

Fotonachweis

Titelfoto: Jürgen Hammerl

In Rheinland-Pfalz sind mittlerweile fast 14% der Landesfläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke verbraucht worden.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Inhalt

kurz + aktuell	731
Flächennutzung 2004 – Entwicklung wichtiger Nutzungsarten	739
Struktur und Entwicklung des produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz 1991 bis 2002	749
Das neue Umweltstatistikgesetz	760
Daten zur Konjunktur	765
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	787
Neuerscheinungen	797

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

35% der Schülerinnen und Schüler sind evangelisch

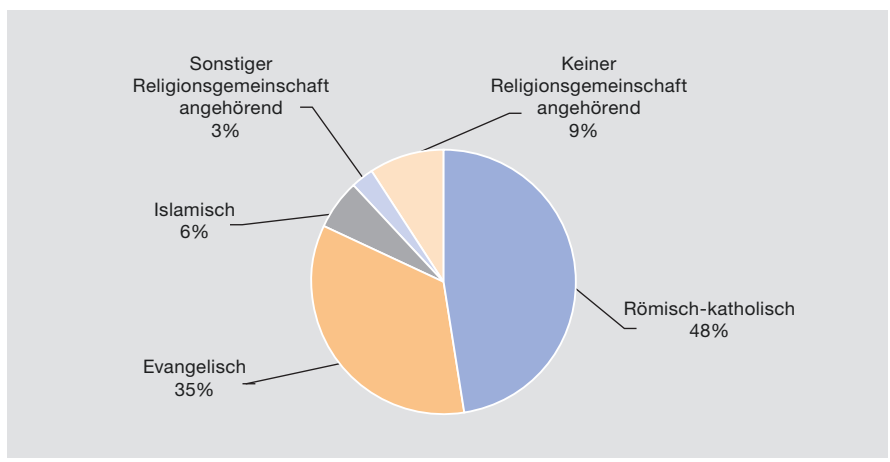
Angehende Lehrkräfte für evangelische Religion haben gute Chancen

Im vergangenen Schuljahr besuchten 170 700 evangelische Schülerinnen und Schüler eine allgemein bildende Schule in Rheinland-Pfalz. Damit stellten sie knapp 35% der Gesamtschülerschaft. Annähernd 48% ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler waren römisch-katholischer Konfession, fast 6% Muslime. Weitere rund 3% der Schülerinnen und Schüler gehörten einer sonstigen Religionsgemeinschaft an, annähernd 9% waren konfessionslos.

Von den 170 700 evangelischen Schülerinnen und Schülern besuchten 156 000 (91%) den evangelischen Religionsunterricht, 5 500 (3%) nahmen am Religionsunterricht anderer Konfessionen teil. 7 300 protestantische Kinder und Jugendliche (4%) besuchten auf eigenen Wunsch oder auf Wunsch ihrer Eltern den Ethikunterricht. 1 900 Schülerinnen und Schüler (1%) nahmen weder am Religions- noch am Ethikunterricht teil.

Für alle Schülerinnen und Schüler ist Religion grundsätzlich ordentliches Lernfach, das heißt Pflichtfach. Der Staat erteilt den Unterricht im Auftrag und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Kirchen. Gemeinhin wird für evangelische Schülerinnen und Schüler evangelischer Religionsunterricht angeboten. Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunter-

Konfessionszugehörigkeit der Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2004/05



richt nicht teilnehmen, besuchen in der Regel den Ethikunterricht. Wichtigstes Ziel des Ethikunterrichts ist es, den Schülerinnen und Schülern den Zugang zu sittlichen Werten zu vermitteln.

An den allgemein bildenden Schulen waren im vergangenen Jahr 2 265 hauptamtliche Lehrerinnen und 693 hauptamtliche Lehrer eingesetzt, die eine Lehrbefähigung in evangelischer

Religionslehre nachweisen konnten. Zur Erteilung von Religionsunterricht benötigen diese Lehrkräfte entsprechend ihrem Bekenntnis eine gesonderte kirchliche Lehrbefugnis; von Seiten der Evangelischen Kirche ist dies die Vocatio.

Insbesondere für das Lehramt an Gymnasien, aber auch für das Lehramt an berufsbildenden Schulen besteht in den kommenden Jahren ein

Schüler/-innen an allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2004/05 nach Religionszugehörigkeit und Teilnahme am Religionsunterricht

Religionszugehörigkeit	Insgesamt	Mit Teilnahme am Religions- bzw. Ethikunterricht			Ohne Teilnahme am Religions- bzw. Ethikunterricht
		zusammen	darunter mit Teilnahme am		
			katholischen Unterricht	evangelischen Unterricht	
Römisch-katholisch	233 203	229 604	217 800	2 096	3 599
Evangelisch	170 668	168 737	4 067	155 993	1 931
Islamisch	27 419	22 548	925	856	4 871
Sonstiger Religionsgemeinschaft angehörig	15 067	13 807	2 154	3 597	1 260
Keiner Religionsgemeinschaft angehörig	43 740	40 377	5 851	14 055	3 363
Insgesamt	490 097	475 073	230 797	176 597	15 024
davon an öffentlichen Schulen	458 590	445 471	211 842	167 914	13 119
privaten Schulen	31 507	29 602	18 955	8 683	1 905

fächerspezifischer Bedarf an Nachwuchskräften mit Lehrbefähigung für evangelische Religionslehre. Hierauf weist das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend in seiner aktuellen Broschüre „Lehramtsstudium – Informationen und Empfehlungen“ hin, die im Internet unter der Adresse www.mbfj.rlp.de/bildung/Dokumente/abiturientenbrief.pdf eingesehen werden kann. Damit sind die späteren Einstellungsaussichten bei jetziger Aufnahme eines entsprechenden Fachstudiums günstig.

Die Universität Mainz bietet als einzige Hochschule in Rheinland-Pfalz einen entsprechenden Fachstudiengang für das Lehramt an Gymnasien an. In diesem Ausbildungsgang waren im vergangenen Wintersemester 126 Studierende der evangelischen Theologie eingeschrieben. Zwei Studierende belegten den an der Universität Koblenz-Landau, Abteilung Landau, eingerichteten Ergänzungsstudiengang „Evangelische Theologie für das Lehramt an berufsbildenden Schulen“.

Die Zahlen stammen aus der Schul- und aus der Hochschulstatistik. Individualdaten der Schülerinnen und Schüler sowie der Studierenden werden jährlich bei den rheinland-pfälzischen Schulen und Hochschulen erfragt.

220 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Zahl der Unfälle gestiegen

Im Jahr 2004 wurden von den zuständigen Behörden 220 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen registriert; das waren 18 mehr als im Jahr zuvor. Die dabei freigesetzte Stoffmenge betrug 197 m³, von denen durch eingeleitete Sofortmaßnahmen die Hälfte wiedergewonnen werden konnte. In drei Viertel der Fälle (164) kam es als Unfallfolge zu einer Verunreinigung des Bodens, zweithäufigste Folge war die Verunreinigung eines Oberflächengewässers (63).

Nahezu zwei Drittel (142) der Unfälle ereigneten sich bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen.

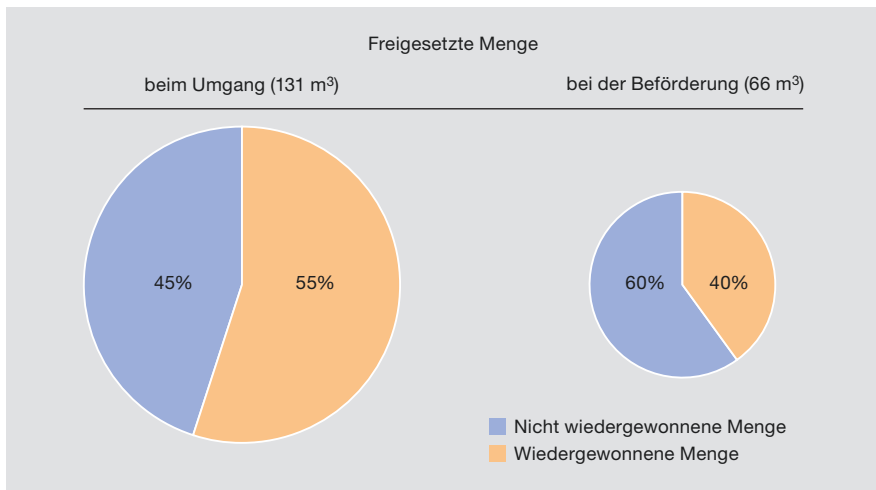
Hierbei gelangten 66 m³ dieser Substanzen in die Umwelt. Beim überwiegenden Teil (131) handelte es sich um Unfälle mit Straßenfahrzeugen, wobei in 125 Fällen das Auslaufen des Betriebsstofftanks die Verunreinigung verursachte. Damit entsprachen die Anzahl der Unfälle und die Verteilung auf die jeweiligen Beförderungsmittel dem langjährigen Durchschnitt. Im Gegensatz zum Vorjahr, wo noch drei Viertel der ausgetretenen Menge entsorgt werden konnten, wurden 2004 trotz sofort eingeleiteter Maßnahmen am Unfallort lediglich 26 m³ des freigesetzten Volumens zurückgewonnen. Ursache hierfür waren acht Schiffsunfälle, bei denen 46 m³ wassergefährdende Stoffe freigesetzt wurden; hier lag die Wiedergewinnungsquote unter 25%.

78 Schadensereignisse traten beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ein, beispielsweise beim Be- oder Entladen. Dabei gelangten 131 m³ Schadstoffe in die Umwelt. Mehr als 85% dieser Umweltbeeinträchtigungen waren auf den Umgang mit Mineralölprodukten zurückzuführen, deren Anteil an der freigesetzten Menge jedoch eher gering war (23%). Jeweils knapp 40% der freigesetzten Menge entfielen auf sonstige Stoffe, wie z. B. chemische Grund- und Ausgangsstoffe, Farben und Lacke, sowie auf Jauche, Gülle und Silagesickersaft. Verglichen mit dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre wurden 2004 allerdings über ein Viertel mehr Mineralölprodukte freigesetzt (30 m³). Auch bei den sonstigen Stoffen trat aufgrund eines größeren Unfalls eine

Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen 2004

Art des Unfalls Art des wassergefährdenden Stoffes	Unfälle	Freigesetzte Menge wassergefährdender Stoffe	
		insgesamt	darunter nicht wiedergewonnen
	Anzahl	m ³	
Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	78	131	59
Mineralölprodukte	67	30	6
Jauche, Gülle, Silagesickersaft	4	50	2
sonstige Stoffe	7	51	51
Beförderung von wassergefährdenden Stoffen	142	66	40
Mineralölprodukte	134	62	39
Jauche, Gülle, Silagesickersaft	-	-	-
sonstige Stoffe	8	4	1
Insgesamt	220	197	99

Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen 2004



weit überdurchschnittliche Menge aus.

Die Daten stammen aus der Erhebung über Unfälle mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen. Die Meldungen erfolgen über die unteren Wasserbehörden sowie die Dienststellen der Wasserschutzpolizei und des Landesbetriebes Straßen und Verkehr.

Nach ersten, noch vorläufigen Berechnungen hatten im zweiten Quartal 2005 rund 1,786 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Damit hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Vorjahresvergleich um

5 300 Personen oder 0,3% erhöht. Der Beschäftigungszuwachs fiel allerdings etwas geringer aus als im ersten Quartal dieses Jahres (+8 500 Personen oder +0,5%). Der Anstieg der Erwerbstätigkeit in den ersten beiden Quartalen 2005 war – wie auch schon in den Vorjahren – vor allem auf die Dienstleistungsbereiche zurückzuführen, während das produzierende Gewerbe weiterhin Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen hatte.

Im Bundesdurchschnitt lag der Beschäftigungszuwachs im ersten und zweiten Quartal dieses Jahres bei jeweils 0,1%; die Entwicklung in Rheinland-Pfalz verlief also günstiger als in Deutschland insgesamt.

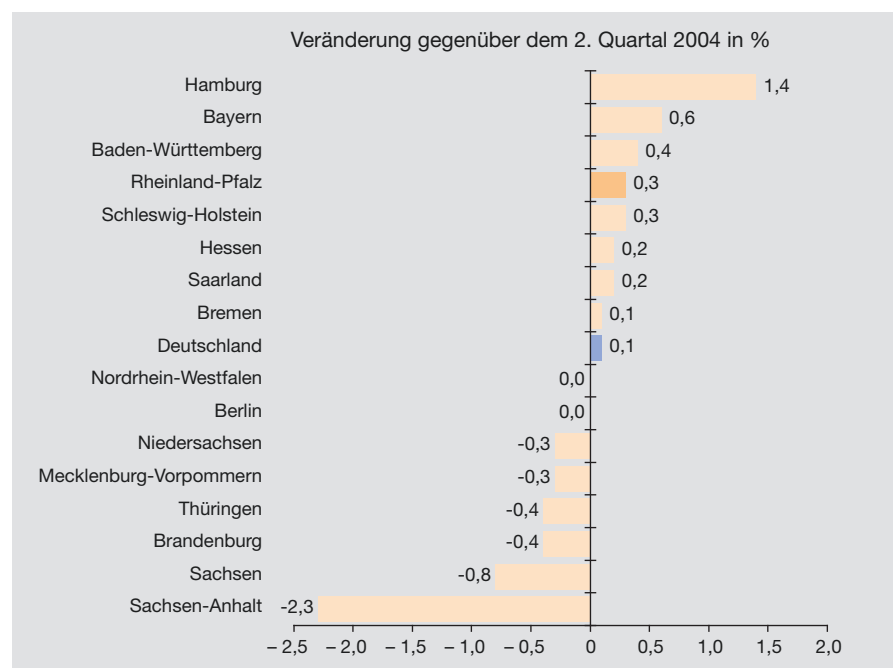
Die hier veröffentlichten Zahlen beziehen sich auf den Rechenstand des Statistischen Bundesamtes vom Au-

Zahl der Erwerbstätigen im zweiten Quartal gestiegen

Erstmals Vierteljahresergebnisse zur Erwerbstätigkeit nach Ländern

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ hat kürzlich erstmals Vierteljahresergebnisse zur Zahl der Erwerbstätigen auf Länderebene veröffentlicht. Mit vier Berichtsterminen pro Jahr werden künftig zeitnah Informationen über die Entwicklung der regionalen Arbeitsmärkte bereitgestellt.

Zahl der Erwerbstätigen im 2. Quartal 2005



gust 2005. Neue und überarbeitete Vierteljahresergebnisse der Länder bis einschließlich 3. Quartal 2005 werden am 15. Dezember veröffentlicht.

Ausführliche Ergebnisse zur unterjährigen Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Ländern werden vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ in der Gemeinschaftsveröffentlichung „Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2001 bis 2. Vierteljahr 2005, Reihe 1 Band 3“ veröffentlicht. Aktuelle Ergebnisse in zusammengefasster Form können auch auf der Internetseite des Arbeitskreises abgerufen werden: www.statistik-hessen.de/erwerbstaetigenrechnung.

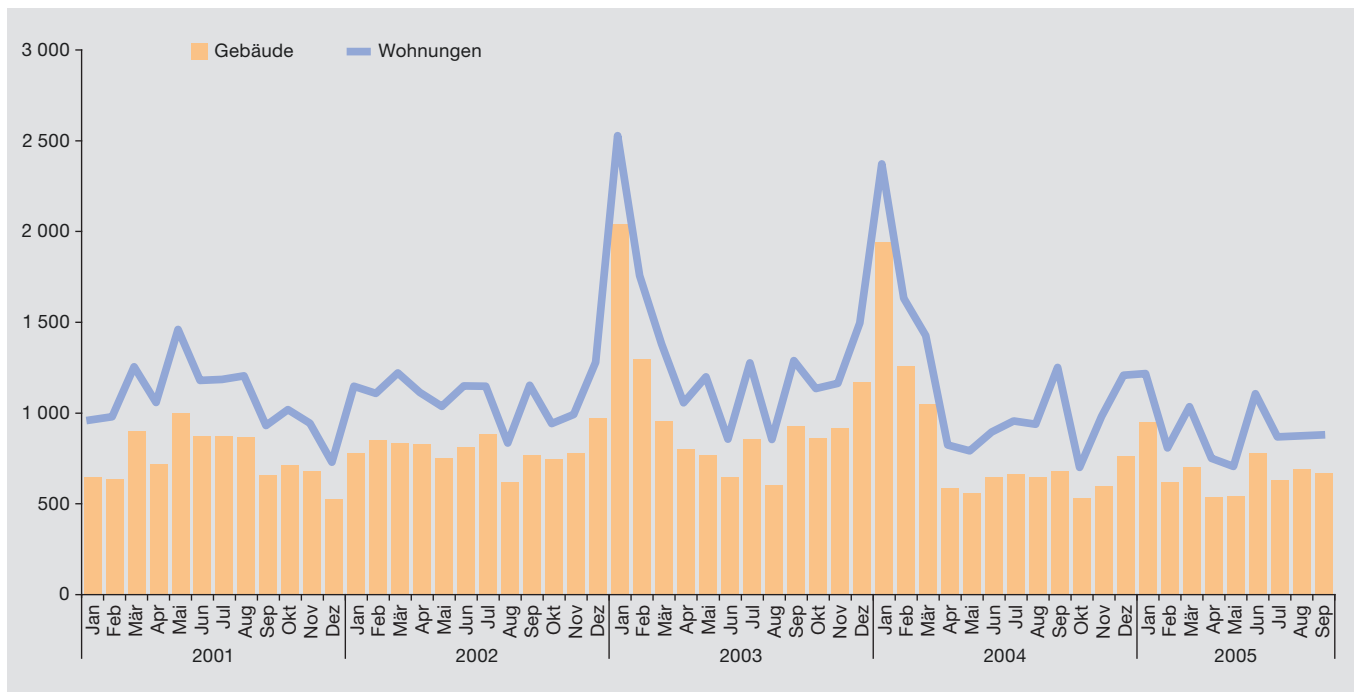
Diskussionen um die Eigenheimzulage führten in den vergangenen Jahren zum „Run“ auf die Bauämter

Die Diskussionen um die Abschaffung bzw. Reduzierung der Eigenheimzulage haben sich in den vergangenen Jahren auch bei den Baugenehmigungen niedergeschlagen. Zahlreiche Bauherren versuchten, noch vor den Stichtagen der vorgesehenen Gesetzesänderungen die Planungen in trockene Tücher zu bringen, um sich die Förderung nach der alten Rechtslage zu sichern.

Im Jahr 2002 reichte schon die Ankündigung der damaligen Bundesregierung aus, die Eigenheimzulage zum 1. Januar 2003 drastisch zu senken, um den Bauämtern am Jah-

resende einen Berg von Anträgen zu bescheren. Während von Januar bis November 2002 durchschnittlich 787 Genehmigungen für neue Wohngebäude erteilt wurden, stieg die Zahl im Dezember auf 975. Nach den Plänen der damaligen Bundesregierung sollte es eine Förderung nur noch für Bauherren bzw. Käufer mit Kindern geben. Sie sollte sich zusammensetzen aus einer Grundförderung von 1 000 Euro und einer Zulage von 800 Euro pro Kind; Neubauten und der Kauf von Gebrauchtimmobilien sollten gleich behandelt werden. Das Gesetz hat die parlamentarischen Hürden allerdings nicht genommen. Gleichwohl war der Ansturm auf Architekturbüros und Bauunternehmen so groß, dass die Bauämter noch im Januar 2003 (2 040) und im Februar

Baugenehmigungen für neue Wohngebäude und Wohnungen von Januar 2002 bis September 2005



2003 (1 296) deutlich mehr Baugenehmigungen bearbeiten mussten als in „normalen“ Monaten.

Im Jahr 2003 wiederholte sich das Ganze. Im August 2003 strebte die Bundesregierung mit dem Haushaltsbegleitgesetz die vollständige Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2004 an. Auch das führte dazu, dass viele Bauherren ihre Planungen vorzogen, um noch in den Genuss der Förderung zu kommen. Auch in jenem Jahr war der Ansturm so groß, dass viele Bauanträge erst zu Beginn des Jahres 2004 abschließend bearbeitet wurden und damit auch erst im Januar und im Februar in die Statistik einfließen. Abgeschafft wurde die Eigenheimzulage damals wegen des Widerstandes des Bundesrates nicht. Im Vermittlungsausschuss einigte man sich auf eine Reduzierung ab 1. Januar 2004: Der maximale Fördergrundbetrag verringerte sich von 2 556 Euro (für Neubauten) bzw. 1 278 Euro (für Altbauten) auf 1 250 Euro im Jahr für Altbauten, die Kinderzulage wurde von 767 auf 800 Euro im Jahr je Kind erhöht. Außerdem wurden die Einkommensgrenzen gesenkt.

Der letzte Anlauf der alten Bundesregierung, die Eigenheimzulage abzuschaffen, führte im Jahr 2004 nicht mehr zu einem so starken „Run“ auf die Bauämter wie in den Vorjahren. Die Zahl der genehmigten Wohngebäude stieg in den Monaten November 2004 bis Januar 2005 nur leicht an. Im November 2004 hatte der Bundestag das Gesetz zur finanziellen Unterstützung der Innovationsoffensive durch

Abschaffung der Eigenheimzulage beschlossen, das der Bundesrat jedoch ablehnte; die Beratungen im Vermittlungsausschuss konnten in der vergangenen Legislaturperiode nicht mehr abgeschlossen werden. Das neue Regierungsbündnis aus CDU/CSU und SPD einigte sich jetzt im Koalitionsvertrag auf die vollständige Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006.

Mehr Gäste aber weniger Übernachtungen im September Zuwächse beim Auslands-tourismus

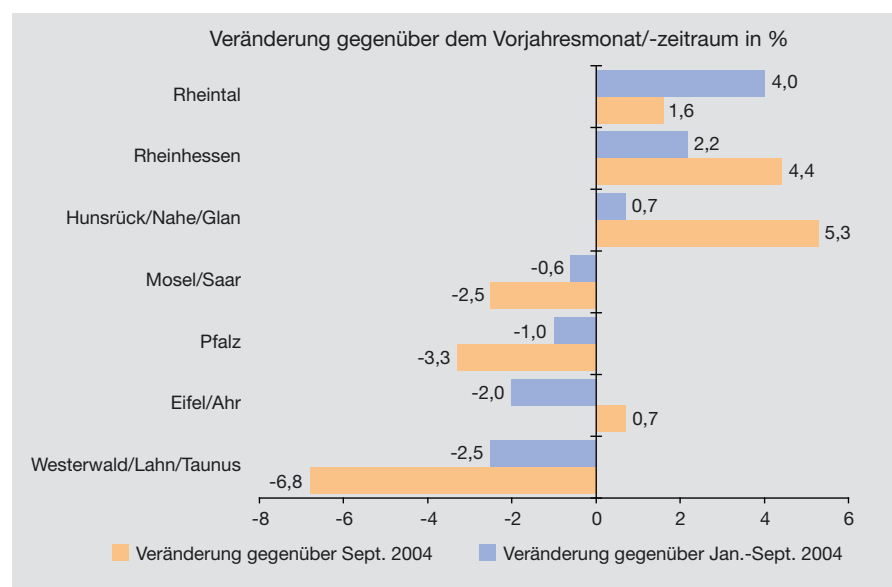
Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche konnte im September fast 895 000 in- und ausländische Gäste begrüßen. Das waren 2,7% mehr als im September 2004. Während die Besucher im Vorjahr durchschnittlich

fast drei Tage in den Beherbergungsbetrieben verweilten, waren es im aktuellen Berichtsmonat 2,8 Tage. Die Übernachtungszahlen gingen daher im September um 1% auf 2,5 Mill. zurück.

Beim Inlandstourismus (2,1 Mill. Übernachtungen) waren rückläufige Zahlen zu verzeichnen (-2,4%). Hingegen nahmen die Übernachtungen der Gäste aus dem Ausland um 6,4% auf 442 000 zu. Mehr als ein Drittel der Übernachtungen von Ausländern entfiel dabei auf Gäste aus den Niederlanden. Auf Rang zwei und drei folgten mit einem Übernachtungsanteil von 18 bzw. fast 10% Belgier und Briten.

In den sieben rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgebieten war die Entwicklung uneinheitlich. Während vier Regionen – Hunsrück/Nahe/Glan, Rheinhessen, Rheintal, Eifel/Ahr –

Übernachtungen im September 2005 und von Januar 2005 bis September 2005



Gäste und Übernachtungen¹⁾ im September 2005 und von Januar bis September 2005

Fremdenverkehrsgebiet Betriebsart	Gäste				Übernachtungen			
	September 2005	Januar 2005 bis September 2005	Veränderungen gegenüber		September 2005	Januar 2005 bis September 2005	Veränderungen gegenüber	
			Sept. 2004	Jan-Sept. 2004			Sept. 2004	Jan-Sept. 2004
	Anzahl		%		Anzahl		%	
nach der Herkunft								
aus dem Ausland	151 548	1 186 672	1,0	5,1	442 124	3 427 102	6,4	3,7
aus Deutschland	742 930	4 377 835	3,0	2,2	2 105 038	12 771 675	-2,4	-1,4
nach Fremdenverkehrsgebieten								
Eifel/Ahr	144 497	954 729	8,1	2,5	461 635	3 301 268	0,7	-2,0
Hunsrück/Nahe/Glan	69 509	478 116	7,9	2,7	233 112	1 773 693	5,3	0,7
Mosel/Saar	262 286	1 360 039	0,7	1,9	833 203	4 345 427	-2,5	-0,6
Pfalz	177 012	1 172 638	-0,6	2,9	481 344	3 095 199	-3,3	-1,0
Rheinhessen	76 282	527 827	3,6	4,0	134 828	933 005	4,4	2,2
Rheintal	109 187	676 580	4,7	5,5	247 274	1 536 352	1,6	4,0
Westerwald/Lahn/Taunus	55 705	394 578	-1,4	0,8	155 766	1 213 833	-6,8	-2,5
nach Betriebsarten								
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	46 668	326 538	5,4	0,5	136 628	1 061 098	3,4	-1,0
Ferienhäuser, -wohnungen	25 564	163 001	33,3	17,8	102 440	703 301	6,8	3,3
Ferienzentren	28 281	268 574	15,8	0,0	132 316	1 335 279	4,0	-0,6
Gasthöfe	39 464	238 320	-6,6	-3,1	112 279	638 184	-3,8	-2,1
Hotels	453 533	2 937 223	1,5	4,1	950 946	6 039 379	-0,6	1,8
Hotels garnis	59 104	364 996	2,9	3,3	124 818	764 425	-1,6	0,6
Jugendherbergen u.ä. Einrichtungen	59 467	414 789	4,7	1,1	134 722	951 766	0,8	-0,2
Pensionen	38 360	223 425	0,8	1,9	128 784	693 771	-5,5	-4,2
Privatquartiere ²⁾	134 894	549 619	2,1	-0,6	534 146	2 343 682	-3,3	-5,0
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	9 143	78 022	-3,0	0,5	190 083	1 667 892	-1,9	-0,5
Insgesamt	894 478	5 564 507	2,7	2,8	2 547 162	16 198 777	-1,0	-0,4

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Neben Privatquartieren mit weniger als 9 Betten sind hier auch gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als 9 Betten berücksichtigt.

prozentuale Zuwächse zwischen 5,3 und 0,7% bei den Übernachtungen verzeichnen konnten, mussten die drei Regionen Westerwald/Lahn/Taunus, Pfalz und Mosel/Saar Rückgänge hinnehmen. Mehr als die Hälfte der Übernachtungen (1,3 Mill. / -1,5%) entfiel auf die rheinland-pfälzische Hotellerie. Hierzu zählen Hotels, Hotels garnis, Gasthäuser und Pensionen. Im sonstigen Beherbergungsgewerbe, hierzu gehören Erholungs- und Ferienheime, Ferienzentren und -wohnungen sowie Jugendherbergen und ähnliche Einrichtungen, konnten die Übernachtungszahlen um 3,5%

auf über eine halbe Million gesteigert werden. Bei den Kleinbetrieben mit weniger als neun Fremdenbetten gingen die Übernachtungen um 3,3% auf 534 000 zurück. In den Kleinbetrieben werden – nach den Hotels – die zweithöchsten Gäste- und Übernachtungszahlen im Land gezählt.

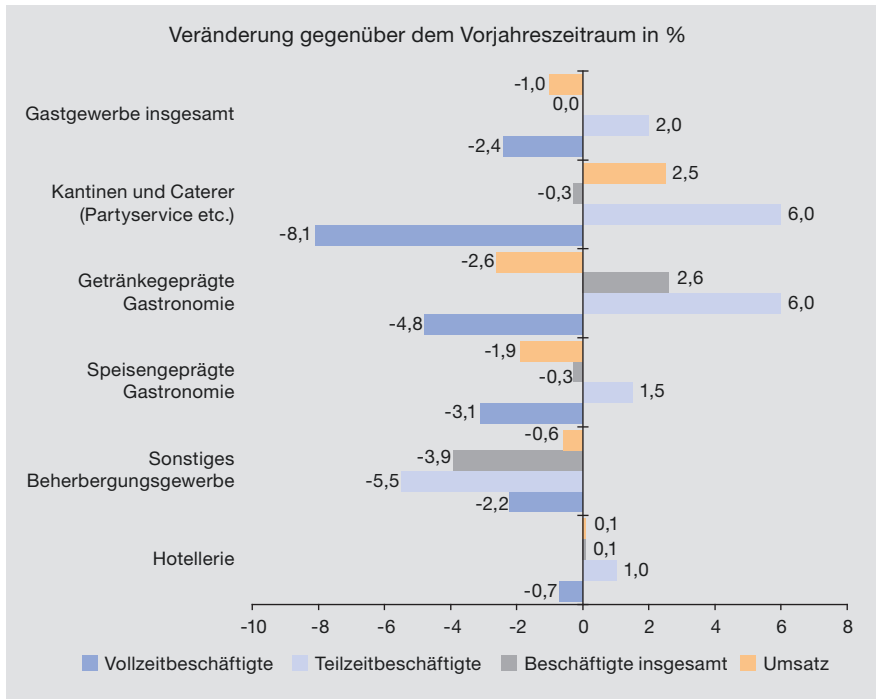
In den ersten neun Monaten des Jahres wurden insgesamt fast 5,6 Mill. Gäste und 16,2 Mill. Übernachtungen gezählt. Gegenüber dem Zeitraum Januar bis September 2004 haben die Gästezahlen damit um 2,8% zugenommen. Die Übernachtungszahlen gingen um 0,4% zurück.

Rückläufige Umsatzzahlen im Gastgewerbe

Zuwachs bei Teilzeitbeschäftigten

Die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes waren in den ersten neun Monaten dieses Jahres rückläufig. Nach vorläufigen Berechnungen fielen die Umsätze gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal, das heißt zu jeweiligen Preisen, um 1% geringer aus. Real – um die Preisveränderungen bereinigt – lag das Umsatzminus bei 2,2%. Bundesweit setzte das Gastgewerbe nominal 0,9% und real 2% weniger um.

Umsatz und Beschäftigte im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe Januar 2005 bis September 2005



Den stärksten Rückgang hatte die getränkegeprägte Gastronomie zu verkraften, zu der Schankwirtschaften, Bars, Diskotheken und Tanzlokale gehören. In der speisengeprägten Gastronomie waren unter anderem die Restaurants mit herkömmlicher Bedienung von Umsatzrückgängen betroffen. Dagegen konnten die Restaurants mit Selbstbedienung ihre Umsätze steigern. Das rheinland-pfälzische Beherbergungsgewerbe verfehlte das Umsatzvolumen des Vorjahreszeitraums nur knapp. Während die Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen) ein leichtes Plus verbuchte, musste das übrige Beherbergungsgewerbe (insbesondere die Ferienzentren, Ferienhäuser und -wohnungen sowie Privatquartiere) Rückgänge hinnehmen. Umsatzzuwächse meldeten

Kantinenbetreiber und Cateringfirmen (Partyservice, Belieferung von Fluggesellschaften etc.).

Die Beschäftigtenzahl des Gastgewerbes blieb in den ersten neun Monaten zwar insgesamt konstant, allerdings hat es deutliche Verschiebungen zu Lasten der Vollzeitstellen gegeben. Während die Zahl der Teilzeitkräfte zunahm (+2%), ging die Zahl der Vollzeitbeschäftigten zurück (-2,4%).

Die Daten stammen aus der monatlichen Stichprobenerhebung bei etwa 700 Gastronomieunternehmen in Rheinland-Pfalz. Das sind rund 4% aller Gastronomiebetriebe im Land. Die Angaben für Filialbetriebe von Hotel- und Restaurantketten mit Sitz in einem anderen Bundesland sind

in den Daten enthalten. Da es sich um eine Stichprobenerhebung handelt, liegen absolute Werte sowie Regionalangaben nicht vor.

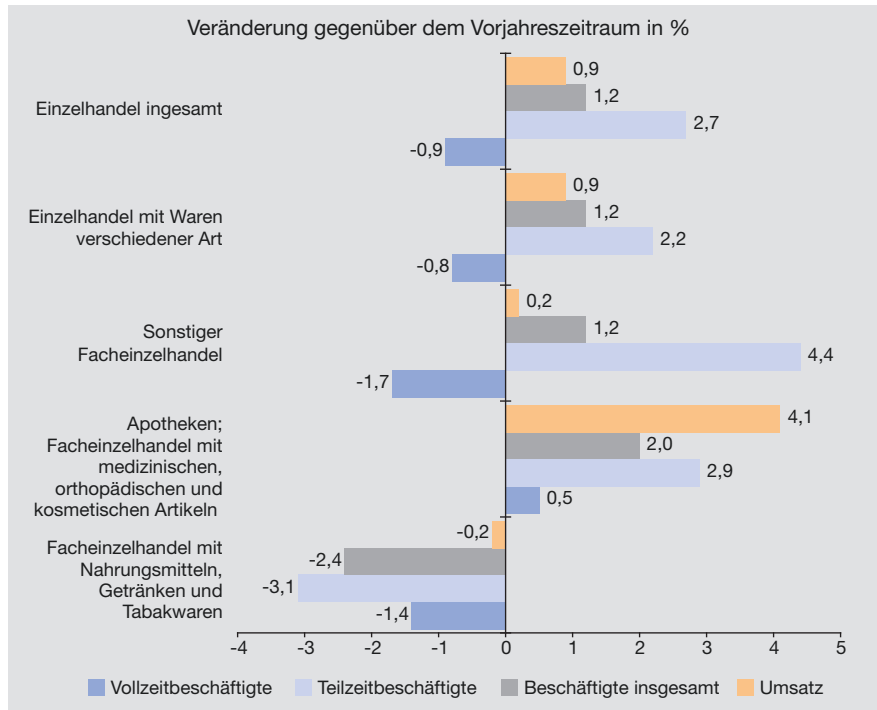
Einzelhandel mit leichtem Umsatzplus

Zunehmende Teilzeitbeschäftigung bei sinkender Vollzeitbeschäftigung

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel – ohne Kraftfahrzeughandel und ohne Tankstellen – erzielte von Januar bis September 2005 ein leichtes Umsatzplus. Nach vorläufigen Berechnungen stiegen die Umsätze gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 0,9%. Real, das heißt um Preisveränderungen bereinigt, lag der Zuwachs bei 0,2%. Bundesweit nahmen die Umsätze des Einzelhandels nominal um 1,4% und real um 1% zu.

Deutliche Umsatzsteigerungen verzeichneten die Apotheken und die Anbieter von medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. Der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art – hierzu zählen Verbrauchermärkte, SB-Warenhäuser, Supermärkte und sonstige Lebensmittelmärkte – verbuchte ebenfalls ein leichtes Plus. Im Gegensatz dazu mussten die Fachhändler von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren Umsatzrückgänge hinnehmen. Gleiches gilt für Händler, die ihre Waren außerhalb von Ladengeschäften, zum Beispiel im Versandhandel oder an Verkaufsständen und auf Märkten, anbieten.

**Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
Januar 2005 bis September 2005**



Aufgrund des Anstiegs bei den Teilzeitkräften (+2,7%) war die Beschäftigtenentwicklung in den ersten neun Monaten insgesamt positiv (+1,2%). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ging allerdings zurück (-0,9%).

Die Daten stammen aus der monatlichen Stichprobenerhebung bei etwa 1 800 Einzelhandelsunternehmen in Rheinland-Pfalz. Das sind rund 9% aller Einzelhändler. Die Angaben für Filialbetriebe von Einzelhandelsketten mit Sitz in einem anderen Bundesland sind in den Daten enthalten. Da es sich um eine Stichprobenerhebung handelt, liegen absolute Werte sowie Regionalangaben nicht vor.

Über uns

**Newsletter informiert über
Pressemitteilungen und neue
Veröffentlichungen**

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat seinen Informationsservice erweitert. Internet-Nutzer haben ab sofort die Möglichkeit, sich themenbezogen über die aktuellsten Ergebnisse der amtlichen Statistik für Rheinland-Pfalz unterrichten zu lassen. „Das ist ein weiterer wichtiger Schritt hin zu unserem Ziel, die Daten so passgenau wie möglich anzubieten“, kommentiert Präsident Jörg Berres den neuen Service. Die Nutzer können entscheiden, zu welchen Themen sie aktuell per E-Mail informiert werden wollen.

Der Service wird in zwei getrennten Newslettern angeboten: Zum einen wird über die täglichen Pressemitteilungen informiert, zum anderen gibt es eine wöchentliche Benachrichtigung über alle neu erschienenen Veröffentlichungen. Die Mails enthalten jeweils Links auf die Pressemitteilung bzw. auf die PDF-Dateien der Publikationen, die kostenfrei aus dem Internet heruntergeladen werden können. Die Abonnenten, die bisher gedruckte Exemplare der Statistischen Berichte bezogen haben, werden in diesen Tagen über den neuen Service informiert. Für das Statistische Landesamt ist dieser Service auch ein wichtiger Beitrag zu mehr Wirtschaftlichkeit, da Druck- und Versandkosten reduziert

werden. Gedruckte Exemplare gibt es auf Wunsch jedoch weiterhin.

Die Anmeldung zum Newsletter ist über den folgenden Link möglich: <http://www.statistik.rlp.de/newsletter/index.html>. Interessierte müssen lediglich die Themen auswählen und die E-Mail-Adresse eintragen, unter der sie informiert werden wollen; die Anmeldung zu den Newslettern wird per E-Mail bestätigt.

Bitte beachten Sie:

Mit dieser Ausgabe der Statistischen Monatshefte haben Sie kostenlos die 120seitige Veröffentlichung Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz und das Inhaltsverzeichnis der Monatshefte 2004 erhalten.

Flächennutzung 2004 – Entwicklung wichtiger Nutzungsarten



Von Gerd Kramer

Der Jahresabschluss 2004 des Automatisierten Liegenschaftsbuches der Vermessungs- und Katasterverwaltung ist die Grundlage für die alle vier Jahre bundesweit stattfindende Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung. Während in den Zwischenjahren 2001 bis 2003 nur Angaben zu ausgewählten Nutzungsarten aufbereitet wurden, liegt mit den aktuellen Zahlen für das Jahr 2004 sachlich wesentlich tiefer gegliedertes Datenmaterial zur Nutzung der Bodenfläche vor. Für 3 111 Gemarkungen in Rheinland-Pfalz werden über 200 Nutzungsarten ausgewertet, zu denen aus dem Jahresabschluss 2000 vergleichbare Daten verfügbar sind. Ausgewählte Nutzungsarten lassen sich mittlerweile 26 Jahre zurückverfolgen, so dass grundlegende Entwicklungen der Flächennutzung in Rheinland-Pfalz dargestellt werden können.

Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche fast 14%

Siedlungen und Verkehr beanspruchen in Rheinland-Pfalz so viel Fläche wie nie zuvor. 274 000 ha (13,8% der Landesfläche) umfassen die besiedelten Räume der 2 306 Städte und Gemeinden und die sie verbindenden Verkehrswege. Die unter dem flächenstatistischen Oberbegriff „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ zusammengefassten Nutzungsarten enthalten alle mit Siedlungsaktivitäten in direktem Zusammenhang stehende Nutzungen. Dazu gehören zum Beispiel auch Friedhöfe, Kleingärten, Bauplätze und Fahrwege.

Ein begriffliches Gegenstück zur Siedlungs- und Verkehrsfläche hat sich bislang nicht

herausgebildet. Die oft im Kontext mit Siedlungsaktivitäten zitierte Freifläche wäre hier irreführend; sie kennzeichnet innerhalb der Nutzungsart „Gebäude- und Freifläche“ die „freie Fläche“ eines bebauten Grundstücks (sie ist dem Zweck des Gebäudes untergeordnet, wie z. B. ein Haus- und Nutzgarten).

Mit „Landschaft“ ist das, was nicht an Flächen für Siedlungen und Verkehr in Anspruch genommen wird, schon eher zu umschreiben. Landwirtschaftsflächen (846 000 ha), Wälder (824 000 ha), fließende und stehende Gewässer (27 000 ha) und nicht nutzbares Land, das so genannte Unland (4 800 ha), machen den überwiegenden Teil der „Landschaft“ aus. Hierzu zählen ebenso Abbauland zur Gewinnung

Begriffliches Gegenstück zur aggregierten Nutzungsart „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ fehlt

von Bodenschätzen, Übungsgelände (vor allem Militärgelände, wie Truppenübungsplätze), Schutzflächen (z. B. zum Schutz vor Hochwasser) und historische Anlagen. In der Summe ergeben sich so über 1,7 Mill. ha, die nicht Siedlungs- und Verkehrsfläche sind und den übrigen Teil (86,2%) der Bodenfläche ausmachen.

Allerdings enthält auch die Siedlungs- und Verkehrsfläche landschaftsbildende bzw. -gliedernde Nutzungsarten (Parks, Wildgehege, Gärten, Fußwege). Umgekehrt unterliegen Nutzungsarten wie Tongruben, Steinbrüche, landwirtschaftliche Betriebsflächen, Häfen, Verkehrsübungsplätze, Rückhalte-

becken u. a. in hohem Maße menschlichen Einflüssen, so dass man diese Flächen auch mit Siedlungsaktivitäten verbindet.

Stetige Zunahme des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist seit 1978, ausgehend von 9,6%, stetig gestiegen; die Zunahme beläuft sich bis heute auf 4,2 Prozentpunkte. Zeitreihen beginnen in der Regel deswegen mit dem Jahr 1978, weil eine direkte Vergleichbarkeit der Nutzungsarten erst seit der damals eingeführten Flächenerhebung gegeben ist.

Vergleichbare
Zeitreihe erst
ab 1978

T 1 Nutzung der Bodenfläche 1978–2004

Jahr ¹⁾	Bodenfläche insgesamt ²⁾	Siedlungs- und Verkehrsfläche					Landwirtschaftsfläche	Waldfläche	Sonstige Flächen ⁴⁾
		zusammen	Gebäude- und Freifläche	Erholungsfläche	Verkehrsfläche	sonstige ³⁾			
Fläche (ha)									
1978	1 984 773	191 316	85 266	5 952	96 475	.	970 000	766 520	.
1980	1 984 710	202 591	90 813	7 543	100 229	.	953 788	770 795	.
1984	1 984 720	227 924	105 425	10 754	107 559	.	915 058	781 527	.
1988	1 984 878	242 832	94 947	26 081	114 835	6 970	884 454	796 703	60 889
1992	1 985 204	250 403	98 068	28 699	116 486	7 150	869 264	804 553	60 985
1996	1 985 303	257 716	103 073	29 050	118 292	7 301	861 714	806 179	59 694
2000	1 985 308	265 630	108 349	30 040	119 737	7 503	850 123	809 806	59 749
2004	1 985 337	274 061	113 444	30 950	121 755	7 912	846 489	823 612	41 175
Anteil an der Bodenfläche (%)									
1978	100	9,6	4,3	0,3	4,9	.	48,9	38,6	.
1980	100	10,2	4,6	0,4	5,1	.	48,1	38,8	.
1984	100	11,5	5,3	0,5	5,4	.	46,1	39,4	.
1988	100	12,2	4,8	1,3	5,8	0,4	44,6	40,1	3,1
1992	100	12,6	4,9	1,4	5,9	0,4	43,8	40,5	3,1
1996	100	13,0	5,2	1,5	6,0	0,4	43,4	40,6	3,0
2000	100	13,4	5,5	1,5	6,0	0,4	42,8	40,8	3,0
2004	100	13,8	5,7	1,6	6,1	0,4	42,6	41,5	2,1
Messzahl (1988=100)									
1978	X	78,8	89,8	22,8	84,0	.	109,7	96,2	.
1980	X	83,4	95,6	28,9	87,3	.	107,8	96,7	.
1984	X	93,9	111,0	41,2	93,7	.	103,5	98,1	.
1988	X	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	X	103,1	103,3	110,0	101,4	102,6	98,3	101,0	100,2
1996	X	106,1	108,6	111,4	103,0	104,8	97,4	101,2	98,0
2000	X	109,4	114,1	115,2	104,3	107,6	96,1	101,6	98,1
2004	X	112,9	119,5	118,7	106,0	113,5	95,7	103,4	67,6

1) Stichtag jeweils 31. 12. - 2) Einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes. - 3) Betriebsfläche ohne Abbauland, Friedhof. - 4) Wasserfläche, Abbauland, Flächen anderer Nutzung (ohne Friedhof).

Nach Berechnungen¹⁾, die sich auf die bis 1978 maßgebliche Flächenstatistik – die Bodennutzungsvorerhebung – stützen, kann für die 1950er-Jahre nach heutiger Definition durchschnittlich von einem etwa 8%igen Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgegangen werden; das waren rund 160 000 ha. Diese Fläche stellte den Ausgangspunkt der Siedlungsflächenentwicklung in dem damals noch jungen Bundesland Rheinland-Pfalz mit seinerzeit gut 3 Mill. Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte von etwa 160 Einwohnern je km² dar. Um diese Werte einordnen zu können, kann man sich das heutige Thüringen vor Augen halten: Thüringen kommt mit einer Bevölkerungsdichte von ca. 150 Einwohnern je km² und einem Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche von knapp unter 9% den rheinland-pfälzischen Verhältnissen von 1950 ziemlich nahe.

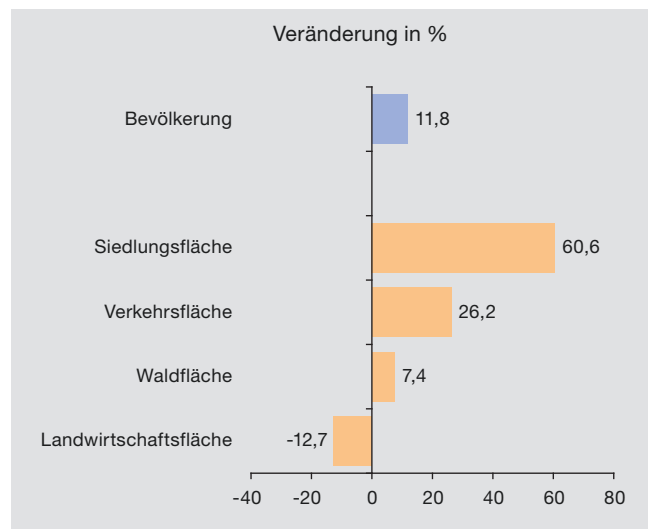
Siedlungsfläche nahm erheblich stärker zu als die Verkehrsfläche

2004 entfielen 60% der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf Siedlungen

Die Siedlungsfläche (Gebäude- und Freifläche, Erholungsfläche, Betriebsfläche ohne Abbau- und Friedhof) hat seit 1978 stärker zugenommen als die Verkehrsfläche. Sie ist allein seit 1978 um über 60% gewachsen, verglichen mit einer Zunahme der Verkehrsfläche um 26%. Während 2004 knapp 56% der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf den Bereich Siedlung und entsprechend 44% auf den Bereich Verkehr entfielen, war das Verhältnis Ende der 1970er-Jahre noch ausgeglichen. Trotz dieses anteilmäßigen Rück-

S 1

Entwicklung der Bevölkerung und ausgewählter Nutzungsarten der Bodenfläche 1978–2004



gangs bleiben die Verkehrsflächen im Transit- und Pendlerland Rheinland-Pfalz (auch verglichen mit dem Bundesdurchschnitt von 39%) bedeutend.

Die Einwohnerzahlen sind im betrachteten Zeitraum schwächer gestiegen (+11,8%) als die Siedlungs- und auch die Verkehrsflächen. Mit 675 m² Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner (Bundesdurchschnitt 2003: 550 m² je Einwohner) hat die aktuelle Flächeninanspruchnahme einen Höchststand erreicht. Dieser Wert wird in den kommenden Jahren bei stagnierenden Einwohnerzahlen und nach wie vor bestehenden Neuausweisungen von Wohn- und Gewerbeflächen weiter ansteigen²⁾.

Bauernland zu Bauland

Ohne massive Aufgabe landwirtschaftlich genutzter Flächen wäre die Ausdehnung der Siedlungen in den letzten Jahrzehnten nicht möglich gewesen. Seit 1978 wurde die Landwirtschaftsfläche um 124 000 ha

Landwirtschaftsfläche nahm um 12,7% ab

1) Kramer, Gerd: Flächenerhebung 1993 – eine erweiterte Betrachtungsweise, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 6/1994, S. 127-136.

2) Zahlen zum aktuellen Stand der Flächennutzungsplanung werden mit der Flächenerhebung nach Art der geplanten Nutzung im Frühjahr 2006 vorgelegt werden können.

T 2

Nutzung der Bodenfläche 1996, 2000 und 2004 nach Nutzungsarten¹⁾

Schlüsselnummer	Nutzungsart	1996	2000	2004		Veränderung 2004 zu 2000
				Fläche	Anteil	
				ha		
100/200	Gebäude- und Freifläche	103 073	108 349	113 444	5,7	4,7
110	Öffentliche Zwecke	8 523	8 407	9 295	0,5	10,6
130	Wohnen	50 118	52 634	56 201	2,8	6,8
140	Handel und Dienstleistungen	3 601	4 090	4 605	0,2	12,6
170	Gewerbe und Industrie	11 663	12 461	13 149	0,7	5,5
210	Mischnutzung mit Wohnen	4 519	4 630	4 759	0,2	2,8
230	zu Verkehrsanlagen	959	990	1 016	0,1	2,6
250	zu Versorgungsanlagen	1 066	1 080	1 101	0,1	2,0
260	zu Entsorgungsanlagen	830	925	946	0,0	2,2
270	Land- und Forstwirtschaft	10 123	10 088	10 168	0,5	0,8
280	Erholung	2 790	2 850	2 931	0,1	2,8
290	ungenutzt	8 882	10 195	9 275	0,5	- 9,0
300	Betriebsfläche	10 143	10 286	10 663	0,5	3,7
310	Abbauland	4 748	4 721	4 702	0,2	- 0,4
320	Halde	862	897	891	0,0	- 0,6
330	Lagerplatz	1 922	1 945	2 049	0,1	5,3
340	Versorgungsanlage	491	491	588	0,0	19,9
350	Entsorgungsanlage	1 086	1 163	1 204	0,1	3,6
360	ungenutzt	1 035	1 069	1 227	0,1	14,8
400	Erholungsfläche	29 050	30 040	30 950	1,6	3,0
410	Sportfläche	5 505	5 727	5 944	0,3	3,8
420	Grünanlage	22 638	23 340	24 076	1,2	3,2
430	Campingplatz	907	974	930	0,0	- 4,5
500	Verkehrsfläche	118 292	119 737	121 755	6,1	1,7
510	Straße	36 760	36 503	36 907	1,9	1,1
520	Weg	59 734	59 967	60 525	3,0	0,9
530	Platz	2 683	2 752	2 876	0,1	4,5
540	Bahngelände	4 224	3 867	3 800	0,2	- 1,7
550	Flugplatz	1 206	1 212	1 655	0,1	36,5
560	Schiffsverkehr	72	76	61	0,0	- 19,8
580	Verkehrsfläche, ungenutzt	368	366	81	0,0	- 77,7
590	Verkehrsbegleitfläche	13 245	14 995	15 850	0,8	5,7
600	Landwirtschaftsfläche	861 714	850 123	846 489	42,6	- 0,4
610	Ackerland	496 286	476 529	464 157	23,4	- 2,6
620	Grünland	282 990	289 567	297 415	15,0	2,7
630	Gartenland	2 715	2 606	2 512	0,1	- 3,6
640	Weingarten	69 046	68 367	67 358	3,4	- 1,5
650	Moor	62	62	61	0,0	- 1,8
660	Heide	5	5	4	0,0	- 22,8
670	Obstanbaufläche	9 172	9 000	8 568	0,4	- 4,8
680	Landwirtschaftliche Betriebsfläche	825	865	868	0,0	0,3
690	Brachland	613	3 123	5 547	0,3	77,7
700	Waldfläche	806 179	809 806	823 612	41,5	1,7
710	Laubwald	162 780	163 757	168 349	8,5	2,8
720	Nadelwald	106 706	106 763	106 879	5,4	0,1
730	Mischwald	514 936	515 096	522 190	26,3	1,4
740	Gehölz	21 724	24 148	26 153	1,3	8,3
760	Forstwirtschaftliche Betriebsfläche	34	42	41	0,0	- 2,5
800	Wasserfläche	26 950	27 014	27 112	1,4	0,4
810	Fluss	13 515	13 540	13 425	0,7	- 0,8
820	Kanal	44	38	38	0,0	- 1,4
830	Hafen	447	439	439	0,0	0,0
840	Bach	5 025	5 070	5 218	0,3	2,9
850	Graben	3 199	3 238	3 257	0,2	0,6
860	See	1 657	1 655	1 699	0,1	2,6
880	Teich, Weiher	2 822	2 784	2 784	0,1	0,0
890	Sumpf	242	249	253	0,0	1,5
900	Flächen anderer Nutzung	29 901	29 951	11 312	0,6	- 62,2
910	Übungsgelände	21 629	21 527	3 045	0,2	- 85,9
920	Schutzfläche	1 185	1 521	1 340	0,1	- 11,9
930	Historische Anlage	172	177	174	0,0	- 1,6
940	Friedhof	1 906	1 938	1 952	0,1	0,7
950	Unland	5 009	4 789	4 802	0,2	0,3
999	Bodenfläche insgesamt	1 985 303	1 985 308	1 985 337	100	0,0

1) Stichtag jeweils 31.12.; einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes.

(-12,7%) reduziert. Die aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommenen Flächen wurden größtenteils bebaut, zu Grünflächen umgestaltet oder asphaltiert. Zu einem geringeren Teil wurden Landwirtschaftsflächen aufgeforstet. Es wurden vergleichsweise wenig Waldflächen zur Gewinnung von Siedlungs- und Verkehrsflächen verwendet; die Waldfläche ist im langjährigen Vergleich aufgrund regelmäßiger Aufforstungen sogar angestiegen. Mit einem Anteil von 41,5% ist Rheinland-Pfalz relativ gesehen heute das walddreichste Bundesland.

Jüngste Entwicklung bei der Wald- und Landwirtschaftsfläche überwiegend methodisch bedingt

Militärflächen wurden anderen Nutzungsarten zugeordnet

Militärische Liegenschaften, wie Standort- und Truppenübungsplätze, wurden 2004 zum großen Teil nicht mehr eigenständig nachgewiesen, sondern nach Art der Bodenbedeckung anderen Nutzungsarten zugeordnet. Eine militärische Nutzung findet gleichwohl statt; diese Flächen werden in ALKIS (siehe hierzu Info-Kasten) als so genannte öffentlich-rechtliche Festsetzung weiter nachrichtlich vorgehalten.

Rund 87% der Zunahme bei der Waldfläche entfallen auf die seit 2004 neu zugeordneten Militärflächen

Die bis zum 31. Dezember 2004 neu zugeordneten Militärflächen finden sich in erster Linie in der Wald- und der Landwirtschaftsfläche wieder. Von den rund 18 500 ha ehemaligen Übungsgeländes (siehe Tabelle 2) entfallen allein etwa 12 000 ha auf Flächen, die dem Bereich Wald neu zugeordnet wurden. Dadurch erklärt sich die überproportionale Zunahme zwischen 2000 und 2004, insbesondere beim Misch- und Laubwald. Knapp 2 000 ha wurden wie in den Jahren zuvor aufgeforstet, stellen also real eine Zunahme beim Wald dar. Über den

Info

ALB + ALK = ALKIS

Die jüngste Entwicklung der Nutzungsarten seit der Flächenerhebung im Jahr 2000 wird maßgeblich von einer wichtigen erhebungsmethodischen Änderung beeinflusst: Vor dem Hintergrund bevorstehender Änderungen in der Datenbasis der Vermessungs- und Katasterverwaltung – des Automatisierten Liegenschaftsbuches (ALB) bzw. der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) – wurde im Jahr 2004 mit der Neubewertung bestimmter Nutzungen begonnen. Die Daten des ALB und der ALK sollen zu einem neuen Datenbestand, dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®), verschmolzen werden. Einige Nutzungsarten, die im ALB bzw. der ALK geführt wurden, aber im zukünftigen Datenbestand nicht mehr vorgesehen sind, müssen dazu in Nutzungsarten integriert werden, die kompatibel sind. In erster Linie sind davon die militärisch genutzten Flächen der Nutzungsart „Übungsgelände“ unter den „Flächen anderer Nutzung“ betroffen.

Zeitraum 1978 bis 2004 gesehen stieg die Waldfläche um 57 000 ha (+7,4%) an. Das entspricht etwa einem Drittel des Pfälzerwaldes, des größten zusammenhängenden Waldgebietes in Rheinland-Pfalz.

Seit 1978 wurde die Waldfläche um 57 000 ha ausgedehnt

Die Landwirtschaftsfläche hat etwa 6 000 ha, vor allem in Form von Grünland, aus Übungsgelände dazugewonnen. Dadurch stellt sich ihre Abnahme weniger deutlich dar, als man aufgrund der Entwicklung der Vorjahre erwartet hätte. Die verbliebenen 3 000 ha Übungsgelände werden voraussichtlich bis 2007 in weitere Nutzungsarten überführt.

Zuordnung von Übungsgelände reduziert den Rückgang bei der Landwirtschaftsfläche

Militärflächen werden aber nicht nur formal anderen Nutzungsarten zugeordnet, sondern durch den Rückzug des Militärs aus vielen Standorten zunehmend auch für zivile Zwecke frei und anders genutzt. Von dieser Konversion sind baulich geprägte und befestigte Flächen, wie Kasernen, Lagerhallen

und -plätze, Flugplätze oder Erprobungsgelände, und Anlagen, wie beispielsweise Munitionsdepots oder Radarstationen betroffen. Die Umwidmung der Nutzung führt dabei in den wenigsten Fällen zu einer völligen Nutzungsänderung von Grund und Boden, wie das z. B. bei der Entsiegelung einer befestigten Fläche mit anschließender Begrünung der Fall wäre. In der Regel steht „Umbau“ statt „Rückbau“ im Vordergrund. Die Umwidmung militärisch genutzter Flächen und Anlagen wirkt sich daher auch auf die Siedlungs- und Verkehrsfläche aus. Dies ist bei der Bewertung kurzfristiger Veränderungen dieser Nutzungsart unter dem Aspekt „Landschaftsverbrauch“ zu berücksichtigen. Sehr deutlich zeigt dies die Entwicklung im Jahr 2004.

„Tatsächlicher“ Landschaftsverbrauch auch 2004 bei rund 4 ha pro Tag

Der durchschnittliche tägliche Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche lag 2004 in Rheinland-Pfalz bei 8,3 ha. Damit hätte sich die Geschwindigkeit des Landschaftsverbrauchs gegenüber den Jahren zuvor, in denen sich der durchschnittliche tägliche Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche zwischen 4,4 und 6,4 ha bewegte, deutlich beschleunigt.

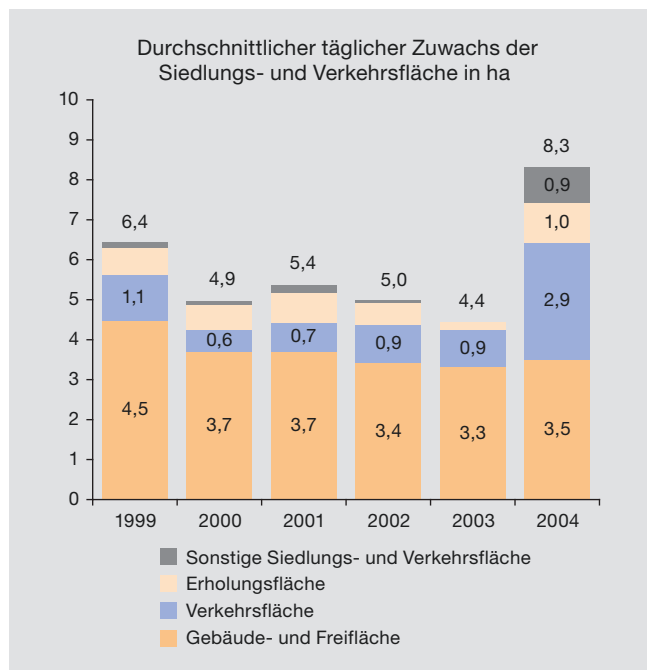
Unter Nachhaltigkeitsaspekten könnte man dies als Besorgnis erregende Entwicklung interpretieren. Es ist allerdings erkennbar, dass in Städten und Gemeinden mit besonders starker Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in vielen Fällen gleichzeitig

Mehr Siedlungs- und Verkehrsfläche durch Umwidmungen von ehemaligem Militärgelände

3) Als Gebäude- und Freifläche für öffentliche Zwecke werden z. B. die Flächen der Militärgelände Baumholder, Landstuhl und Bruchmühlbach-Miesau nachgewiesen, unter der Nutzungsart Flugplatz die ehemaligen Militärflugplätze Bad Sobernheim und Mendig/Krufft.

S 2

Landschaftsverbrauch 1999–2004



ein Rückgang von militärischem Übungsgelände gegeben ist. Neben methodisch begründeten Veränderungen (neue Zuordnungen) dürften hier auch Fälle von Konversion zu einem Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche geführt haben.

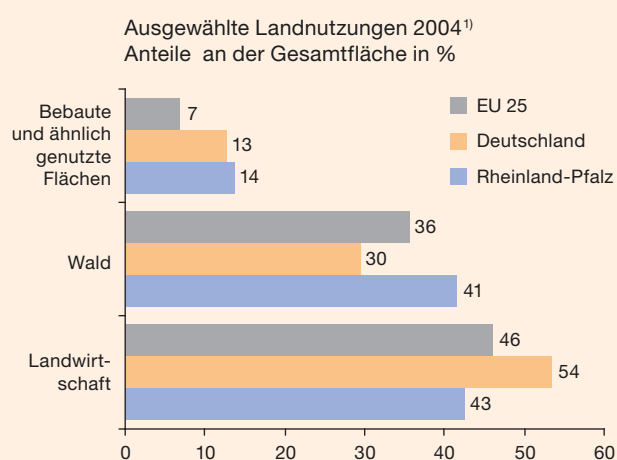
Überschlägige Berechnungen ergeben, dass mindestens die Hälfte des Landschaftsverbrauchs von 8,3 ha pro Tag auf zuvor als Militärgelände ausgewiesene Flächen entfällt. Somit hat der Landschaftsverbrauch im Vergleich zur Entwicklung im Jahr 2003 tatsächlich nicht zugenommen.

Auf kommunaler Ebene betreffen Flächenzugänge vor allem die Nutzungsarten „Gebäude- und Freifläche für öffentliche Zwecke“ und „Flugplatz“³⁾. Darüber hinaus sind vereinzelt militärische Flächen in Flächen für Versorgungsanlagen, Lagerplätze und Grünanlagen überführt worden.

Exkurs

Überregionale Vergleiche

Bundesweit liegen für die Landnutzung aufgrund der einheitlich vorgeschriebenen Flächenerhebung vergleichbare Daten vor. Rheinland-Pfalz ist als typisches Mittelgebirgsland deutlich stärker bewaldet als andere Bundesländer, hat dafür aber auch wesentlich weniger Landwirtschaftsfläche zur Verfügung. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche liegt – auch aufgrund der relativ bedeutenden Verkehrsflächen – etwas höher als auf Bundesebene.



1) Rheinland-Pfalz: Flächenerhebung zum 31. 12. 2004; EU 25 und Deutschland: jeweils letztes verfügbares Jahr (Quelle: Eurostat/ New Cronos).

Auf europäischer Ebene gibt es zurzeit keine vergleichbaren, aktuellen Daten zur Flächennutzung. Man muss daher eine eingeschränkte Vergleichbarkeit einräumen und sich in einer groben Gegenüberstellung auf die wesentlichen, flächenbedeutsamen Nutzungen beschränken.

Der rheinland-pfälzische Waldanteil übertrifft den Durchschnitt der 25 EU-Staaten noch um 5 Prozentpunkte. Etwas geringer ist der Unterschied im Anteil der Landwirtschaftsfläche (3 Prozentpunkte unter dem Mittelwert). Sehr deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt Rheinland-Pfalz (wie Deutschland auch) dagegen mit seiner Siedlungs- und Verkehrsfläche. Angesichts einer Bevölkerungsdichte von über 200 Einwohnern pro km² (EU-25: 114) verwundert es nicht, dass der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Rheinland-Pfalz doppelt so hoch ist wie im Durchschnitt der EU.

Schwerpunkte der Siedlungs- und Verkehrsflächen in einwohnerstarken Zentren an der Rheinschiene

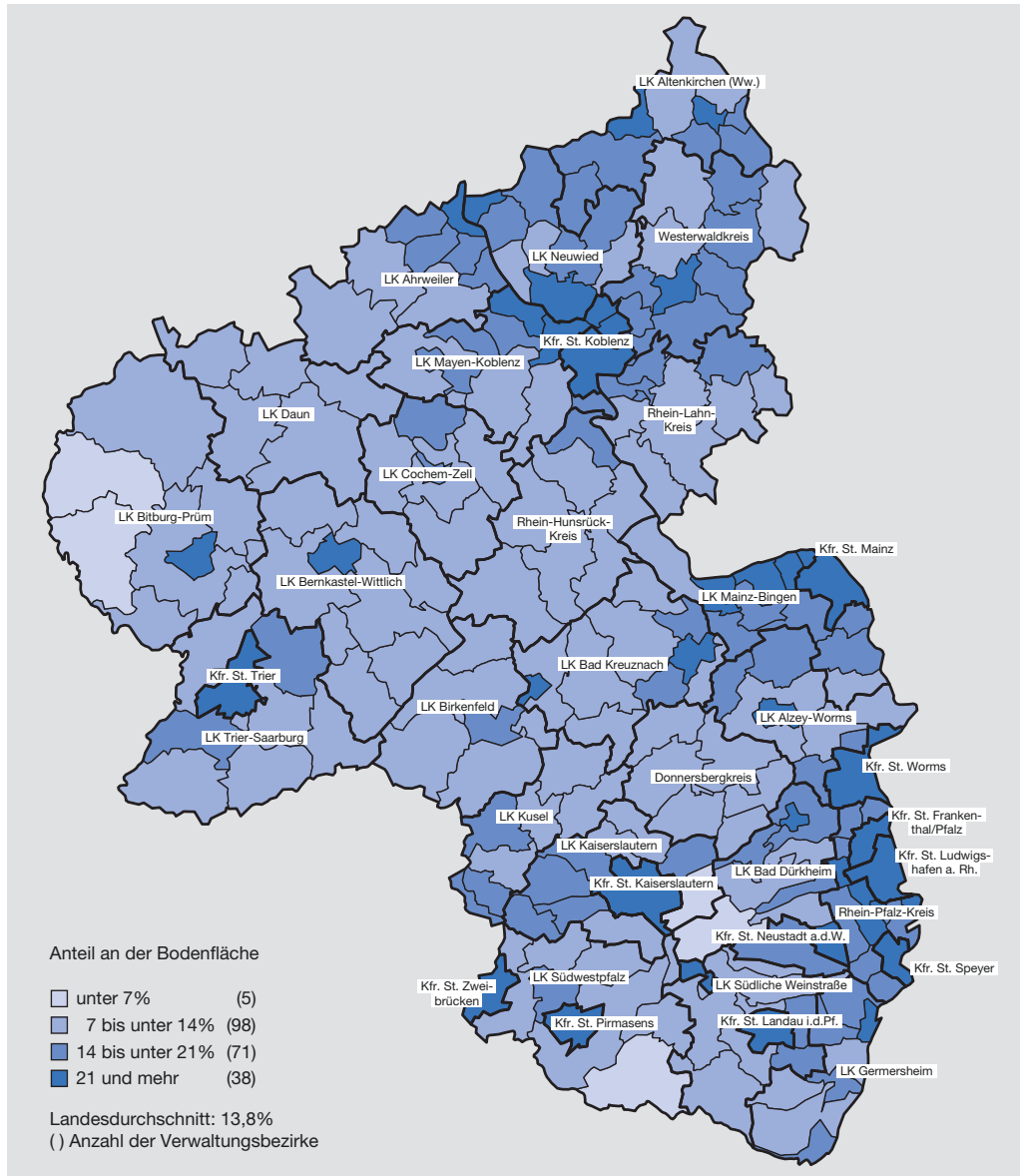
Die 212 kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden (in Zusammenarbeit mit den ihnen angeschlossenen Ortsgemeinden) besitzen in Rheinland-Pfalz die Planungshoheit für ihre Gebiete. Sie sind die Träger der Bauleitplanung. Insbesondere durch die in Abstimmung mit der Landesplanung vorgenommene Ausweisung von Bauland sind sie an der Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche maßgeblich beteiligt. Zusätzlich finden auch überregional ausgerichtete Projekte anderer Träger (beispielsweise Autobahnen, Eisenbahnlinien, Hochschul- oder Kraftwerksbauten) und andere, politisch bedingte Entwicklungen (Konversion) in den Zahlen der Flächenstatistik ihren Niederschlag.

Die Darstellung der aktuellen Anteile der Siedlungs- und Verkehrsfläche (siehe Schaubild 3) lässt die bekannten Schwerpunkte um die einwohnerstarken Zentren an der Rheinschiene (Ludwigshafen, Mainz, Koblenz) erkennen. Ludwigshafen mit einem Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 59,5% liegt hierbei deutlich vor Mainz (47,9%), wobei sich im Vergleich zu 1978 (Ludwigshafen: 45,7%; Mainz: 38%) der Abstand zwischen den beiden Städten erheblich vergrößerte. Es folgen Speyer (43,8%), Limburgerhof (42,9%) und Germersheim (41,8%) sowie Koblenz mit einem Anteil von 35,5%.

Der Raum zwischen Worms im Norden und Germersheim im Süden – immerhin 50 km Luftlinie – wächst weiter zusammen. Der Rhein-Pfalz-Kreis liegt mit 20,9% Siedlungs- und Verkehrsfläche unter den Landkreisen an der Spitze. Schifferstadt ist, gemessen

Höchster Anteil an Siedlungs- und Verkehrsflächen in Ludwigshafen

Rhein-Pfalz-Kreis unter den Landkreisen an der Spitze



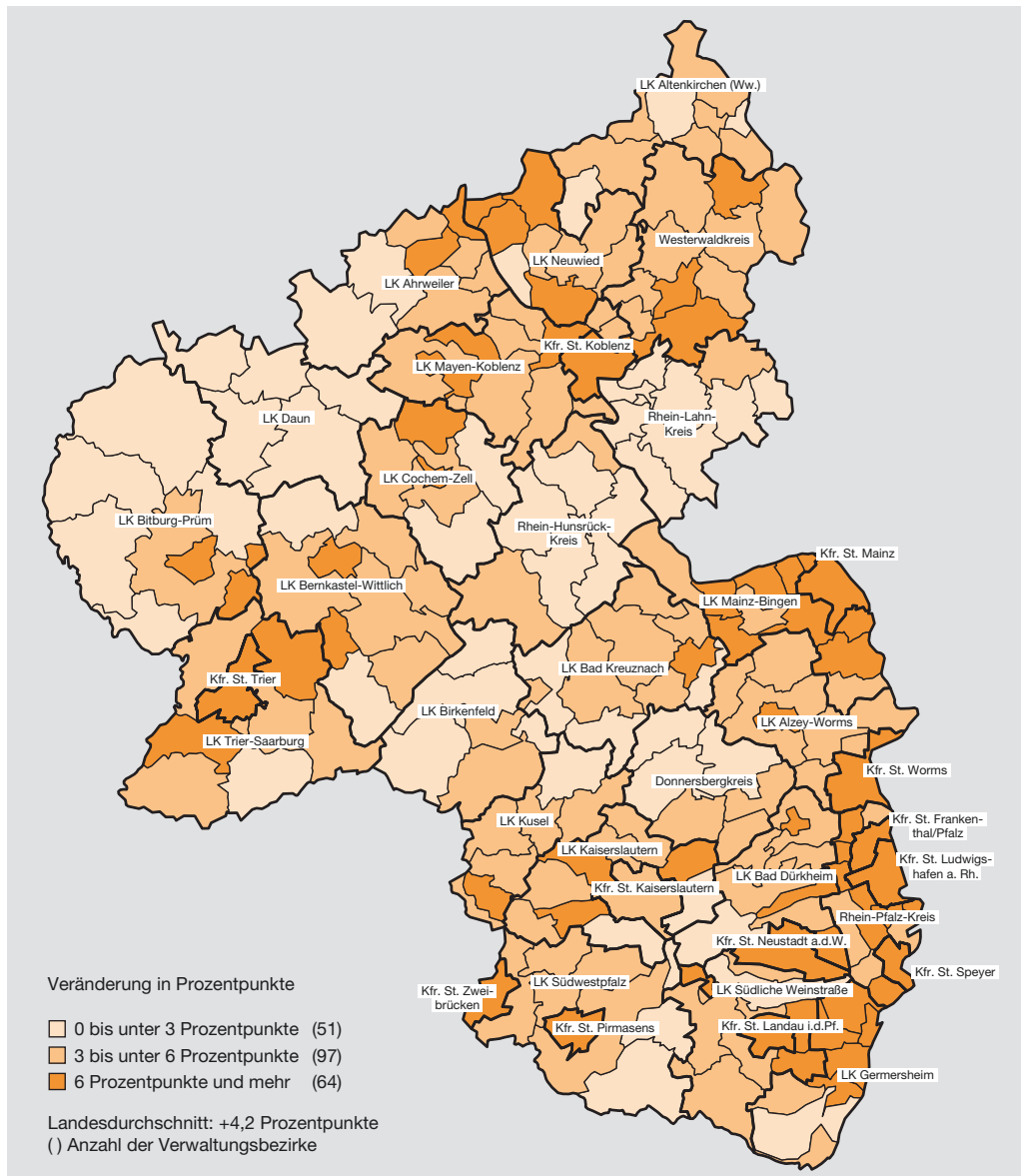
an der Zunahme in Prozentpunkten, die Kommune mit der stärksten Wachstumsdynamik: Hier wuchs die Siedlungs- und Verkehrsfläche von 12,5% im Jahr 1978 auf 30% im Jahr 2004 an (siehe Schaubild 3). Gemeinden wie Bobenheim-Roxheim, Neuhofen, Waldsee und Römerberg zählen bereits zu den „grünen Inseln“ im vorderpfälzischen Rheingebiet; obwohl in diesen

Gemeinden die Anteile der Siedlungs- und Verkehrsflächen zwischen 16 und 20% und damit immer noch über dem Landesdurchschnitt (13,8%) liegen. Der Siedlungsdruck auf die Gemeinden zwischen den größeren Städten Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer und Neustadt a. d. Weinstraße bzw. Landau ist groß. Dies zeigen die ausgeprägten Zunahmen des Anteils der Siedlungs- und

Hoher Siedlungsdruck im Umfeld der großen Städte

S 4

Entwicklung des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche 1978–2004



Verkehrsfläche in Haßloch (+12,6 Prozentpunkte), Maxdorf (+10,2 Prozentpunkte), Mutterstadt (+9,9 Prozentpunkte) und Lamsheim (+9,6 Prozentpunkte).

Das nördliche Rheinhessen mit der Landeshauptstadt Mainz als Oberzentrum ist ein weiterer Schwerpunkt mit einer überdurchschnittlich zunehmenden Siedlungs- und Verkehrsfläche. Als westlicher Teil des Groß-

raums Rhein-Main ist Rheinhessen von der Suburbanisierung in hohem Maße betroffen. Dem Lauf des Rheins von der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim über Mainz bis Bingen folgend, reihen sich Gemeinden mit überdurchschnittlichen Siedlungsanteilen und entsprechenden Zuwächsen aneinander (Bodenheim, Budenheim, Heidesheim, Ingelheim). Der Landkreis Mainz-Bingen

Mainz und Landkreis Mainz-Bingen sind ein weiterer Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet

Auch Orte
im Mittel-
rheinischen
Becken
wachsen
immer mehr
zusammen

hat mittlerweile einen Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil von 17,4% erreicht (1978: 11,3%); das ist unter den Landkreisen nach dem Rhein-Pfalz-Kreis und dem Landkreis Neuwied der dritthöchste Anteil.

Der Raum Koblenz und das nördlich gelegene Gebiet bis zur Landesgrenze nach Nordrhein-Westfalen ist der dritte Wachstumsraum am Rhein. Weißenthurm ist unter den Verbandsgemeinden diejenige mit dem zweithöchsten Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Land (30,7%). Mit einem Zuwachs von 12,3 Prozentpunkten gegenüber 1978 konkurriert sie mit der führenden Verbandsgemeinde Betzdorf (31,9% Siedlungsflächenanteil; +4,8 Prozentpunkte gegenüber 1978). Im Bereich des Mittelrheinischen Beckens wachsen Vallendar, Bendorf und Neuwied sowie Koblenz, Weißenthurm und Andernach immer mehr aufeinander zu.

Die an der Landesgrenze liegenden Kommunen der Landkreise Neuwied und Ahrweiler, insbesondere die Verbandsgemeinden Linz, Asbach und Unkel sowie die Städte Bad Neuenahr-Ahrweiler und Remagen, zeigen ebenfalls eine überdurchschnittliche Dynamik in der Erweiterung der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Ihre diesbezügliche Aufwärtsentwicklung ist sicherlich auch durch die Nähe zum Großraum Köln-Bonn bedingt.

Es gibt kaum noch von Siedlungen und Verkehr unbeeinflusste Räume

In den meisten Kommunen des Landes hat sich im vergangenen Vierteljahrhundert die Siedlungs- und Verkehrsfläche rasant entwickelt, das zeigen die Zahlen der Flächenerhebung eindeutig.

Auch durch die Aufgabe der militärischen Nutzung von Gelände hat die Siedlungs- und Verkehrsfläche regional teilweise stark zugenommen. So sind hohe Zuwächse bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche in der Nord- und Westpfalz – wie z. B. in den Städten Pirmasens und Zweibrücken oder in den Verbandsgemeinden Baumholder und Landstuhl –, in der Eifel (Bitburg) und im Hunsrück (Verbandsgemeinde Kirchberg) durch Konversionsflächen bedingt.

Nur wenige Städte und Gemeinden haben sich der allgemeinen Entwicklung entzogen. Es wird immer schwerer, in Rheinland-Pfalz zusammenhängende siedlungs- und verkehrsarme Räume zu finden, aus deren Flächenpotenzial heraus sich beispielsweise großräumige Naturschutzgebiete bilden und entwickeln ließen.

Im Jahr 2004 blieben nur noch fünf Kommunen unter dem EU-Durchschnitt von 7% Siedlungs- und Verkehrsfläche (1978 hatten 40 Kommunen unter 7% gelegen). Sie machen 4% der Landesfläche aus und sind auf den Pfälzerwald und die Westeifel konzentriert. Die Verbandsgemeinden Hochspeyer und Lambrecht (jeweils 5,7%) sowie Dahner Felsenland (5,9%) im Pfälzerwald und die aneinander grenzenden Verbandsgemeinden Arzfeld (6,4%) und Neuerburg (7%) weisen heute die niedrigsten Siedlungsflächenanteile auf. Sie dürften sich gegenüber 1978 im Landschaftsbild nur unwesentlich verändert haben, denn die Anteile haben sich hier nur leicht erhöht.

Gerd Kramer, Diplom-Agraringenieur (FH), ist als Sachgebietsleiter für die Statistiken der pflanzlichen und tierischen Produktion und die Flächenerhebungen zuständig.

Struktur und Entwicklung des produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz 1991 bis 2002



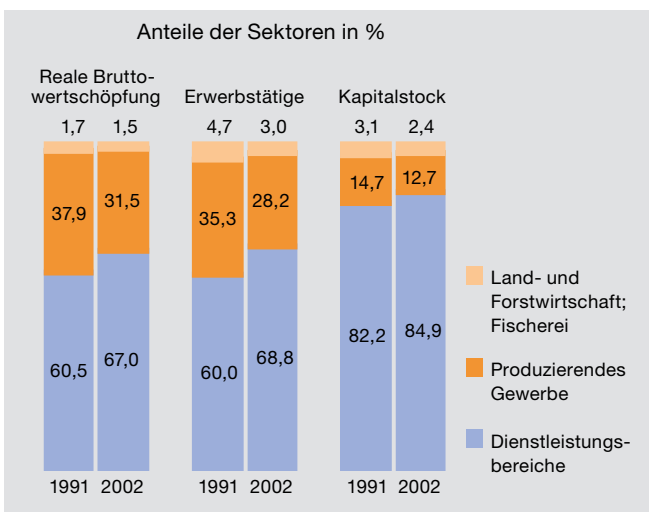
Von Simone Emmerichs

Die chemische Industrie in Ludwigshafen und im Raum Mainz-Bingen, der Fahrzeugbau im Landkreis Germersheim, die Edelsteinindustrie in Idar-Oberstein, die Tabakverarbeitung in Trier, Bier aus Bitburg, Keramik aus dem Westerwald und Schuhe aus Pirmasens – obwohl das produzierende Gewerbe in den letzten Jahrzehnten auch in Rheinland-Pfalz erheblich an Bedeutung verloren hat, prägt es doch immer noch maßgeblich die Wirtschaftsstruktur und -entwicklung des Landes.

Bereits seit mehreren Jahrzehnten ist in allen hoch industrialisierten Ländern ein Strukturwandel zu beobachten, der durch eine stark wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors geprägt ist. Auch in Rheinland-Pfalz hat sich die Wirtschaftsstruktur merklich verändert.

Das produzierende Gewerbe hat sowohl bei der Wertschöpfung als auch bei den Erwerbstätigen und beim Kapitalstock an Gewicht verloren, wohingegen der Dienstleistungsbereich in den 1990er-Jahren weiter Anteile dazugewonnen hat. Im Folgenden soll untersucht werden, welche Bereiche

S 1 Wirtschaftsstruktur in Rheinland-Pfalz 1991 und 2002



Zur Methode

Zur Darstellung der strukturellen Entwicklung des produzierenden Gewerbes werden die Daten zur Wertschöpfung, zum Kapitalstock und zur Erwerbstätigkeit aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen. Sie sind noch nicht an die neuen Berechnungskonzepte nach nationalem und europäischem Standard angepasst und basieren derzeit noch auf dem bisherigen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Erste Ergebnisse der Revision 2005 für Bundesländer werden im Februar 2006 für die Jahre ab 1991 veröffentlicht. Ergebnisse zur Wertschöpfung sind für die Wirtschaftszweige (Unterabschnitte) des produzierenden Gewerbes für die Jahre 1991 bis 2002 verfügbar; Daten zum Kapitalstock und zur Erwerbstätigkeit liegen für diesen Zeitraum nur für zusammengefasste Bereiche vor.

T 1

Arbeitsproduktivität, Kapitalproduktivität und Kapitalintensität 1991 und 2002 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Arbeitsproduktivität (reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)		Veränderung	Kapitalproduktivität (reale Bruttowertschöpfung je 1 000 EUR Kapitalstock)		Veränderung	Kapitalintensität (Kapitalstock je Erwerbstätigen)		Veränderung
	1991	2002		1991	2002		1991	2002	
	EUR	EUR	%	EUR	EUR	%	EUR	%	
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	16 107	24 543	52,4	92	101	10,0	175 322	242 932	38,6
Produzierendes Gewerbe	47 753	53 332	11,7	439	384	-12,4	108 798	138 753	27,5
produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	48 729	57 579	18,2	373	337	-9,6	130 650	170 714	30,7
Baugewerbe	43 835	38 345	-12,5	2 080	1 477	-29,0	21 078	25 960	23,2
Dienstleistungsbereiche	44 943	46 643	3,8	125	122	-2,5	358 488	381 571	6,4
Wirtschaftsbereiche insgesamt	44 587	47 868	7,4	170	155	-9,0	261 669	308 835	18,0

des produzierenden Gewerbes in diesem Zeitraum besonders vom Strukturwandel betroffen waren und welche Bereiche dennoch positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz beitragen konnten.

Die Gesamtentwicklung des Sektors Produzierendes Gewerbe

Die reale Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes ist von 1991 bis 2002 um 6,7% gesunken. Insgesamt 26,4 Mrd. Euro wurden im Jahr 2002 noch in diesem Sektor erwirtschaftet, rund 1,9 Mrd. Euro weniger als 1991.

Kontinuierlich sinkende Bedeutung des produzierenden Gewerbes

Der Anteil des produzierenden Gewerbes an der rheinland-pfälzischen Wertschöpfung hat sich von 37,9% in 1991 auf 31,5% in 2002 verringert. Dieser Rückgang ist jedoch nicht nur auf die absolute Abnahme der Wertschöpfung des Sektors zurückzuführen, sondern auch auf das Wachstum der Dienstleistungsbereiche.

1) Der Wert wird vor allem durch das Grundstücks- und Wohnungswesen überdurchschnittlich erhöht. Darin ist der Bereich Wohnungsvermietung enthalten, der die Aktivitäten aller Wirtschaftssubjekte zusammenfasst, die sich auf die Vermietung oder Eigennutzung von Wohnungen erstrecken.

Die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe ist in diesem Zeitraum mit -16,4% wesentlich stärker gesunken als die Wertschöpfung. Rund 494 900 Erwerbstätige waren 2002 im produzierenden Gewerbe beschäftigt, das waren 97 200 weniger als noch 1991. Der Beschäftigtenanteil des Sektors ist von 35,3% auf 28,2% gefallen.

Wertschöpfung weniger stark rückläufig als die Zahl der Erwerbstätigen

Der Kapitalstock des produzierenden Gewerbes hat sich mit +4,2 Mrd. Euro bzw. +6,6% nur unterdurchschnittlich erhöht, im Jahr 2002 betrug er 68,7 Mrd. Euro. Der Anteil am gesamten Kapitalstock verringerte sich von 14,7 auf 12,7%. Durch den gleichzeitigen Rückgang der Erwerbstätigenzahlen nahm die Kapitalintensität – das Verhältnis von Kapital zu Erwerbstätigen – jedoch überdurchschnittlich zu, d. h. es kam zu einer starken Substitution von Arbeit durch Kapital. Im Jahr 2002 waren je Erwerbstätigen des produzierenden Gewerbes durchschnittlich Anlagegüter im Wert von knapp 138 800 Euro vorhanden; damit ist die Kapitalintensität im betrachteten Zeitraum um 30 000 Euro bzw. 27,5% gestiegen. Der Dienstleistungssektor weist zwar eine sehr viel höhere Kapitalintensität auf¹⁾, der Anstieg war jedoch im produzierenden

Kapitalintensität überdurchschnittlich gestiegen

Info

Produktionsfaktoren und Produktivität

Für das wirtschaftliche Wachstum sind nicht nur die Einsatzmengen der Faktoren, sondern auch die Produktivitätsentwicklung entscheidend. Die Wertschöpfung wird häufig auf die im Produktionsprozess eingesetzten Faktoren Arbeit und Kapital bezogen, um so die Produktivitätsentwicklung zu messen. Sie wird weitgehend vom technischen Fortschritt bestimmt: Kommt es zu einer Substitution von Arbeit durch Kapital, führt dies zu einer höheren Kapitalintensität und einer steigenden Arbeitsproduktivität bei gleichzeitig nur langsam steigender oder fallender Kapitalproduktivität. Bei der Interpretation der Produktivitäten sind jedoch auch andere Einflussfaktoren – z. B. die Qualität der Produktionsfaktoren oder verschiedene Auslastungsgrade – zu beachten.

Bei der Ermittlung der partiellen Faktorproduktivität wird die Leistung auf jeweils einen Produktionsfaktor, Arbeit bzw. Kapital, bezogen. Die Kapitalintensität beschreibt dagegen das Verhältnis der beiden Produktionsfaktoren zueinander.

Erwerbstätige und Arbeitsproduktivität

Als Maß für den Produktionsfaktor Arbeit kann die Zahl der Erwerbstätigen herangezogen werden. Die Arbeitsproduktivität wird ermittelt, indem man die reale Bruttowertschöpfung (hier: in Preisen von 1995) durch die Zahl der Erwerbstätigen dividiert:

$$\text{Arbeitsproduktivität} = \frac{\text{Bruttowertschöpfung}}{\text{Erwerbstätige}}$$

Eine Veränderung der Arbeitsproduktivität kann auf einen vermehrten Kapitaleinsatz bzw. neue Produktionstechniken, aber auch z. B. auf Änderungen der Arbeitszeit, höhere Auslastung oder verbesserte Qualifikation der Arbeitskräfte zurückgeführt werden.

Während sich die rheinland-pfälzische Wertschöpfung gegenüber 1991 um 12,3% erhöht hat, stieg die Zahl der Erwerbstätigen nur um 4,6%. Dadurch hat sich die Arbeitsproduktivität um 7,4% auf rund 47 900 Euro gesteigert. Die so berechnete Arbeitsproduktivität berücksichtigt jedoch nicht eine eventuelle Veränderung des Arbeitsvolumens. So kann sich durch Verkürzung der Arbeitszeit oder vermehrte Teilzeitbeschäftigung das Arbeitsvolumen verringern, während die Zahl der Erwerbstätigen gleich bleibt. Das Arbeitsvolumen wäre somit besser als Maßstab

geeignet, jedoch sind Werte auf Länderebene erst ab 1998 verfügbar.

Kapitalstock und Kapitalproduktivität

Als Maßstab für den Produktionsfaktor Kapital dient der Kapitalstock. Er entspricht dem Bruttoanlagevermögen, das im Jahresdurchschnitt im Produktionsprozess eingesetzt wird. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die vom Kapitalstock erbrachten Leistungen in einem festen Verhältnis zu dessen Umfang stehen. Die Kapitalproduktivität errechnet sich aus dem Verhältnis der realen Bruttowertschöpfung zu dem eingesetzten Kapitalstock in Preisen von 1995:

$$\text{Kapitalproduktivität} = \frac{\text{Bruttowertschöpfung}}{\text{Kapitalstock}}$$

Eine sinkende Kapitalproduktivität zeigt, dass vermehrt Kapital eingesetzt werden muss, um die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen zu produzieren. Auch hier ergibt sich jedoch das Problem, dass unterschiedliche Auslastungsgrade des Faktors nicht erfasst werden: Bleiben z. B. Anlagenteile infolge Unterauslastung ungenutzt, fällt die Kapitalproduktivität niedriger aus.

Der Kapitalstock der rheinland-pfälzischen Wirtschaft wurde von 1991 bis 2002 um 23,5% erweitert. Die Produktivität des Faktors Kapital ist um 9% gesunken. Je 1 000 Euro Kapitalstock wurden im Jahr 2002 noch 155 Euro erwirtschaftet.

Kapitalintensität

Die Kapitalintensität gibt das Verhältnis des Produktionsfaktors Kapital zum Faktor Arbeit an:

$$\text{Kapitalintensität} = \frac{\text{Kapitalstock}}{\text{Erwerbstätige}}$$

Die Kapitalintensität misst somit den Wert der durchschnittlich je Erwerbstätigen eingesetzten Produktionsanlagen. Steigt die Kapitalintensität, nimmt die Bedeutung des Produktionsfaktors Kapital relativ zum Faktor Arbeit zu. Eine hohe Kapitalintensität lässt auf einen relativ hohen Mechanisierungsgrad schließen.

Die durchschnittliche Kapitalintensität in Rheinland-Pfalz lag im Jahr 2002 bei rund 308 800 Euro. Im Vergleich zu 1991 waren dies 18% mehr. Die Produktion ist also kapitalintensiver geworden, das heißt, die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze stieg.

Produzierendes Gewerbe

Gewerbe im betrachteten Zeitraum bedeutend stärker.

Gleichzeitig hat sich die durchschnittliche Arbeitsproduktivität um knapp 5 600 Euro bzw. 11,7% auf gut 53 300 Euro erhöht. Die Kapitalproduktivität – das Verhältnis von realer Wertschöpfung zu Kapitalstock – ist seit 1991 um 12,4% gesunken. Im Jahr 2002 wurden je 1 000 Euro Kapitalstock 384 Euro erwirtschaftet, 55 Euro weniger als 1991. Es wurde also im Zeitablauf mehr Kapital eingesetzt, um die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen zu produzieren.

Produzierendes Gewerbe umfasst vier Wirtschaftsbereiche

Nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 1993) umfasst das produzierende Gewerbe vier Abschnitte: den Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen

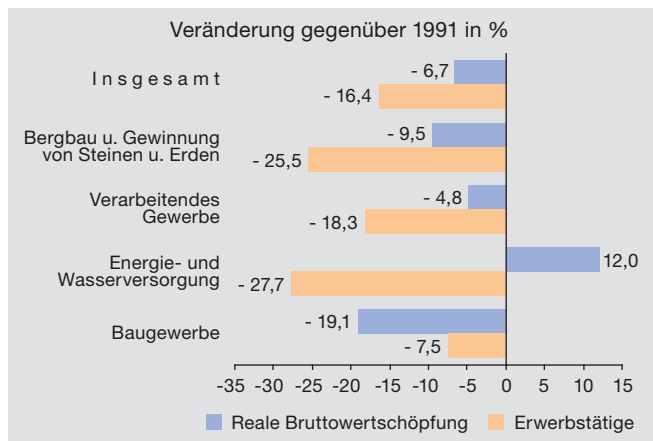
und Erden, das verarbeitende Gewerbe, den Bereich Energie- und Wasserversorgung sowie das Baugewerbe. Das verarbeitende Gewerbe – als dominierender Wirtschaftszweig dieses Sektors – schließt eine Vielzahl verschiedener Branchen ein, die zum Teil eine sehr unterschiedliche Entwicklung durchlaufen haben. Im Folgenden soll untersucht werden, welche der vier Bereiche mit ihren Branchen die Entwicklung des produzierenden Gewerbes positiv und welche sie negativ beeinflusst haben. Da Daten zum Kapitalstock unterhalb der sektoralen Ebene lediglich für den Bereich Energie- und Wasserversorgung sowie für das Baugewerbe vorliegen, muss sich die Darstellung für die anderen Bereiche auf die Arbeitsproduktivität beschränken.

T 2

Reale Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe 1991 und 2002 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Reale Bruttowertschöpfung				Erwerbstätige		Arbeitsproduktivität	
	insgesamt		Veränderung	Anteil		insgesamt		Anteil
	1991	2002		1991	2002			
	Mill. EUR		%	Anzahl	%	EUR		
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	198	179	-9,5	0,7	0,7	2 625	0,5	68 179
Verarbeitendes Gewerbe	21 541	20 502	-4,8	76,2	77,7	370 834	74,9	55 287
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	1 392	1 391	0,0	4,9	5,3	40 650	8,2	34 221
Textil- und Bekleidungsgewerbe; Ledergewerbe	809	377	-53,5	2,9	1,4	13 711	2,8	27 462
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	456	463	1,7	1,6	1,8	10 854	2,2	42 702
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	1 385	1 041	-24,8	4,9	3,9	26 418	5,3	39 417
Herstellung von chemischen Erzeugnissen; Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	5 385	6 330	17,5	19,0	24,0	65 369	13,2	96 842
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1 285	1 506	17,2	4,5	5,7	26 693	5,4	56 417
Glasgewerbe, Herst. von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 558	1 413	-9,3	5,5	5,4	23 440	4,7	60 285
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 067	2 411	16,6	7,3	9,1	48 680	9,8	49 521
Maschinenbau	2 472	1 933	-21,8	8,7	7,3	41 721	8,4	46 324
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	1 654	1 451	-12,2	5,8	5,5	25 209	5,1	57 576
Fahrzeugbau	2 312	1 740	-24,7	8,2	6,6	33 374	6,7	52 151
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	767	445	-41,9	2,7	1,7	14 715	3,0	30 260
Energie- und Wasserversorgung	1 360	1 523	12,0	4,8	5,8	12 168	2,5	125 139
Baugewerbe	5 176	4 190	-19,1	18,3	15,9	109 270	22,1	38 345
Produzierendes Gewerbe insgesamt	28 275	26 394	-6,7	100	100	494 897	100	53 332

Reale Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe 2002



Der Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Traditionsreich mit insgesamt geringer wirtschaftlicher Bedeutung

Obwohl dieser Bereich immer noch das Bild einiger Regionen stark prägt – man denke an den Tonbergbau im Westerwaldkreis oder den Schieferabbau um Mayen –, war sein Anteil an der Wirtschaftsleistung des produzierenden Gewerbes mit 0,7% in 2002 nur sehr gering.

Gegenüber 1991 ist die reale Wertschöpfung des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden um 9,5% gesunken. Unter den vier Wirtschaftsbereichen des Sektors war der Rückgang nur im Baugewerbe höher.

Der Beschäftigtenanteil lag 2002 bei 0,5%. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im betrachteten Zeitraum um 25,5% ab, wodurch sich die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen erheblich erhöhte (+21,5%). Die überdurchschnittliche Arbeitsproduktivität von 68 200 Euro in 2002 lässt auf eine relativ hohe Kapitalausstattung schließen.

Das verarbeitende Gewerbe

Die Wirtschaftskraft des produzierenden Gewerbes wird überwiegend durch das verarbeitende Gewerbe bestimmt: 77,7% der sektoralen Wertschöpfung wurden im Jahr 2002 hier erwirtschaftet. 1991 war der Anteil mit 76,2% etwas geringer, der Anstieg beruhte jedoch lediglich darauf, dass die Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes mit –4,8% etwas weniger stark zurückging als die des gesamten Sektors. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der realen Bruttowertschöpfung aller Sektoren in Rheinland-Pfalz reduzierte sich von 28,8 auf 24,4%.

Insgesamt 74,9% der Erwerbstätigen des produzierenden Gewerbes waren 2002 im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. 1991 betrug der Anteil noch 76,7%; die Zahl der Erwerbstätigen ist im verarbeitenden Gewerbe mit –18,3% überdurchschnittlich stark gesunken. Die Arbeitsproduktivität lag 2002 bei 55 300 Euro, 16,4% mehr als 1991. Der Wert bewegte sich damit nur leicht über der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität des Sektors von 53 300 Euro. Daten zur Kapitalausstattung liegen für das verarbeitende Gewerbe sowie dessen Unterbereiche nicht vor.

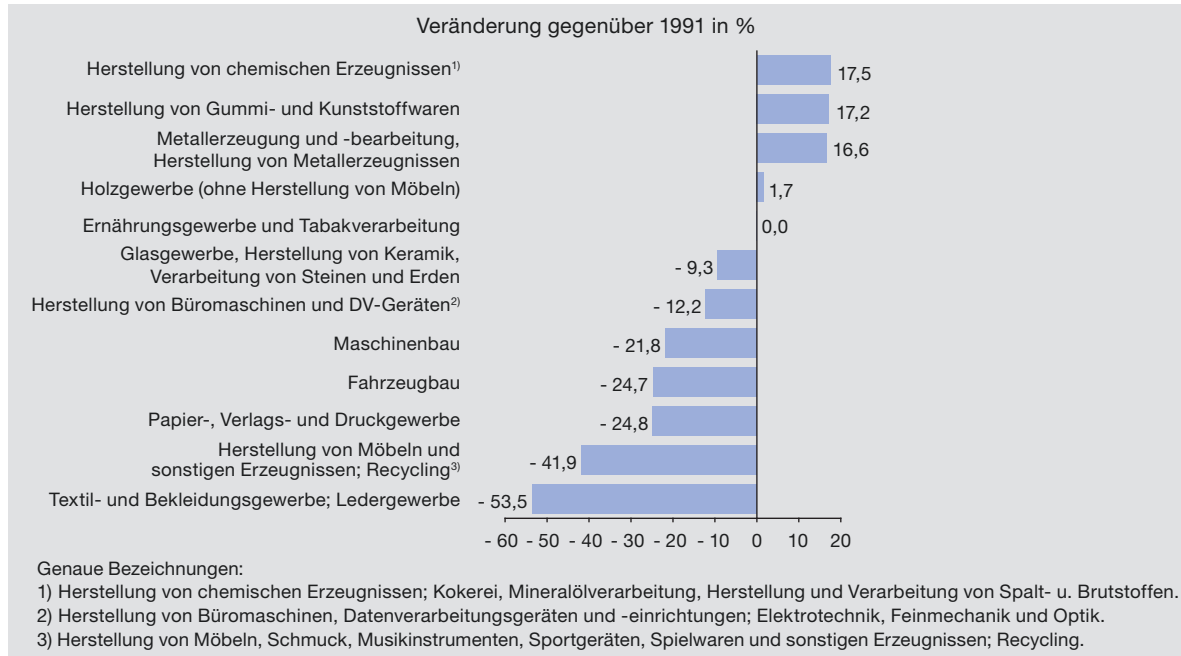
Die chemische Industrie ist der mit Abstand bedeutendste Wirtschaftszweig des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz – fast ein Viertel (24%) der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes wurde im Jahr 2002 hier erwirtschaftet, das entspricht einem Anteil von 7,5% an der Gesamtwertschöpfung aller Sektoren. In diesen Werten ist der Bereich „Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen“ mit enthal-

Der gesamte Wirtschaftszweig erzielt fast 78% der sektoralen Wertschöpfung

Herstellung von chemischen Erzeugnissen: Starke Branche mit überdurchschnittlichem Wertschöpfungswachstum

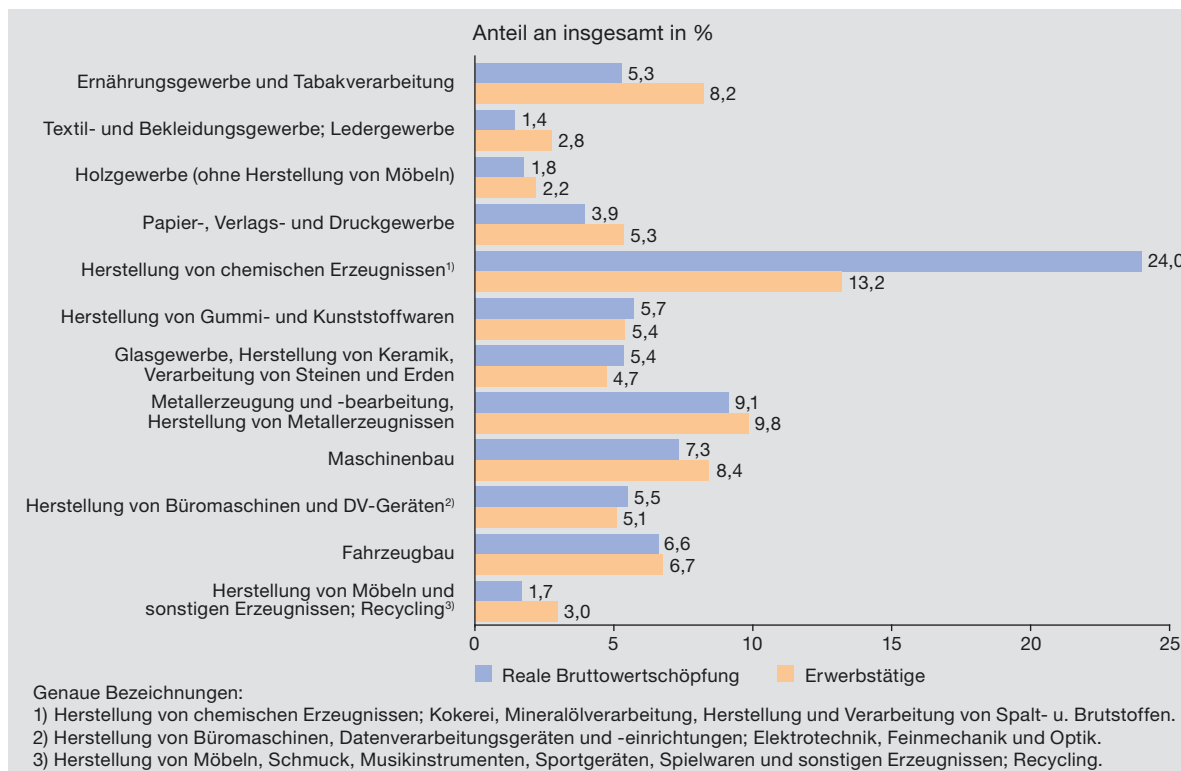
S 3

Reale Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe 2002 nach Wirtschaftszweigen



S 4

Reale Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige im verarbeitenden Gewerbe 2002 nach Wirtschaftszweigen



ten, der wegen seines nur sehr geringen Anteils auch im Folgenden zusammengefasst mit der chemischen Industrie dargestellt wird.

Mit einer Zunahme ihrer Wertschöpfung von 17,5% gegenüber 1991 gehört die chemische Industrie eindeutig zu den Wachstumsgewinnern im betrachteten Zeitraum. Dabei konzentrierte sich das Wachstum vor allem auf die erste Hälfte der 1990er-Jahre; auffällig ist der ausgebliebene Einbruch im Rezessionsjahr 1993. Im Jahr 2002 waren 13,2% aller Beschäftigten des produzierenden Gewerbes in Chemieunternehmen tätig. Im Vergleich zu 1995 hat die Beschäftigung um 8,6% abgenommen; damit hatte die chemische Industrie – nach dem Baugewerbe – den absolut höchsten Personalabbau in diesem Zeitraum zu verzeichnen. Der Anstieg der Wertschöpfung bei gleichzeitigem Abbau von Arbeitsplätzen bedeutet einen deutlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Diese lag in der chemischen Industrie im Jahr 2002 mit 96 800 Euro weit über dem Durchschnitt des Sektors von 53 300 Euro.

Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen: Zweitgrößter Industriezweig zeigt positive Entwicklung

Gegenüber 1991 hatte die Metallindustrie ein beachtliches Wachstum vorzuweisen (+16,6%). Es machte sie mit einem Anteil von 9,1% an der Wertschöpfung des Sektors im Jahr 2002 zum zweitgrößten Wirtschaftszweig des verarbeitenden Gewerbes. Knapp ein Zehntel (9,8%) der Erwerbstätigen des produzierenden Gewerbes waren 2002 in Unternehmen der Metallerzeugung und -bearbeitung bzw. der Herstellung von Metallerzeugnissen tätig. Die Arbeitsproduktivität lag mit 49 500 Euro etwas unter dem Durchschnitt des produzierenden Gewerbes.

Im Jahr 2002 wurden 7,3% der sektoralen Wertschöpfung in Unternehmen des Maschinenbaus erwirtschaftet, dem drittstärksten Industriezweig in Rheinland-Pfalz. Im Vergleich zu 1991 war ein erheblicher Rückgang der Wertschöpfung um 21,8% festzustellen. Die Branche stellt vorwiegend Investitionsgüter her und ist daher eng mit den anderen Wirtschaftszweigen verbunden. Durch diese intensiven Verflechtungen ist der Maschinenbau konjunkturellen Schwankungen gegenüber besonders anfällig. Der Anteil an den Erwerbstätigen des produzierenden Gewerbes betrug 8,4%. Die Arbeitsproduktivität lag mit 46 300 Euro unter dem Durchschnitt des Sektors.

Maschinenbau: Zentrale Branche mit starkem Einbruch

Seit 1991 hat sich die Wirtschaftsleistung des Fahrzeugbaus um knapp ein Viertel (24,7%) verringert. Im Jahr 2002 hatte diese Branche nur noch einen Anteil von 6,6% an der sektoralen Wertschöpfung. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen des produzierenden Gewerbes betrug 6,7%. Die Arbeitsproduktivität entsprach mit knapp 52 200 Euro in 2002 etwa dem Durchschnitt des Sektors. Wie auch die Textil- und Bekleidungsindustrie ist der Fahrzeugbau stark von Produktionsverlagerungen betroffen.

Fahrzeugbau: Produktionsverlagerung führte zu Wertschöpfungsrückgang

Von den übrigen acht Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes hatten vier einen Anteil an der Wertschöpfung, der zwischen 5% und 6% lag. Sie lieferten damit jeweils einen ähnlichen Beitrag wie der Bereich Energie- und Wasserversorgung (5,8%). Hierzu zählten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren, die Hersteller von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten einschließlich der Unternehmen, die sich mit Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik befassen, das Glasgewerbe und die Keramikindustrie sowie das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung.

Vier weitere Wirtschaftszweige hatten 2002 einen Anteil an der Wertschöpfung des Sektors zwischen 5 und 6%

Gegenüber 1991 konnten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren ein beachtliches Wachstum von 17,2% registrieren. Die Wertschöpfung im Zweig „Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ sowie im Zweig „Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ ist dagegen gesunken (-9,3% bzw. -12,2%). Die Branchen im letztgenannten Wirtschaftszweig waren 1993 sehr stark von der Rezession betroffen; durch die zunehmende Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologie in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre verlief die Entwicklung dann freundlicher. In allen drei Wirtschaftszweigen lag die Arbeitsproduktivität leicht über dem Durchschnitt.

Die Wertschöpfung im Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung blieb im betrachteten Zeitraum nahezu unverändert und hat daher die Entwicklung des Sektors weder positiv noch negativ beeinflusst.

Die Energie- und Wasserversorgung

Der Anteil des Bereichs Energie- und Wasserversorgung an der Wertschöpfung des gesamten Sektors erhöhte sich im betrachteten Zeitraum um einen Prozentpunkt und lag 2002 bei 5,8%. Mit einer Wertschöpfungssteigerung von 12% gegenüber 1991 gehörte die Energie- und Wasserversorgung zu den wenigen Wachstumsbereichen des produzierenden Gewerbes.

Der Beschäftigtenanteil der Energie- und Wasserversorgung lag 2002 nur bei 2,5%. Die hohe Steigerung der Wertschöpfung ging mit einem überdurchschnittlichen Rückgang der Erwerbstätigenzahlen seit

1991 einher (-27,7%). Der Personalabbau konzentrierte sich vor allem auf die zweite Hälfte der 1990er-Jahre: Im Bereich der Stromversorgung hatte die Liberalisierung des Strommarktes durch das Energiewirtschaftsgesetz von 1998 Strukturveränderungen bei den Versorgungsunternehmen zur Folge. Vor allem die Ausgliederung von Betriebsteilen, die nicht mit der Energieversorgung in Zusammenhang standen (z. B. Verkehrsbetriebe), führte zu einem starken Rückgang der Beschäftigtenzahlen. Rationalisierung und Umstrukturierung sowie der Einsatz modernerer, wartungsärmerer Kraftwerks- und Übertragungstechnik in der Energieversorgung ermöglichten der Branche einen weiteren Personalabbau.

Dem verringerten Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit stand ein kontinuierlicher Anstieg des Kapitalstocks gegenüber. Von 1991 bis 2000 – aktuellere Zahlen liegen hier nicht vor – hat sich das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen um 20,2% erhöht. In diesem Zeitraum wurde der Kapitalstock des produzierenden Gewerbes insgesamt nur um 6,1% ausgeweitet. Durch die gegenläufigen Entwicklungen der beiden Faktoren Arbeit und Kapital hat sich die Kapitalintensität von 1991 bis 2000 um 48,4% erhöht. Im Jahr 2000 waren je Erwerbstätigen durchschnittlich Anlagegüter im Wert von knapp 1,02 Mill. Euro vorhanden – das war fast achtmal so viel wie im Durchschnitt des produzierenden Gewerbes. Die Kapitalproduktivität in der Energie- und Wasserversorgung ist relativ niedrig: Sie lag im Jahr 2000 bei 116 Euro, im Vergleich zu 1991 blieb sie nahezu unverändert. Die Arbeitsproduktivität ist dagegen überdurchschnittlich hoch: 125 100 Euro wurden 2002 je Erwerbstätigen erwirtschaftet, knapp 55% mehr als im Jahr 1991.

Überdurchschnittliches Wertschöpfungswachstum bei gleichzeitig starkem Personalabbau

Das Baugewerbe

Branche
in der Krise

Der Anteil des Baugewerbes an der Wertschöpfung des sekundären Sektors ging von 18,3% in 1991 auf 15,9% in 2002 zurück. Im Baugewerbe wurde der absolut höchste Wertschöpfungsrückgang im betrachteten Zeitraum registriert – die Wirtschaftsleistung ist um 986 Mill. Euro bzw. knapp ein Fünftel (19,1%) gesunken. Diese Branche war der von der Rezession im Jahr 1993 am stärksten betroffene Wirtschaftsbereich. Auch in den Folgejahren waren teilweise kräftige Rückgänge zu verzeichnen.

werbe ist zwar ebenfalls ein deutlicher Abwärtstrend sichtbar, jedoch war dieser mit einem Minus von 7,5% etwas geringer als im produzierenden Gewerbe insgesamt. In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre wurde die Beschäftigung sogar noch leicht ausgeweitet, nahm daraufhin aber verstärkt ab. Die Schwäche des Baugewerbes hat sowohl konjunkturelle wie auch strukturelle Ursachen. Die schwache öffentliche Nachfrage und die Investitionszurückhaltung der Wirtschaft, vor allem aber der starke Rückgang im Wohnungsbau führten zu dieser Entwicklung.

Anteil der im Bau Beschäftigten ist gestiegen, Abbau relativ geringer als in anderen Bereichen

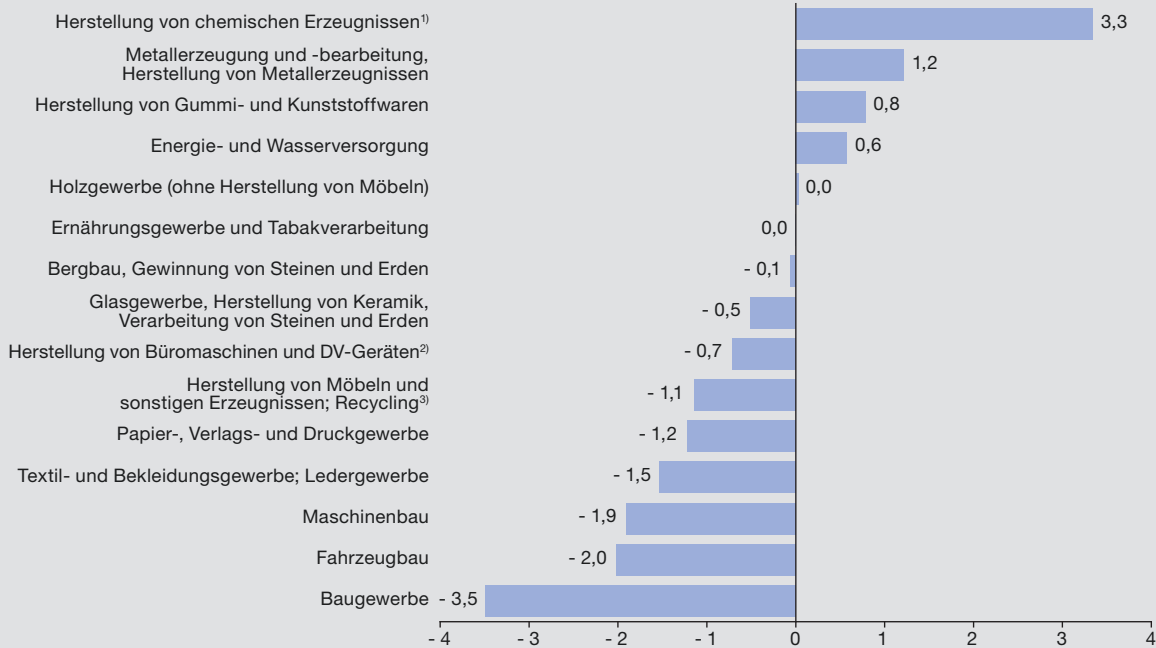
Der Beschäftigtenanteil des Baugewerbes am gesamten Sektor erhöhte sich im betrachteten Zeitraum von 19,9 auf 22,1%. Bei den Erwerbstätigenzahlen im Baugewe-

Mit +14% wurde der Kapitalstock stärker ausgeweitet als im produzierenden Gewerbe insgesamt (+6,6%). Die Kapitalintensität stieg um 23,2%, betrug mit knapp

S 5

Reale Bruttowertschöpfung: Wachstumsgewinner und -verlierer im produzierenden Gewerbe 1991-2002 nach Wirtschaftszweigen

Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Genauere Bezeichnungen:

- 1) Herstellung von chemischen Erzeugnissen; Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- u. Brutstoffen.
- 2) Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.
- 3) Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling.

26 000 Euro in 2002 jedoch nur rund ein Fünftel des Sektordurchschnitts. Im Gegensatz zu der Energie- und Wasserversorgung handelt es sich beim Baugewerbe um einen eher arbeitsintensiven Bereich: Die Arbeitsproduktivität ist hier erwartungsgemäß niedrig (2002: 38 300 Euro). Im Vergleich zu 1991 ist sie gesunken (-12,5%), während sich der Wert im produzierenden Gewerbe insgesamt erhöhte (+11,7%). Die Kapitalproduktivität lag dagegen mit 1 500 Euro fast viermal so hoch wie im Durchschnitt des produzierenden Gewerbes. Gegenüber

1991 hat sie sich jedoch deutlich verringert (-29%). Das starke Absinken von Arbeits- und Kapitalproduktivität deuten auf eine bestehende Unterauslastung bzw. Überkapazitäten hin.

„Gewinner“ und „Verlierer“

Nicht alle Wirtschaftszweige des produzierenden Gewerbes waren von der Wachstumsschwäche des Sektors betroffen. Einige Branchen konnten ihre Wirtschaftsleistung sogar deutlich steigern. Als „Wachstumsgewinner“ zeigten sich im verarbeitenden Gewerbe die chemische Industrie sowie die Metall-, Gummi- und Kunststoffindustrie. Den mit Abstand größten Wachstumsbeitrag, der die negative Entwicklung des produzierenden Gewerbes etwas abfedern konnte, leistete aufgrund ihres starken Gewichts die chemische Industrie mit +3,3 Prozentpunkten. Ohne diesen Beitrag hätte sich die Gesamtwertschöpfung des produzierenden Gewerbes im betrachteten Zeitraum wesentlich stärker verringert. Der vergleichsweise geringe Wachstumsbeitrag des Bereichs „Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren“ (+0,8 Prozentpunkte) erklärt sich angesichts seiner starken prozentualen Wertschöpfungssteigerung durch sein relativ geringes Gewicht. Daneben erbrachte noch der Bereich Energie- und Wasserversorgung einen positiven Wachstumsbeitrag (+0,6 Prozentpunkte).

Die positive Entwicklung dieser Wirtschaftszweige reichte jedoch bei weitem nicht aus, um die Rückgänge in anderen Bereichen zu kompensieren:

Das Baugewerbe leistete aufgrund des überdurchschnittlichen Rückgangs der Wertschöpfung und seines relativ hohen

Wachstumsbeitrag der chemischen Industrie stützte den Sektor in Rheinland-Pfalz

Info

Der **Wachstumsbeitrag** (der auch negativ sein kann) beschreibt den in Prozentpunkten ausgedrückten Anteil eines Bereichs an der gesamten Veränderung der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes. Die Summe aller Wachstumsbeiträge ergibt somit die Veränderungsrate der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes insgesamt. Der Wachstumsbeitrag (WB) ergibt sich aus der absoluten Veränderung der Wertschöpfung des jeweiligen Bereichs ($W_{2002} - W_{1991}$) in Prozent der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes insgesamt im Ausgangsjahr 1991 (PG_{1991}):

$$WB = \frac{W_{2002} - W_{1991}}{PG_{1991}} \cdot 100$$

Rechenbeispiel: Baugewerbe

BWS 1991 (W_{1991}): 5 176 Mill. Euro

BWS 2002 (W_{2002}): 4 190 Mill. Euro

BWS Produzierendes Gewerbe 1991 (PG_{1991}):

28 275 Mill. Euro

$$WB_{\text{Bau}} = \frac{4\,190 - 5\,176}{28\,275} \cdot 100 = -3,5$$

Somit hatte das Baugewerbe im Zeitraum 1991 bis 2002 einen Anteil von -3,5 Prozentpunkten an der gesamten Veränderung der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes (-6,7%).

Gewichts den mit 3,5 Prozentpunkten größten „Negativbeitrag“ zur sektoralen Entwicklung. Im Bereich des verarbeitenden Gewerbes gehörten der Fahrzeugbau sowie der Maschinenbau zu den eindeutigen Wachstumsverlierern. Der prozentual stärkste Rückgang der Wertschöpfung wurde zwar mit 53,5% im Textil- und Bekleidungs-gewerbe sowie Ledergewerbe registriert, jedoch haben diese Branchen in Rheinland-Pfalz nur ein vergleichsweise geringes Gewicht.

Einige Bereiche hatten keinen oder nur geringen Einfluss auf die Gesamtentwicklung – sei es aufgrund ihres geringen Gewichts (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) oder wegen ihrer stagnierenden Entwicklung (Holzgewerbe, Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung).

Fazit

Insgesamt hat das produzierende Gewerbe in Rheinland-Pfalz immer noch eine überdurchschnittlich große Bedeutung. Obwohl die Wertschöpfung im betrachteten Zeitraum mit –6,7% etwas stärker gesunken ist als im Bundesdurchschnitt (–4,4%), ist sein Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung mit 31,5% immer noch vergleichsweise hoch (Deutschland 27,9%).

Warum ist die Wertschöpfung des Sektors so stark gesunken? Die Rückgänge sind nur teilweise auf tatsächliche Schrumpfungsprozesse zurückzuführen. Gerade in den 1990er-Jahren haben viele Industrieunternehmen verstärkt Dienstleistungstätigkeiten ausgelagert, um sich vermehrt auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren. Diese Tätigkeiten werden somit statistisch im Dienstleistungsbereich erfasst. Besonders die unternehmensnahen Dienstleistungen zeigten daher im betrachteten Zeitraum eine große Dynamik und trugen wesentlich zum Wachstum des Dienstleistungssektors bei.

Ein weiterer Grund für das verstärkte Wachstum der Unternehmensdienstleister liegt in der zunehmenden Verknüpfung von Industrieprodukten mit Dienstleistungen – zur Verbesserung der Wettbewerbsposition, Erschließung von Marktpotenzialen oder stärkeren Kundenbindung²⁾. Die Entwicklung des Dienstleistungssektors ist demzufolge eng mit der Entwicklung des produzierenden Gewerbes verbunden. Wirtschaftswachstum kann daher nicht allein von den Dienstleistungsbereichen getragen werden, sondern basiert auch auf einem leistungsstarken produzierenden Gewerbe.

Intersektorale Verflechtung als Ursache des Strukturwandels

Industrie als Basis für weiteres Wachstum der Dienstleistungsbereiche

Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), ist Mitarbeiterin im Referat Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigenrechnung.

2) Zu den Ursachen des sektoralen Strukturwandels siehe auch Schmidt, Simone: Strukturwandel im rheinland-pfälzischen Dienstleistungssektor, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 3/2004, S. 25 ff.

Das neue Umweltstatistikgesetz

Von Jörg Breitenfeld

Am 20. August 2005 trat das novellierte Umweltstatistikgesetz (UStatG) in Kraft. Es bildet eine wichtige Grundlage für eine aussagefähige Umweltberichterstattung und regelt die Erfüllung europäischer und internationaler Berichtspflichten. Mit der Novellierung des Gesetzes aus dem Jahr 1994 wurde der wachsenden Bedeutung der Umweltpolitik ebenso Rechnung getragen wie der weiter vorangeschrittenen Rechtsetzung auf europäischer Ebene und das neue Gesetz an aktuelle Entwicklungen im Umweltsektor angepasst. Bei allen Änderungen wurde auf das Ziel geachtet, die Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten zu entlasten.

Weiterhin fast 30 umweltstatistische Erhebungen

Neues Gesetz
übersichtlicher

Durch die Zusammenfassung von Regelungen, die zuvor in mehreren Paragraphen gefasst waren, hat das neue Umweltstatistikgesetz an Übersichtlichkeit gewonnen. Es enthält nur noch 17 statt bisher 22 Paragraphen, beschreibt aber nach wie vor fast 30 umweltstatistische Erhebungen, die sich in die vier Bereiche Abfall (§§ 3 bis 5), Wasser und Abwasser (§§ 7 bis 9), Luft (§ 10) und Umweltökonomie (§§ 11 und 12) untergliedern. Die Belastung der Auskunftspflichtigen wird insbesondere durch den Verzicht auf Erhebungsmerkmale reduziert.

Wesentliche Bereiche, die neu geregelt wurden, sind die abfallstatistischen und umweltökonomischen Erhebungen; im Vergleich dazu sind die anderen Bereiche weniger von Änderungen betroffen.

Neuregelung abfallstatistischer Erhebungen

Die Erhebungen der Abfallentsorgung bilden eine wichtige Grundlage für die Bilanzen auf Bundesebene zum Aufkommen, zur Verwertung und zur Beseitigung von Abfällen sowie zur Erfüllung von Berichtspflichten gegenüber der Europäischen Union. Allein aus der neuen EU-Abfallstatistikverordnung ergab sich ein geänderter Datenbedarf.

Die meisten der bereits im UStatG von 1994 geregelten abfallstatistischen Erhebungen werden fortgeführt. Bedingt durch neue Entwicklungen und aufgrund bisheriger Erfahrungen wurden einzelne Erhebungsmerkmale angepasst. Eine zusätzliche Belastung der Berichtspflichtigen ist hierdurch nicht gegeben. Zur Erleichterung des Erhebungsgeschäftes wurde die Möglichkeit der Nutzung von Daten der Landes(umwelt)behörden eröffnet. Maßga-

Einzelne Abfall-
erhebungen
und Merkmale
angepasst

be hierbei ist allerdings, dass diese Datenbestände die statistischen Anforderungen hinreichend erfüllen.

Neben der Entsorgung der Abfälle wird jetzt auch die Erzeugung der Abfälle erfasst

Die abfallstatistischen Erhebungen waren bislang nur darauf ausgelegt, die Entsorgung von Abfällen nachzuweisen. Es wurde in der Regel nicht erfasst, wer die Abfälle erzeugt. Eine Ausnahme hiervon bildete der Merkmalskatalog für die Erhebung der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle.

Da Daten zur Erzeugung jedoch auch für andere Abfallarten zur Erfüllung der EU-Abfallstatistikverordnung benötigt werden, wurde eine neue primärstatistische Erhebung bei bundesweit 20 000 Betrieben gesetzlich geregelt. Sie findet alle vier Jahre statt. Der Nachweis der Erzeugung besonders überwachungsbedürftiger Abfälle erfolgt weiterhin im Rahmen der bisherigen Erhebung auf sekundärstatistischem Weg. Die ebenfalls auf diesem Weg bislang erfasste Entsorgung ist nach dem neuen Gesetz vollständig in die übrigen abfallstatistischen Erhebungen integriert worden; damit wird die Erfassung der Entsorgungswege verbessert und eine zuvor gegebene Doppelerfassung vermieden.

Von der neuen Erhebung über die Abfallerzeugung erhofft man sich eine deutliche Verbesserung der Schätzungen über die Erzeugung von Abfällen nach Wirtschaftsbereichen auf Bundesebene. Auf der Basis der mit der Novellierung entfallenen vierjährigen Erhebungen über die Einsammlung, die Beförderung und den Verbleib von Abfällen konnte die Ableitung der Herkunft der Abfälle nach Wirtschaftsbereichen nur unzureichend erfolgen.

Grundsätzlich wurde die statistische Erfassung der Einsammlung und Wiederverwertung von Abfällen neu geregelt. Die Erhebungen wurden auf konkret erfassbare Tatbestände ausgerichtet.

Erhebungen zur Einsammlung und Wiederverwertung neu geregelt

Unverändert bleibt die Erhebung über die Einsammlung von Transport- und Umverpackungen. Die bisherige Erhebung speziell von Verkaufsverpackungen erfolgt nicht mehr bei den sammelnden Unternehmen, sondern bei den Unternehmen, die Verkaufsverpackungen nach der Verpackungsverordnung zurücknehmen, einsammeln oder entsprechende Systeme betreiben (Stichwort: Grüner Punkt).

Neu aufgenommen wurde die Erhebung über die Einsammlung, Wiederverwertung und das Recycling von Elektro- und Elektronik-Altgeräten. Hierzu besteht ab dem Jahr 2006 gegenüber der Europäischen Kommission eine Berichtspflicht.

Wegen ihrer geringen Aussagekraft wurden die Erhebungen über den Einsatz von (Alt-)Kunststoff, Altglas und Altpapier im Produktionsprozess sowie über Abfälle, die bei Bau- und Rekultivierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand eingesetzt werden, gestrichen. Die seinerzeit mit einer eigenen Erhebung erfassten Daten zur Altlaufbereitung und -verwertung sowie zur Verwertung von Kompost wurden in andere abfallstatistische Erhebungen integriert.

Das neue UStatG regelt erstmals auch die Erstellung einer Abfallbilanz auf Bundesebene. In diesem Zusammenhang steht die ebenfalls neue gesetzliche Vorgabe eines festen Termins für die Veröffentlichung der Ergebnisse aus den Abfallerhebungen und der Abfallbilanz durch das Statistische Bundesamt.

Abfallbilanz nunmehr gesetzlich gefordert

Keine gravierenden Änderungen bei den Wasser- und Abwassererhebungen

Wasser ist eines der wichtigsten Lebensgüter, so dass der statistischen Beobachtung der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung eine große Bedeutung zukommt. Die Erhebungen bilden die Basis für übergreifende wasserwirtschaftliche Analysen und Planungen. Im Vergleich zu den Abfallstatistiken gab es hier nur wenige Änderungen. Nach wie vor sind Abschneidegrenzen für die Menge der Wassergewinnung und Abwassereinleitung zur Begrenzung des Erfassungsbereichs über das UStatG nicht geregelt, so dass grundsätzlich auch „kleine“ Wassergewinner und Abwassereinleiter befragt werden können. In der Erhebungspraxis sollen jedoch zur Entlastung der Auskunftspflichtigen erhebungsindividuell Grenzen für die Auskunftspflicht festgesetzt werden.

Künftig alle Wirtschaftszweige der nichtöffentlichen Wasserversorgung auskunftspflichtig

Wegen der Unterschiede in der Struktur sind die öffentliche und die nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung jeweils gesondert geregelt: Für die Erhebungen im Bereich der nichtöffentlichen Wasserversorgung ist die Begrenzung auf bestimmte Wirtschaftszweige aufgehoben worden. Dadurch fallen auch große Wassergewinner und Abwassereinleiter, wie z. B. Heilbäder, in den Erhebungsbereich, die zuvor nicht erfasst wurden. Dies ist auch als Qualitätsverbesserung der Ergebnisse zu werten. Im Bereich der öffentlichen Wasserversorgung wurden die Erhebungen der Trinkwasser- und Rohwasserbeschaffenheit gestrichen. Die bisher in drei Paragraphen geregelten Erhebungen der Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen sowie der Anlagen zum Umgang mit wassergefähr-

Wasserbeschaffenheit der öffentlichen Wasserversorgung wird nicht mehr statistisch erfasst

denden Stoffen sind jetzt in einem einzigen Paragraphen zusammengefasst. Inhaltlich wurden einige Merkmale gestrichen.

Die statistischen Erhebungen im Bereich Luft beschränken sich künftig auf klimawirksame Stoffe

Die sekundärstatistische Erhebung der Luftverunreinigungen entfällt als Erhebung der amtlichen Statistik und soll außerhalb des Geltungsbereichs des UStatG als Geschäftsstatistik weitergeführt werden. Die bei den zuständigen Behörden vorliegenden Emissionserklärungen, etwa über Kohlendioxid, Stickoxide, Kohlenmonoxid oder Stäube aus Feuerungsanlagen, werden demnach nicht mehr von den statistischen Ämtern ausgewertet. Zukünftig sollen die Daten dem zuständigen Bundesministerium auf anderem Weg zur Verfügung gestellt werden.

Statistischer Nachweis der Luftverunreinigungen soll Geschäftsstatistik werden

Die Erhebung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe wurde auf die Erfassung klimawirksamer Stoffe reduziert. Hintergrund ist, dass die Produktion und Verwendung ozonschichtschädigender Stoffe in Deutschland aufgrund bestehender gesetzlicher Regelungen nicht mehr von Bedeutung ist. Zugleich wurde die untere Erfassungsgrenze von 50 kg auf 20 kg pro Stoff gesenkt, um einen vollständigeren Nachweis zu ermöglichen.

Klimawirksame Stoffe um ein zusätzliches Treibhausgas erweitert

Als klimawirksame Stoffe im Sinne dieser Erhebung gelten Fluorderivate der aliphatischen Kohlenwasserstoffe mit bis zu sechs (bisher sieben) Kohlenwasserstoffen. Dazu gehören die perfluorierten (vollhalogenierten) Alkane (FKW) und die teilfluorierten (teilhalogenierten) Alkane (H-FKW). Als sta-

bile chemische Verbindung gelangen diese Stoffe bis in die Stratosphäre und fördern dort den Treibhauseffekt (Treibhausgase), zerstören aber nicht die Ozonschicht.

Treibhausgase, wie Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid, werden – mit Ausnahme des Schwefelhexafluorids – auch zukünftig nicht erfasst. Die Erhebung des Schwefelhexafluorids erfolgt durch das Statistische Bundesamt, da es nur wenige Auskunftspflichtige gibt.

Turnus der umweltökonomischen Erhebungen verlängert – inhaltliche Anpassungen

Umweltschutzinvestitionen werden weniger differenziert erfasst

Im Bereich der umweltökonomischen Statistiken wurde die Erhebung der Zusammensetzung der Investitionen für den Umweltschutz gestrichen. Erhebungsgegenstände waren hierbei z.B. der Wert und auch die Mengen der Materialien, die bei einer Umweltschutzinvestition zum Einsatz kamen.

Die weiterhin bestehenden umweltökonomischen Erhebungen wurden durch eine Reihe von Änderungen dem aktuellen Datenbedarf angepasst. Hierzu zählen Merkmale zur Beschreibung der Beschäftigungswirkung des Umweltschutzes oder die Erfassung der Wasser- und Abwasserentgelte¹⁾.

Ökonomische Analyse der Wassernutzungen induziert Datenbedarf

Eine wesentliche Frage in der öffentlichen Wasserversorgung ist die Kostendeckung durch die Wasser- und Abwasserentgelte. Eine ökonomische Analyse der Wassernutzungen, wie sie durch die so genannte

1) Aufgrund der unterschiedlichen Möglichkeiten bei der Preis- und Gebührengestaltung wird ein methodisches Konzept zur Ermittlung vergleichbarer Angaben bei den Wasser- und Abwasserentgelten erarbeitet werden.

Info

Neue Erhebungsmerkmale im Bereich der Umweltökonomie

Die Erhebung folgender Merkmale richtet sich an Betreiber von Abfallentsorgungsanlagen bzw. öffentlichen Abwasser- oder Wassergewinnungsanlagen:

- Investitionen sowie Wert der zusätzlich gemieteten und gepachteten Sachanlagen nach Arten; ausgenommen sind die Betreiber, für die bereits im Rahmen der Erhebung der Umweltschutzinvestitionen oder nach dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe die Investitionen erhoben werden.
- Zahl der überwiegend Beschäftigten in den Bereichen der Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung,
- Art und Eigenschaft des Betreibers als öffentliches Unternehmen,
- Wasser- und Abwasserentgelte für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung nach Gemeinden.

Wasserrahmenrichtlinie gefordert wird, bildet eine der Grundlagen zur Beantwortung dieser Frage. Die hierfür benötigten Merkmale wurden neu in das UStatG aufgenommen.

Einen Überblick über die wichtigsten neuen Merkmale im Bereich der Umweltökonomie gibt der Info-Kasten. Da die Merkmale unternehmens- und nicht anlagenbezogen erhoben werden, ist dies ein Grund, warum sie im Rahmen der umweltökonomischen Erhebungen und nicht in den Abfall- bzw. Wassererhebungen geregelt wurden.

Sowohl bei der Erhebung der Umweltschutzinvestitionen als auch bei der Erhebung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz wurde der Umweltbereich „Klimaschutz“ neu aufgenommen. Zukünftig

Nachweis von Umweltschutzausgaben für zusätzlichen Umweltbereich „Klimaschutz“

Stichprobenumfang bei einzelnen Erhebungen der Erhebungspraxis angepasst

werden die Investitionen und Aufwendungen damit für sieben Umweltbereiche erfasst.

Bei der Erhebung der Umweltschutzinvestitionen wurde mit der Novellierung des Gesetzes der Berichtskreis auf 10 000 Erhebungseinheiten (Unternehmen bzw. Betriebe) festgesetzt und damit „formal“ reduziert. Mit dieser Zahl folgt die gesetzliche Regelung jedoch den Erfahrungen aus der bisherigen Erhebungspraxis, in der schon bei früheren Erhebungen der erlaubte Umfang nicht ausgeschöpft wurde.

Auch bei der Erhebung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz, die zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wird, wurde der Stichprobenumfang reduziert. Eine wesentliche Entlastung der Auskunftspflichtigen ergibt sich hier aber durch die Verlängerung des Erhebungsturnus von einem Jahr auf drei Jahre.

Umweltökonomische Erhebung beobachtet den „Öko-Markt“

„cleaner technologies and products“ werden zukünftig besser erfasst

Die Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz richtet sich jetzt an 15 000 statt bisher nur 5 000 Betriebe und dient der Beobachtung des Marktes für ökologische Produkte. Da insbesondere die Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien besser dargestellt werden soll, wird neben dem größeren Berichtskreis auch die Liste der in die Erhebung einbezogenen Waren und Dienstleistungen erweitert. So soll vor allem der Bereich der so genannten „cleaner technologies and products“, wie Solaranlagen oder Windkraftträder, aufgenommen werden. Um auch die Beschäftigungseffekte des Öko-Marktes aufzeigen

zu können, ist das Erhebungsmerkmal Beschäftigte ergänzend eingeführt worden.

Erstmals Übermittlung der Einzelangaben an das Statistische Bundesamt möglich

Die §§ 13 bis 17 enthalten die statistikübergreifenden Regelungen für die Umweltstatistiken. Sie wurden zum einen aufgrund von Änderungen bei den Erhebungen angepasst und zum anderen um Regelungen ergänzt, die zu einer Flexibilisierung und Rationalisierung beitragen. Zukünftig sind Verwaltungsbehörden zur Auskunft verpflichtet, wenn im Verwaltungsvollzug Angaben anfallen, die auch statistisch erhoben werden. Ferner wurde eine Anschriftenübermittlung seitens der Verwaltungsbehörden festgeschrieben. Dies betrifft beispielsweise die Angaben zu den Wassergewinnern und Abwassereinleitern.

Mit dem neuen UStatG kann bei den Daten von öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgungsanlagen bzw. der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung auf eine Geheimhaltungsprüfung verzichtet werden. Die statistischen Landesämter können zukünftig auch anonymisierte Einzelangaben an das Statistische Bundesamt übermitteln, wenn dies für Zusatzaufbereitungen des Bundes bzw. zur Erfüllung von supranationalen und zwischenstaatlichen Aufgaben erforderlich ist.

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Trübe Novemberstimmung in der Wirtschaft

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Nach den beiden kräftigen Anstiegen im September und im Oktober ist der ifo Geschäftsklimaindex im November spürbar gefallen. Der Indexwert verringerte sich um einen Punkt von 98,8 auf 97,8 Punkte. Der Rückgang fiel überraschend deutlich aus; dennoch blieb der Index über seinem Septemberwert. Trotz dieses Dämpfers rechnen Experten weiterhin mit einer Fortsetzung des moderaten Aufwärtstrends der deutschen Konjunktur.

Die vom ifo Institut befragten Unternehmen haben im November sowohl ihre gegenwärtige Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate ungünstiger beurteilt als noch im Oktober. Der Lageindex fiel von 98,9 auf 97,8 Punkte und der Index für die Geschäftserwartungen von 98,6 auf 97,7 Punkte.

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima – nach der spürbaren Verbesserung im Vormonat – im November wieder eingetrübt. Die Unternehmen in diesem wichtigen Bereich der deutschen Wirtschaft schätzen sowohl ihre Lage als auch ihre Geschäftsaussichten schlechter ein. Ausgenommen davon bleibt das Exportgeschäft, an das die Unternehmen immer noch optimistische Erwartungen knüpfen.

Im Gegensatz zum verarbeitenden Gewerbe setzte sich die Stimmungsverbesserung im Bauhauptgewerbe im November fort. Die befragten Unternehmen in dieser Branche haben ihre Geschäftslage und ihre Erwartungen erneut günstiger beurteilt als im Vormonat.

Im Einzelhandel hat sich das Geschäftsklima im November empfindlich verschlechtert. Sowohl Lagebeurteilung als auch Geschäftserwartungen sind im Vergleich zum Oktober geradezu eingebrochen. Dies wird auch als ein wesentlicher Grund für den deutlichen Rückgang des ifo Index im November gesehen. Im Großhandel blieben die Einschätzungen dagegen nahezu unverändert.

Klimaverbesserung im Bauhauptgewerbe

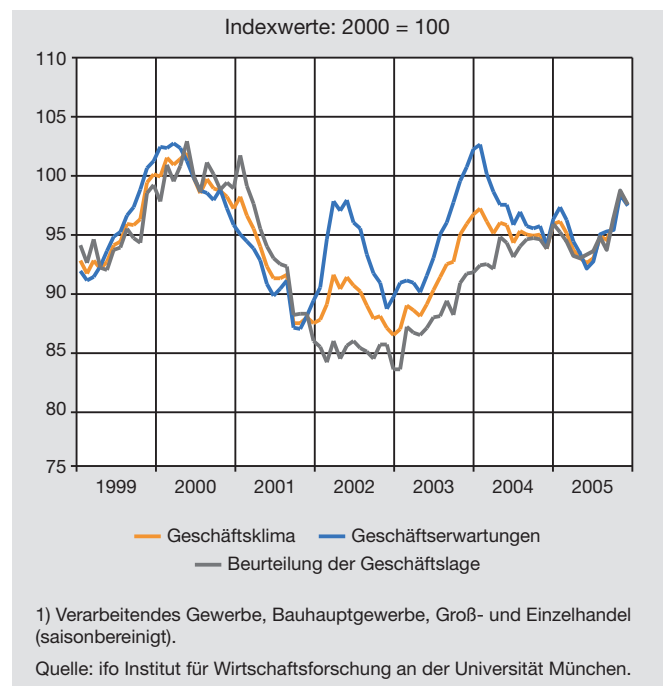
Schlechtere Stimmung vor allem im Einzelhandel

Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im November unerwartet stark verschlechtert

Sowohl die Lage als auch die Geschäftserwartungen werden von Unternehmen schlechter eingeschätzt

Schlechtere Stimmung im verarbeitenden Gewerbe

Stand: November 2005 ifo Geschäftsklima Deutschland ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Steigende Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe – kräftiger Anstieg auch im Baugewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes z. B. aufgrund von Großaufträgen von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im August 2005 gegenüber dem Vorjahr um 5% gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im August gegenüber dem Vorjahr gestiegen, und zwar stärker als im Juli. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im August 2005 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 5%. Im Juli wurde ein Plus von 4,4% registriert.

Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar

Allerdings ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung gegenüber dem Vorjahr durch Sondereinflüsse aufgrund erfassungstechnischer Änderungen im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ eingeschränkt. Wegen des hohen Gewichts der chemischen Industrie im verarbeitenden Gewerbe können sich diese Änderungen auch im Gesamtergebnis auswirken.

Steigerung der Auftragseingänge sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im August 2005 erneut von Zuwächsen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland getragen. Die positive Entwicklung zeigt sich seit Mai, und seit Juni steigen die Inlandsaufträge deutlich

stärker als die Aufträge aus dem Ausland. Im August wurde bei den Bestellungen aus dem Inland gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ein Plus von real 7% registriert. Die Bestellungen aus dem Ausland verbesserten sich gegenüber August 2004 dagegen real nur um 3,1%. Im Juli 2005 hatte der Zuwachs an Aufträgen aus dem Inland bei 6,3% und an Auslandsaufträgen bei 2,5% gelegen.

Der Fahrzeugbau, der etwa 14% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im August 2005 erstmals seit sechs Monaten wieder einen Zuwachs. Die Fahrzeugbestellungen nahmen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat real um 2,6% zu. Zuletzt war im Januar dieses Jahres ein Zuwachs von 8,9% beobachtet worden. Die Wende ist auf Inlandsaufträge zurückzuführen. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen aus der heimischen Produktion stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat nämlich um mehr als 20%. Im Juli hatte der erste Zuwachs seit zwölf Monaten bei 5,6% gelegen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind weiter rückläufig; im Jahresvergleich sanken sie im August 2005 um 11,6% – nach einem Minus von 9,8% im Vormonat.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im August 2005 im Jahresvergleich um 6,8% an, nach +3% im Juli. Der Rückgang der Bestellungen im April blieb damit ein einmaliger Ausrutscher. Bei den Inlandsbestellungen nahm die Dynamik weiter ab. Die Zuwachsrate war im August 2005 weiter gefallen. Sie belief sich im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 4,4% nach 6,5% im Juli und 9% im Juni 2005. Nach dem leichten Plus von 0,7% im Juli sind die

Aufträge im Fahrzeugbau nahmen zum ersten Mal seit sechs Monaten wieder zu

Auftragseingänge im Maschinenbau weiter im Plus – Aufträge aus dem Ausland stiegen stärker als die Inlandsaufträge

Auftragszahlen aus dem Ausland im August deutlicher nach oben gegangen. Im Auslandsgeschäft wurde ein Plus von 8,5% erreicht.

Steigende Nachfrage aus dem In- und Ausland in der Metall-erzeugung und -verarbeitung

In der Metall-erzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) stiegen die Auftragseingänge im August 2005 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 3,7%. Im Juli hatte der Anstieg noch bei 5% gelegen. Sowohl die Inlandsbestellungen (+3,4% im Vergleich zum August 2004) als auch die Auftragseingänge aus dem Ausland (+4,2%) legten im Vergleich zum August 2004 zu. Im Juli 2005 war die Inlandsnachfrage noch um 5,8% gestiegen, während der Zuwachs im Auslandsgeschäft mit 3,9% schwächer war als im August.

Vergleichbarkeit mit den Vormonaten in der chemischen Industrie eingeschränkt

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung mit dem Vorjahr durch erfassungstechnische Änderungen eingeschränkt. Die Auswirkungen lassen sich nicht quantifizieren.

Die Auftragseingänge in der chemischen Industrie erhöhten sich im August 2005 um 8,6% gegenüber dem Wert von August 2004. Im Juli hatte die Steigerungsrate noch bei 10,7% gelegen. Damit wurden derzeit die hohen Zuwächse nicht mehr erreicht, die zwischen Dezember 2004 und Mai 2005 auf etwa gleich bleibendem Niveau gelegen hatten – das Plus bei den Auftragseingängen bewegte sich damals zwischen 13,6% im April und 17,7% im Februar 2005. Die Steigerung der Inlandsnachfrage fiel mit 5,9% gegenüber August 2004 wesentlich geringer aus als noch im Juli (+10,1%). Der Anstieg bei den Aufträgen aus dem Ausland war mit 10% im August etwas schwächer als im Juli 2005 (+10,9%).

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im August 2005 kräftig gestiegen. Im August nahmen die Bestellungen um 7,5% gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Damit gab es erstmals seit Februar 2005 wieder eine steigende Nachfrage im Bauhauptgewerbe. Die Umkehr hatte sich im Juli bereits angedeutet. Im Vormonat betrug der Rückgang der Auftragseingänge nämlich nur noch 0,2% gegenüber Juli 2004.

Steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bei sinkender Zahl der Baugenehmigungen

Nach drei Monaten mit leichten Zuwächsen bei den Baugenehmigungen, ist ihre Zahl im August 2005 wieder deutlich gesunken. Das Minus belief sich auf fast 17% im Vergleich zum August 2004. Im Juli war die Zahl der Genehmigungen noch um 2,1% gegenüber Juli 2004 gestiegen.

Stagnierende Umsätze im Einzelhandel – weiterhin Einbußen im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die Einzelhandelsumsätze stagnieren seit drei Monaten. Im Juni 2005 ist der Drei-Monats-Durchschnitt gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert um 0,2% gestiegen, im Juli gab es ein Minus von 0,1%. Im August 2005 sind die realen Umsätze gegenüber August 2004 wieder leicht um 0,1% gestiegen.

Stagnation im Einzelhandel – Einbußen im Großhandel

Auch im Großhandel ist derzeit kein eindeutiger Trend erkennbar. Nachdem die Umsätze

im Mai gestiegen sind, im Juni rückläufig waren und im Juli stagnierten, gab es im August wieder rückläufige Umsätze. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat sanken die realen Großhandelsumsätze um 0,6%.

Ungebrochener
Abwärtstrend im
Gastgewerbe

Im Gastgewerbe ist der Abwärtstrend ungebrochen. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im August 2005 gegenüber dem August des Vorjahres real um 1%. Der Rückgang blieb damit aber unter den Umsatzverlusten, die zu Beginn des Jahres zu beobachten waren.

Deutlicher Anstieg des Verbraucherpreisindex im November

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Verbraucherpreise im
November um
2,5% gestiegen

Der Verbraucherpreisindex erreichte im November 2005 einen Wert von 108,5. Gegenüber dem Vormonat sank der Index um 0,5 Punkte. Im Vergleich zum Stand vom November des Vorjahres ist der Verbraucherpreisindex damit um 2,5% gestiegen. Der Indexanstieg liegt nun seit fünf Monaten über der 2%-Marke. Die starke Erhöhung ist aber nicht etwa Anzeichen einer konjunkturellen Überhitzung, sondern im Wesentlichen auf die mehrfache Erhöhung der Tabaksteuer und die kräftige Verteuerung von Ölprodukten zurückzuführen. Die Tabaksteuererhöhungen ließen die Preise in der Gütergruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ im Vergleich zum November 2004 um 10,6% ansteigen. Die Entwicklung des Ölpreises führte bei den Gütern im Bereich „Verkehr“ zu einem Preisanstieg

um 4,5% und im Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ um 3,4%.

Arbeitslosigkeit hat sich im Oktober deutlich verringert

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit spricht von einem „goldenen Oktober“ für den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Vergleich zum Vormonat erheblich stärker verringert als sonst um diese Jahreszeit üblich. Mitte Oktober 2005 waren in Rheinland-Pfalz rund 164 600 Frauen und Männer ohne Arbeit – etwa 3 500 oder 2,1% weniger als im September.

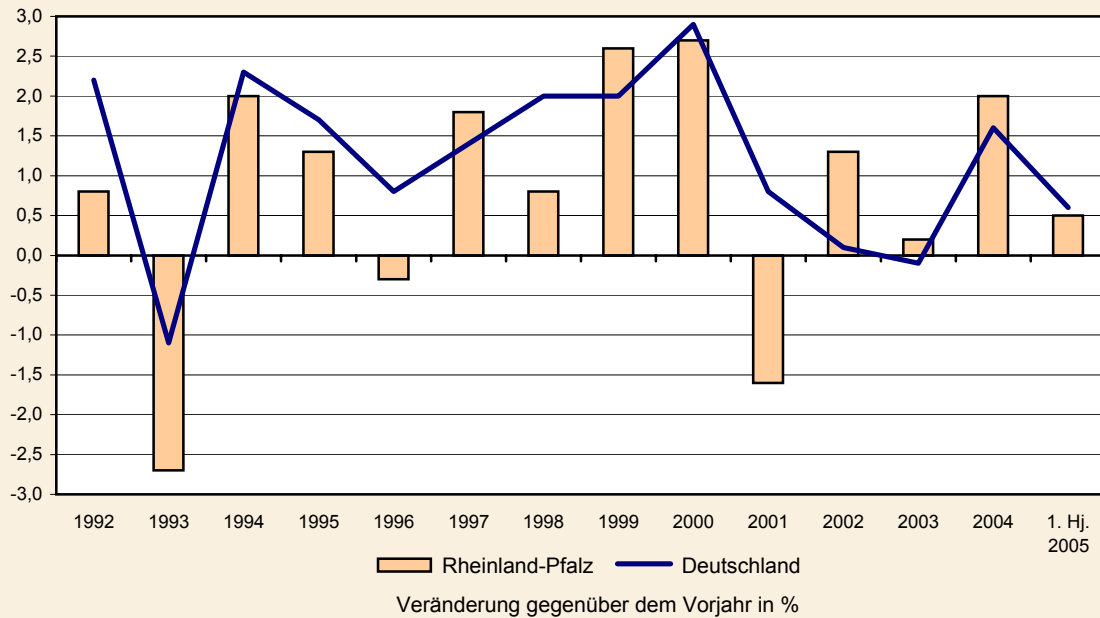
Zahl der
Arbeitslosen ist
im Oktober
spürbar
gesunken

Dennoch lag die Zahl der Arbeitslosen um 15 400 bzw. 10,3% höher als im Oktober 2004. Dieser deutliche Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist jedoch nach wie vor Folge der Arbeitsmarktreformen zu Beginn des Jahres.

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich im Oktober 2005 auf 8,1% und ist damit im Vergleich zum Vormonat um 0,2 Prozentpunkte gesunken. Ein Jahr zuvor hatte die Quote bei 7,4% gelegen.

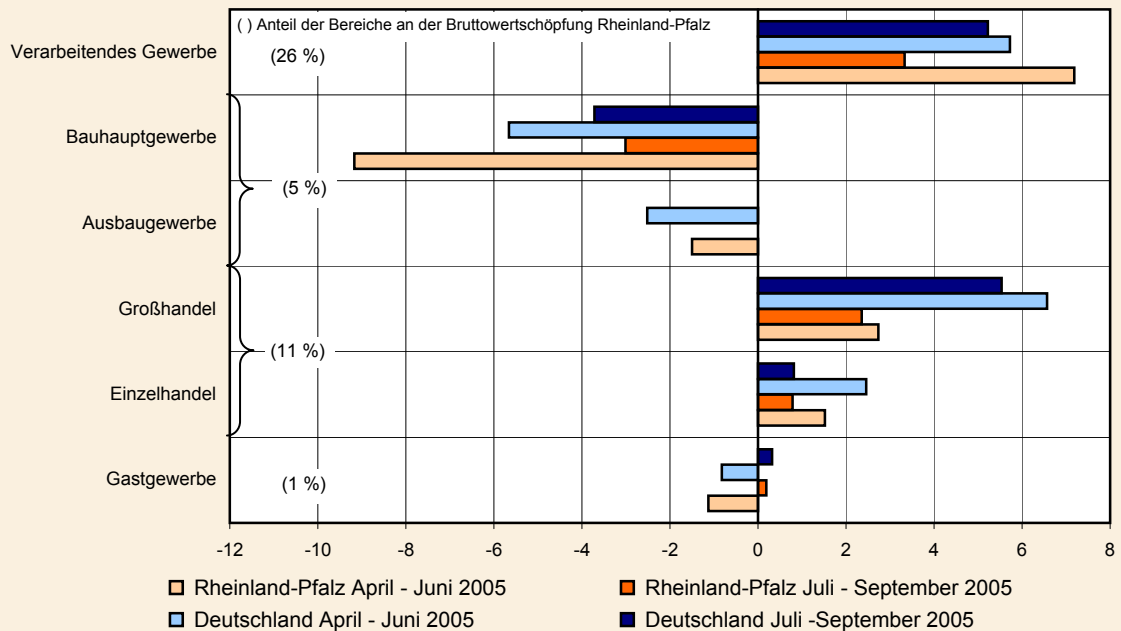
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdaten; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

**Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾**
(Berechnungsstand: September 2005)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2005 im Februar 2006.

**Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen
in Rheinland-Pfalz und Deutschland**



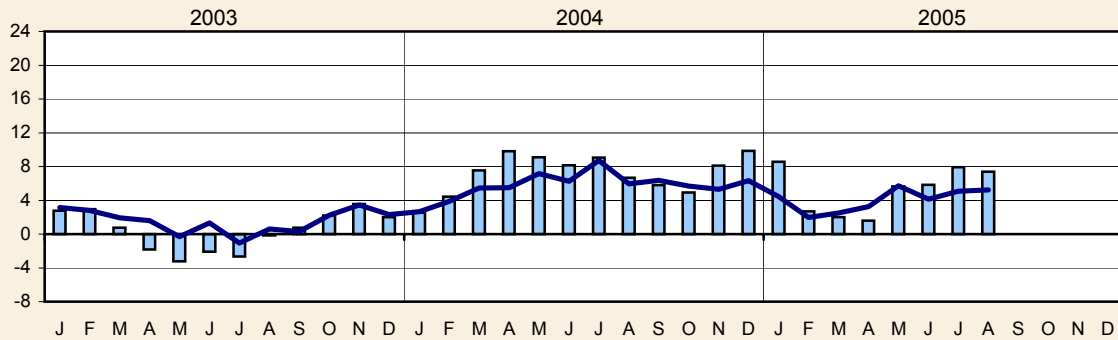
3-Monats-Durchschnitte¹⁾; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Ausbaugewerbe: Quartale.

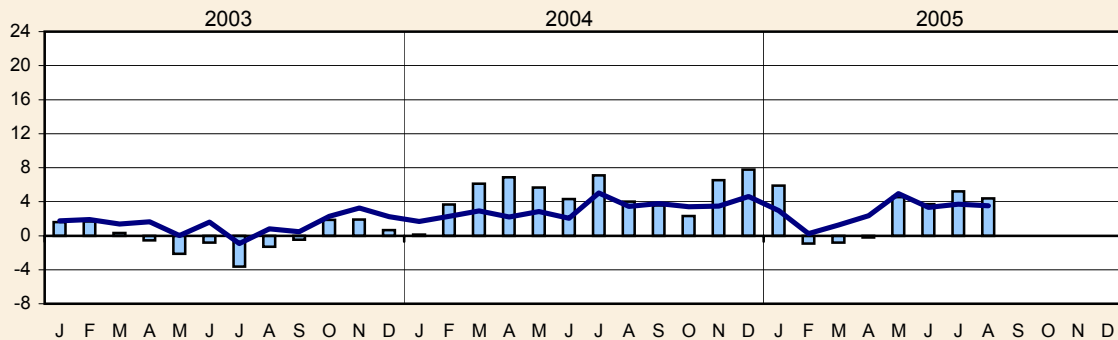
**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe**

Deutschland

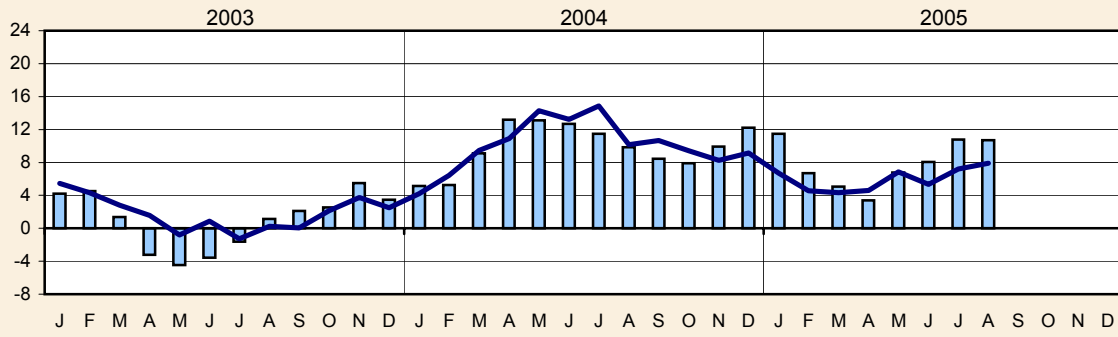
Insgesamt



Inland



Ausland



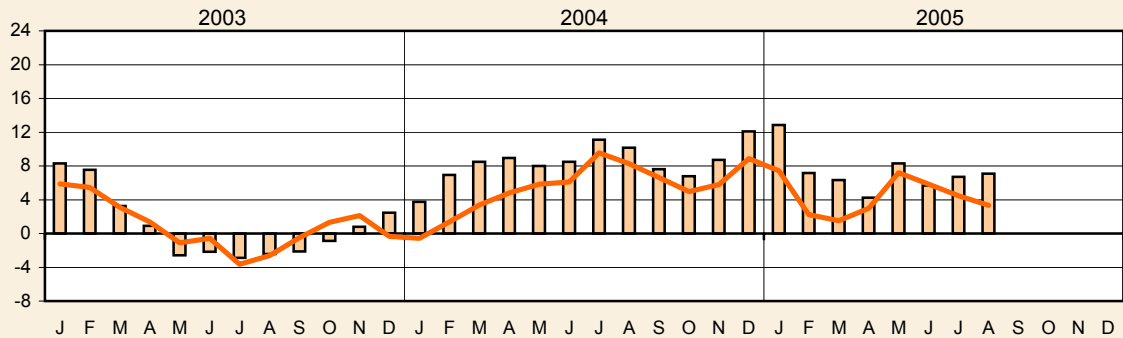
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

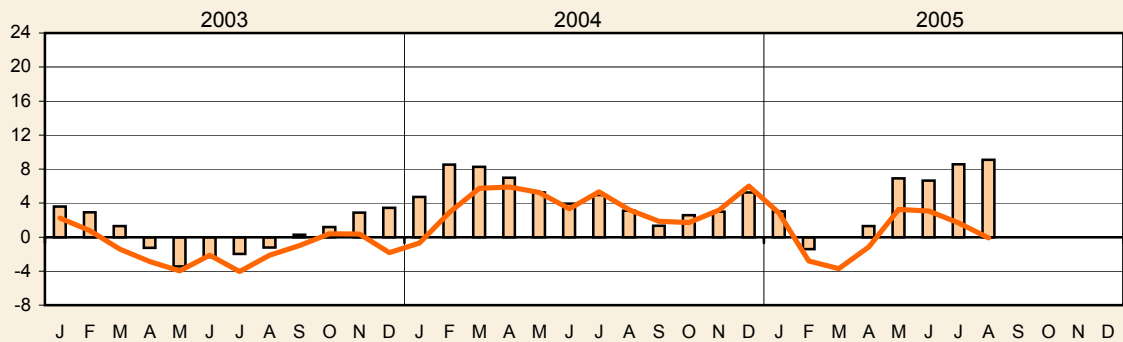
**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe**

Rheinland-Pfalz

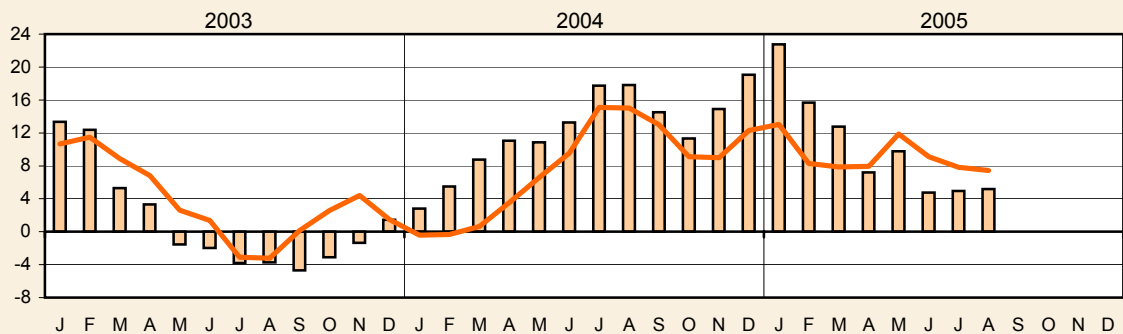
Insgesamt



Inland



Ausland

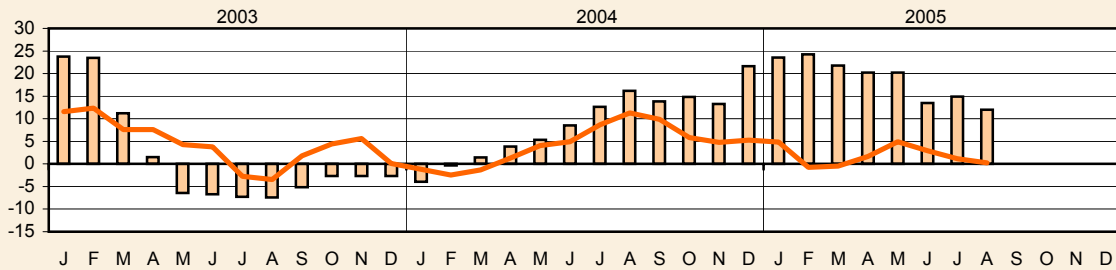


■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

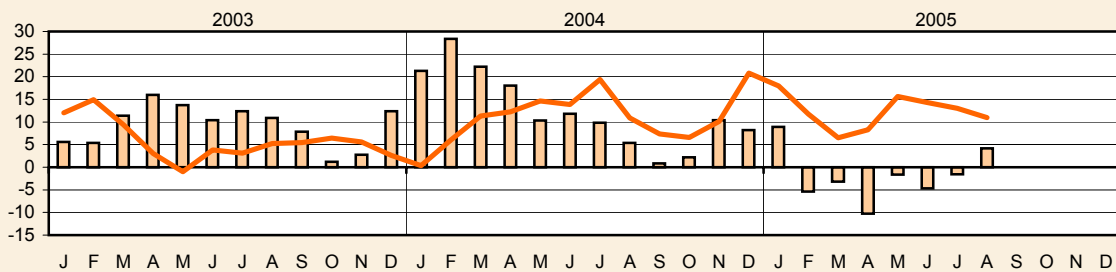
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

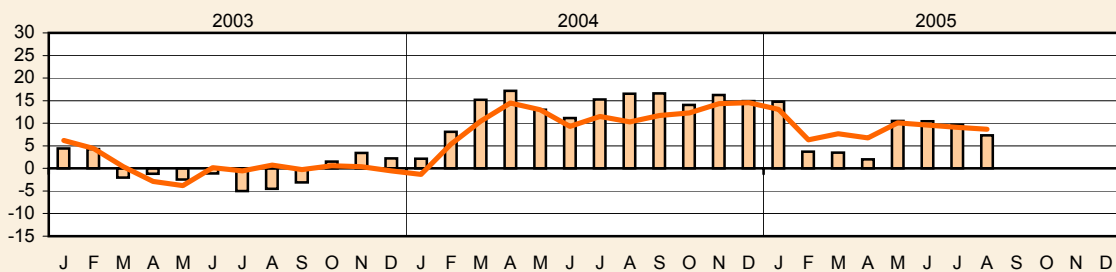
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 32%)



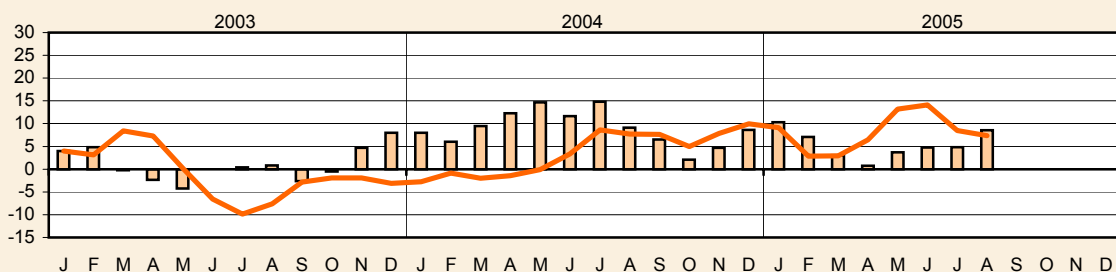
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 15%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 10%)



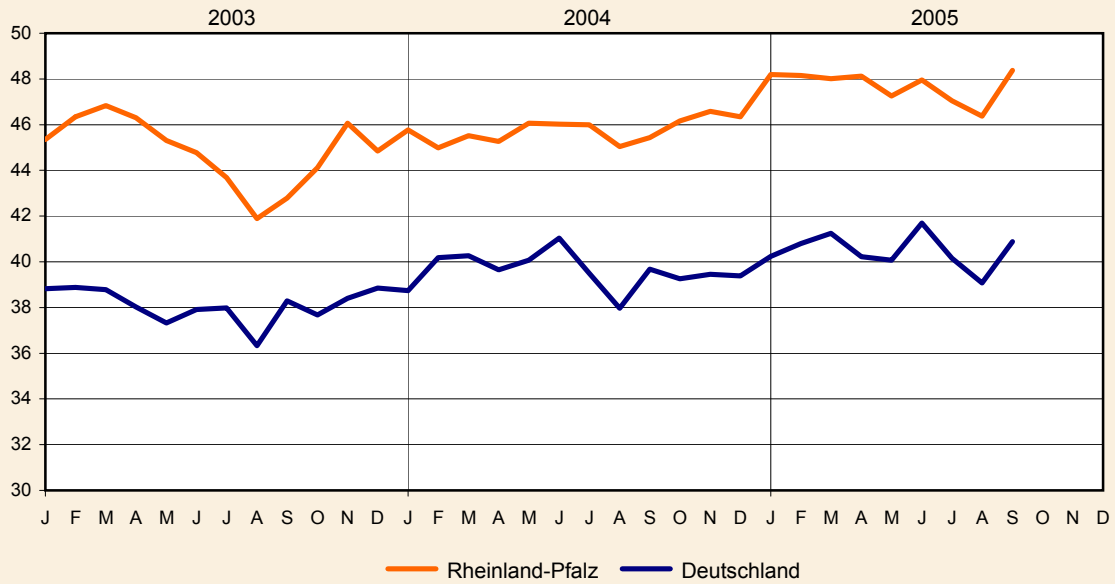
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 9%)



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

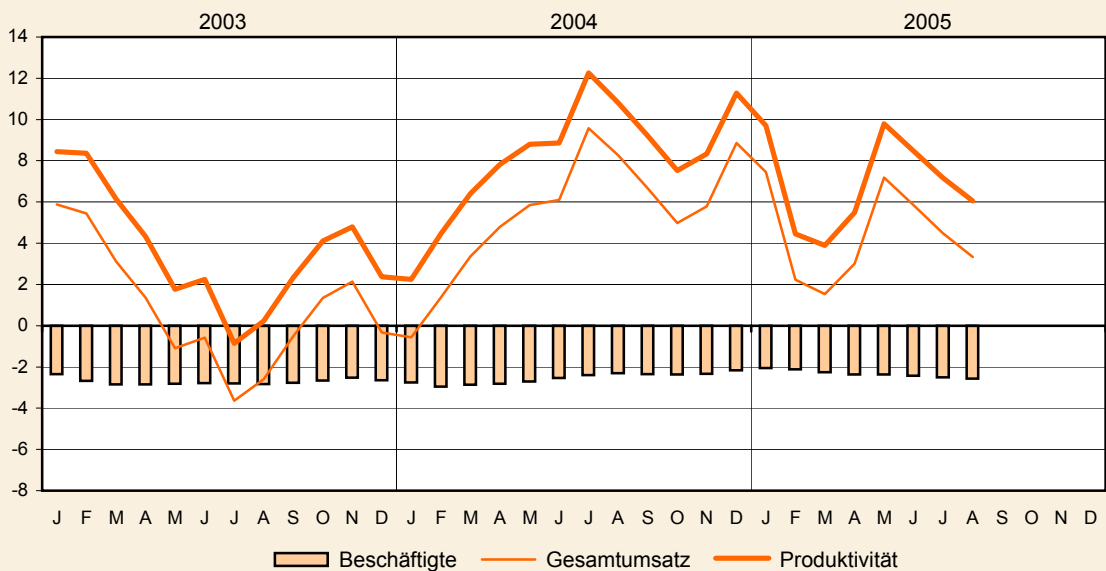
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

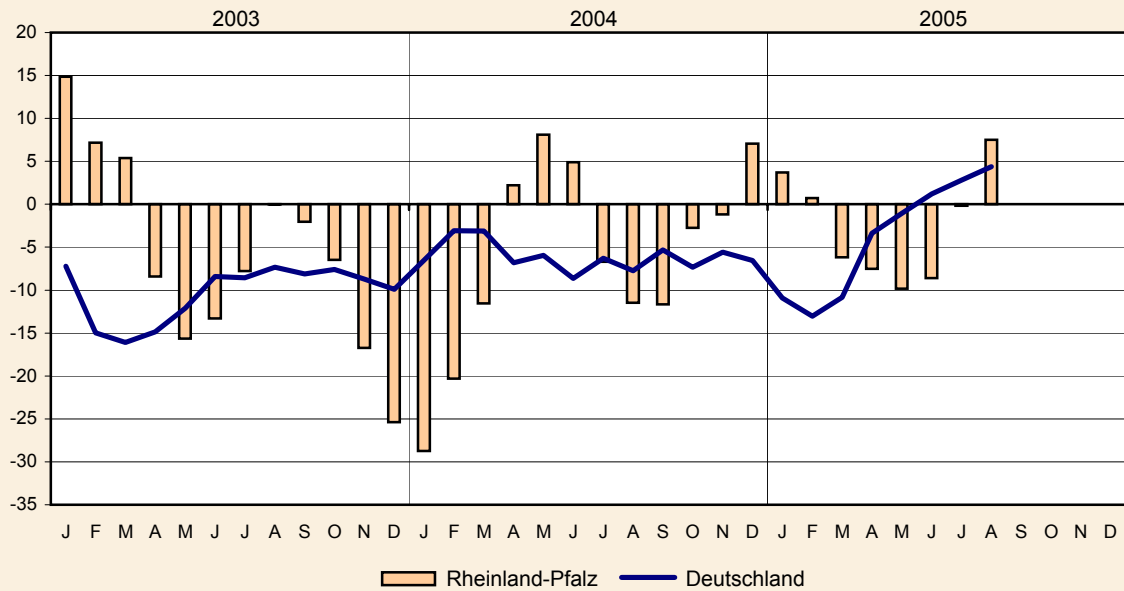
Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

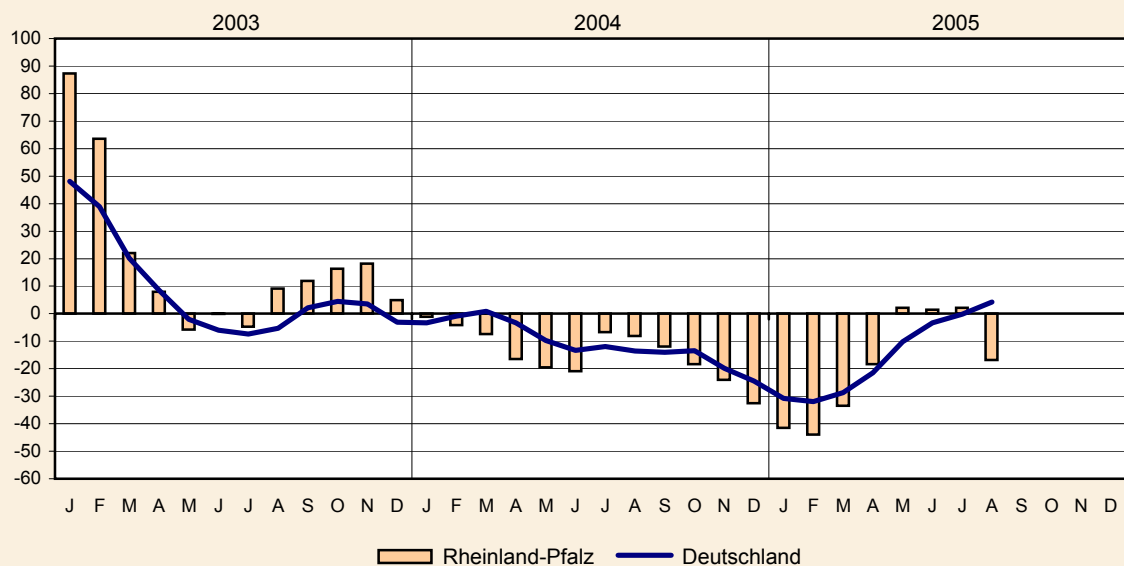
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



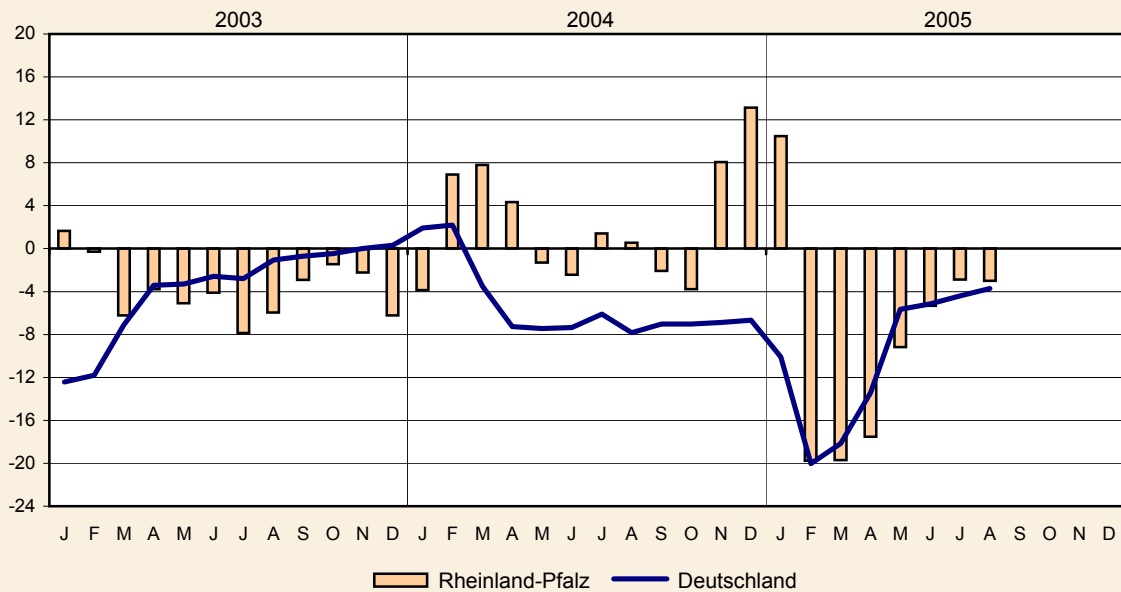
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

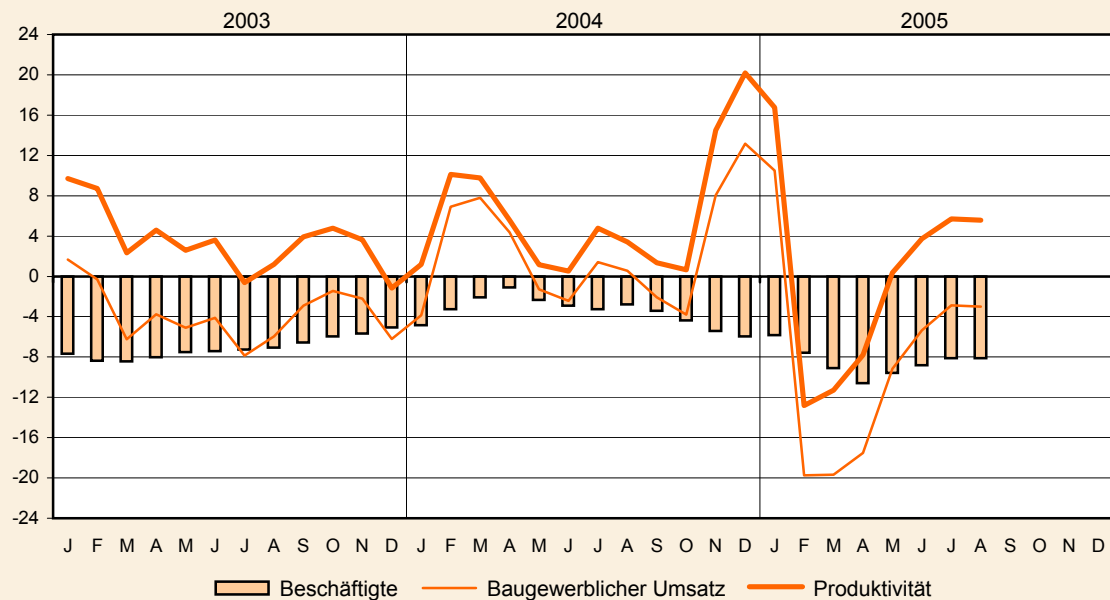
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

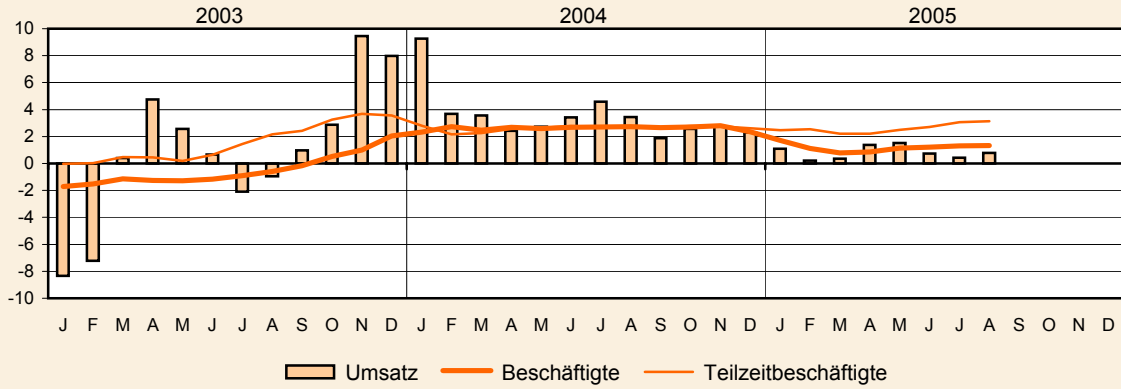
Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



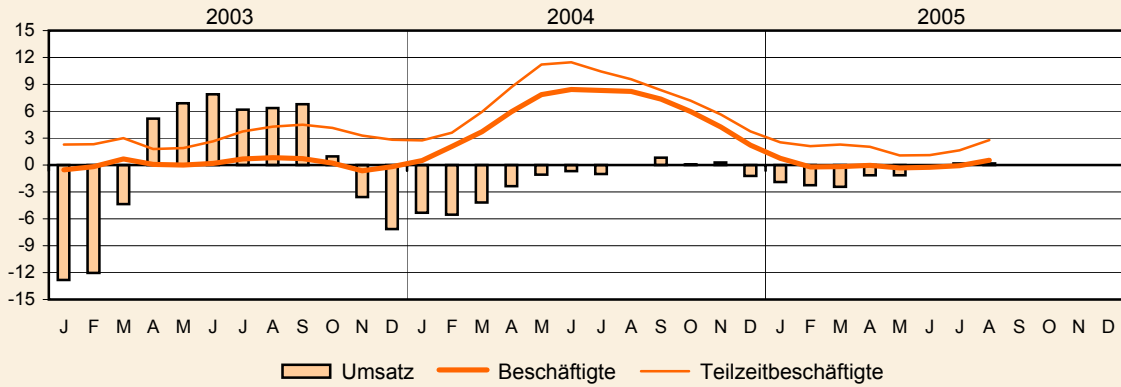
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

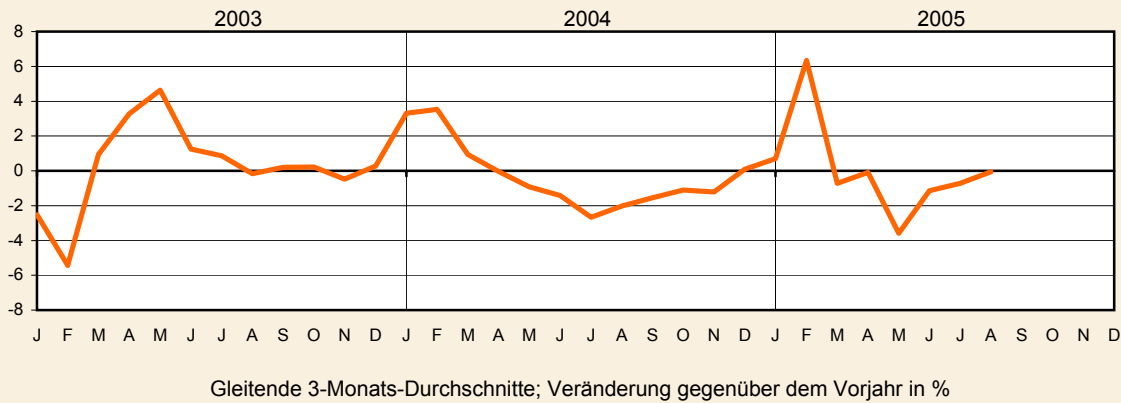
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2003=100) in Rheinland-Pfalz



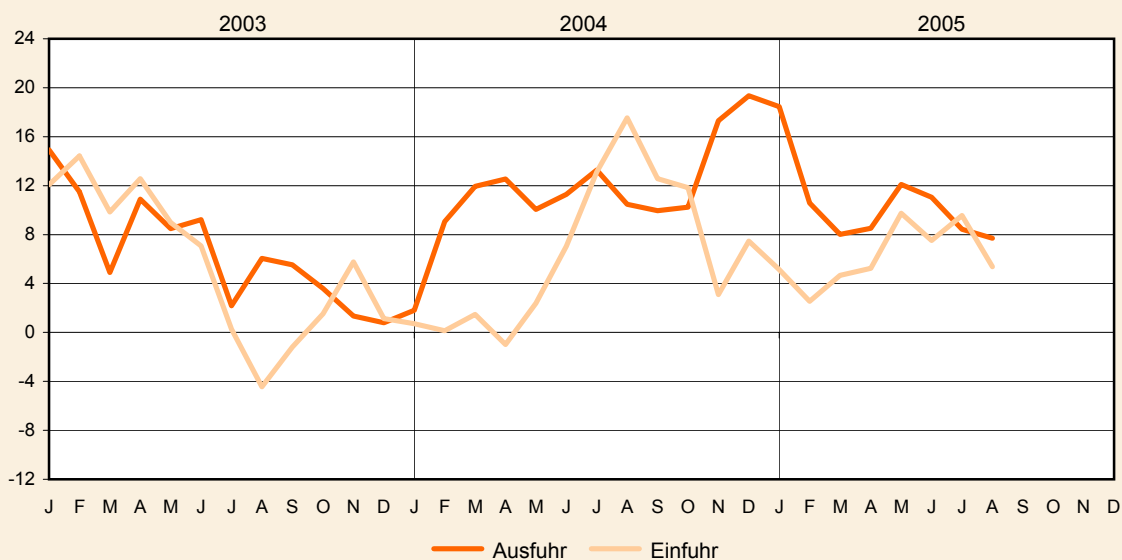
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2003=100) in Rheinland-Pfalz



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

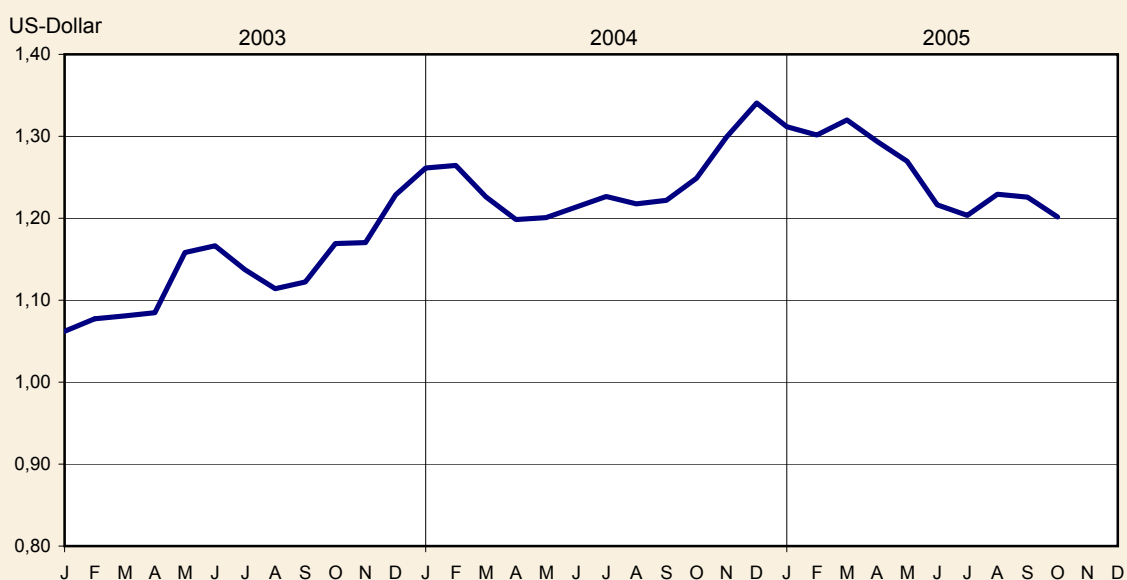


Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



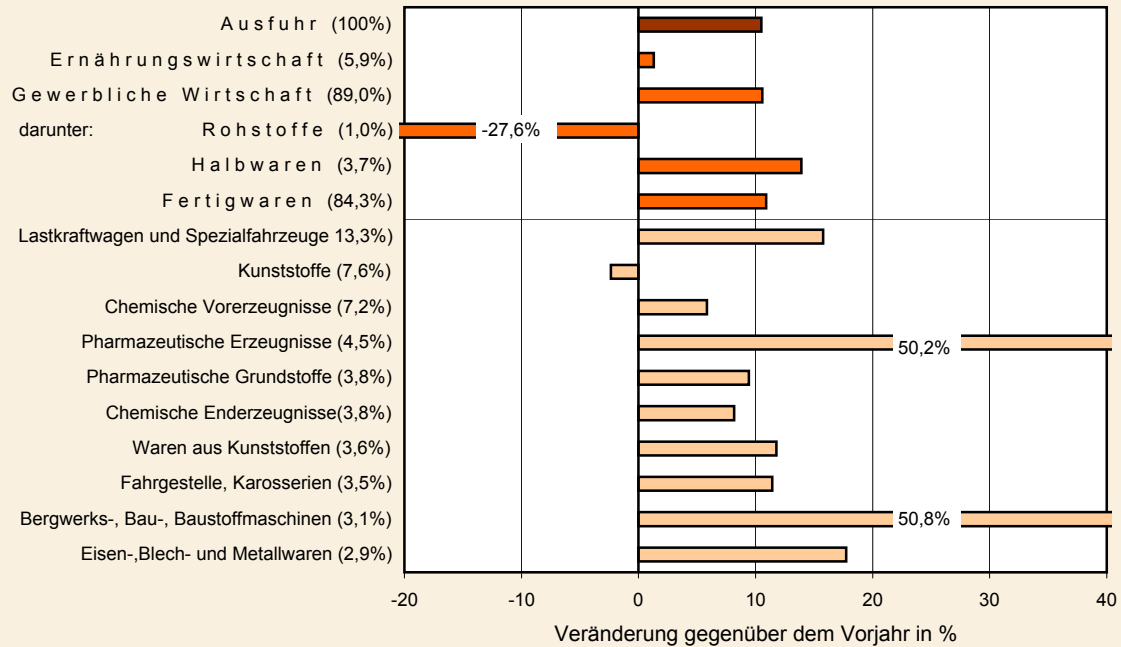
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)

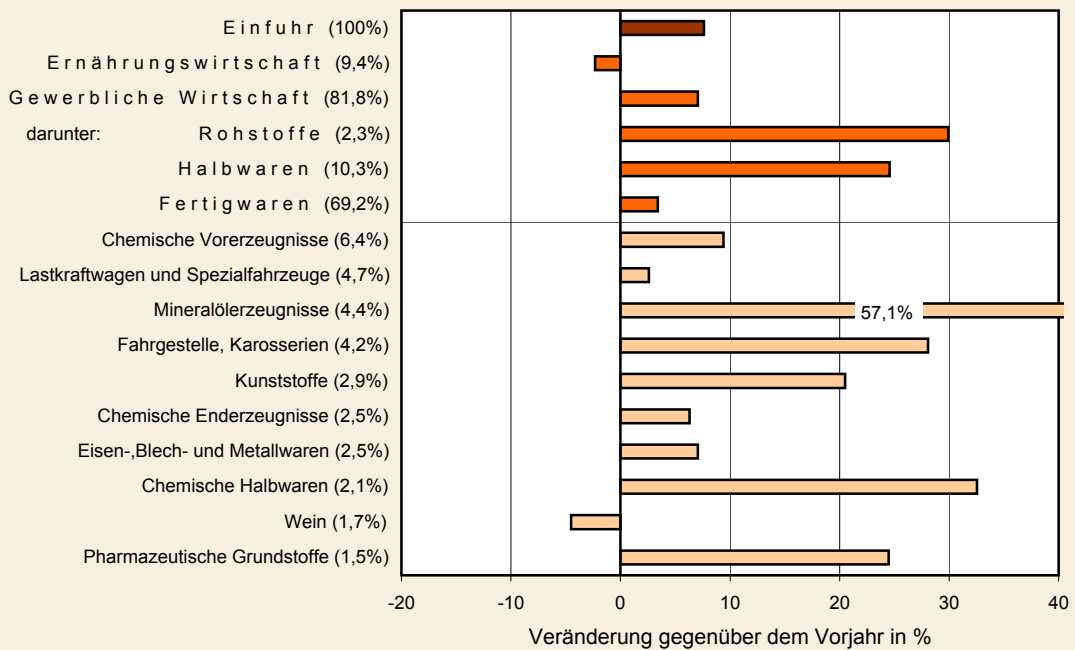


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(September 2004 - August 2005)

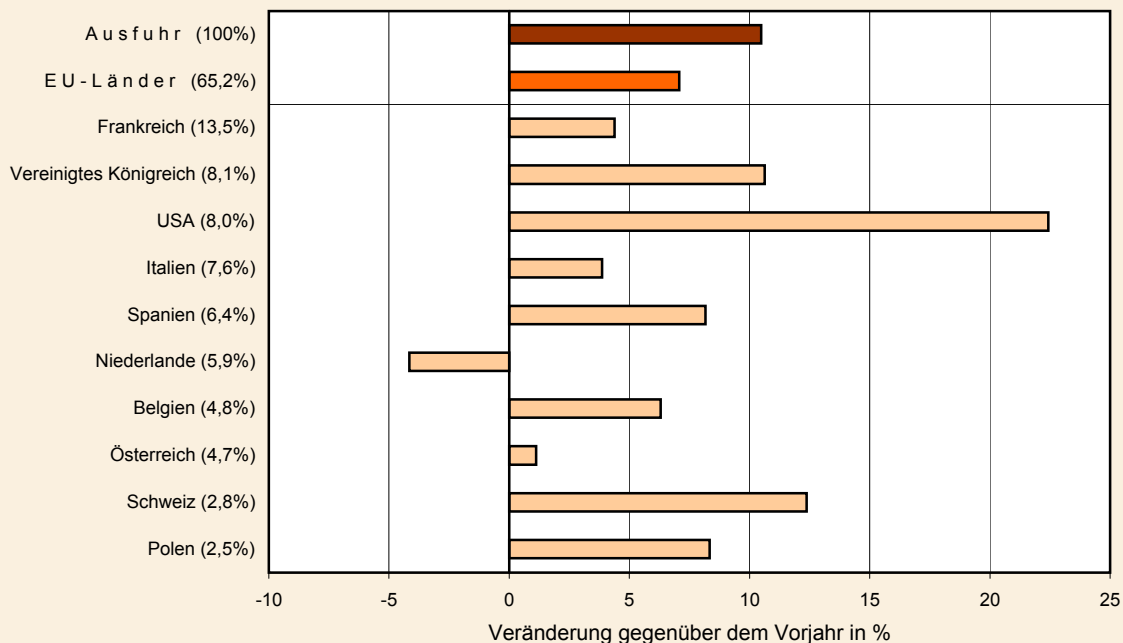


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(September 2004 - August 2005)

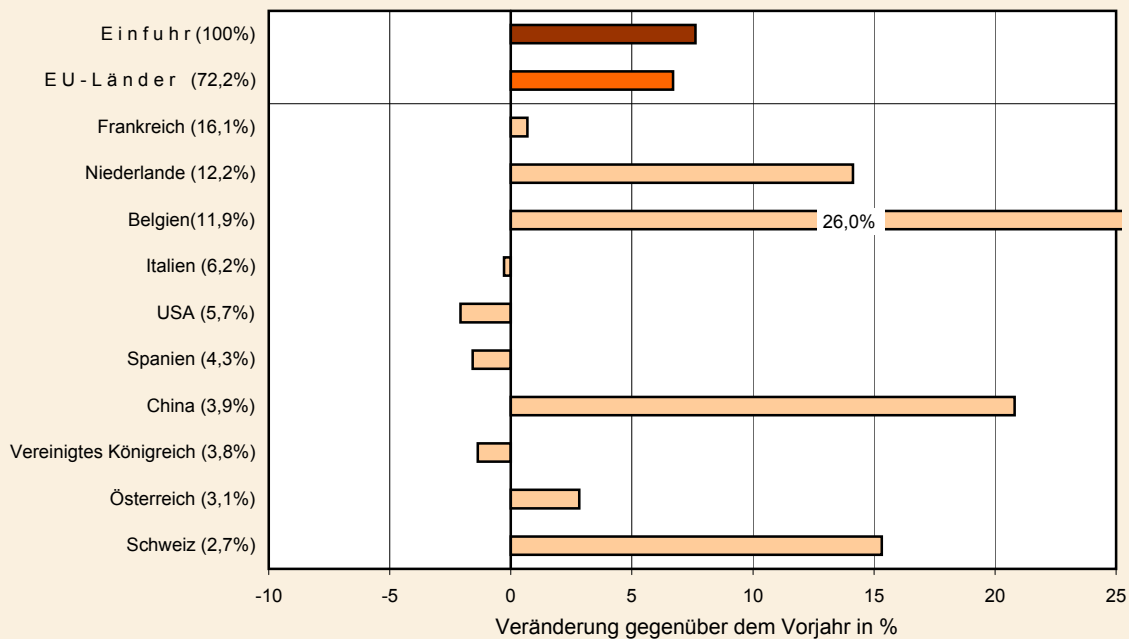


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾
(September 2004 - August 2005)

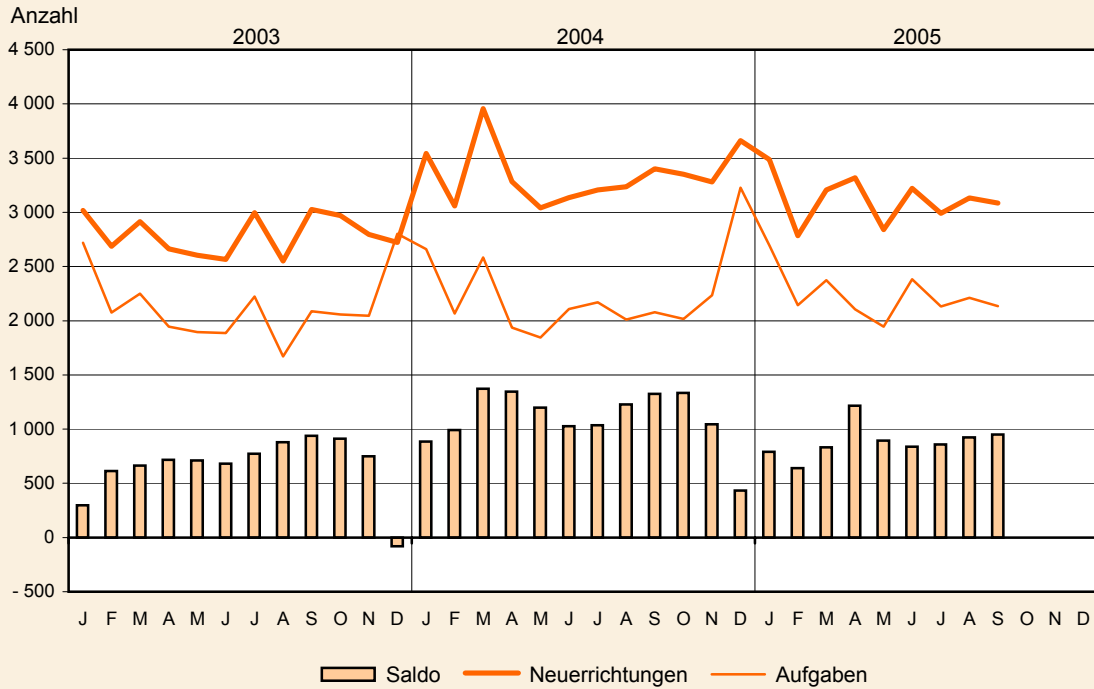


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾
(September 2004 - August 2005)

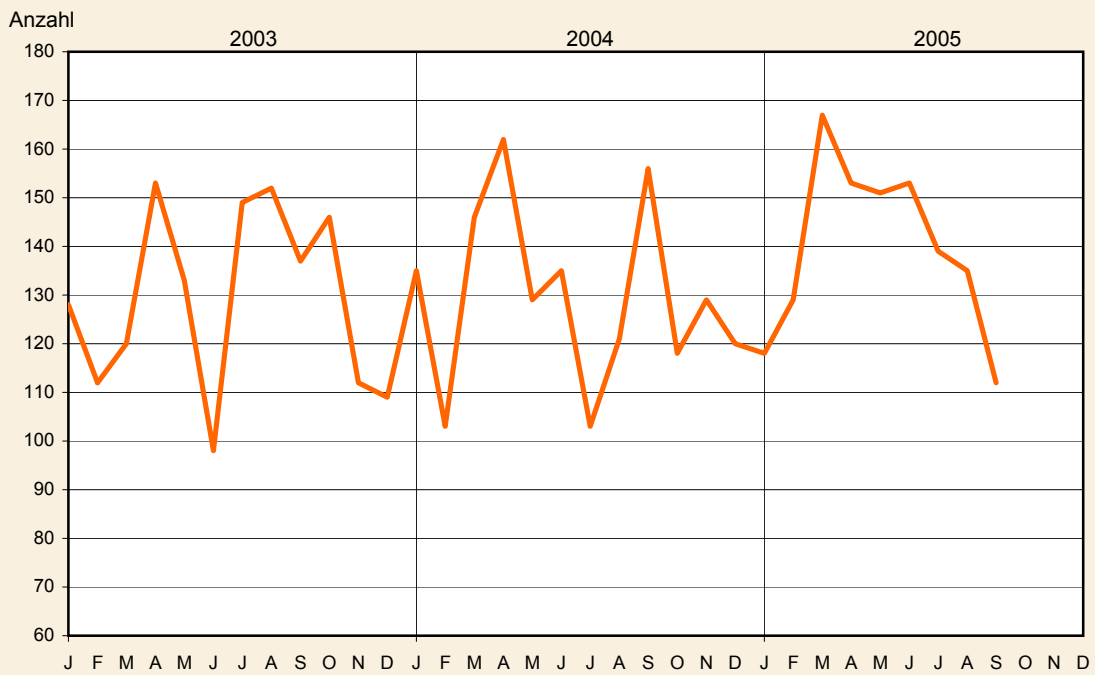


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

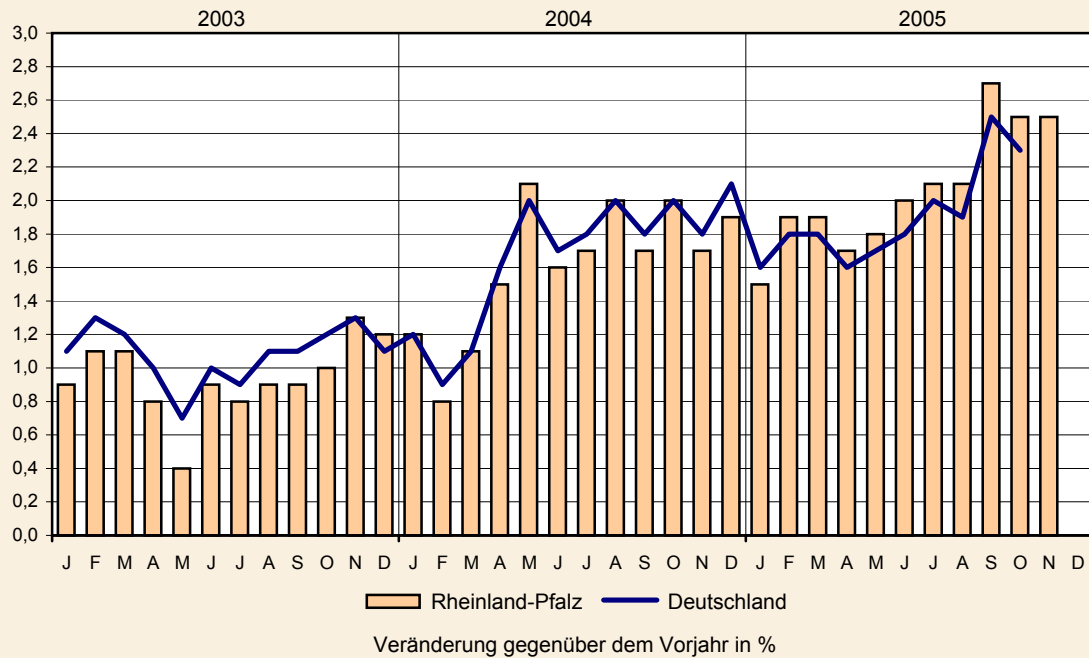
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



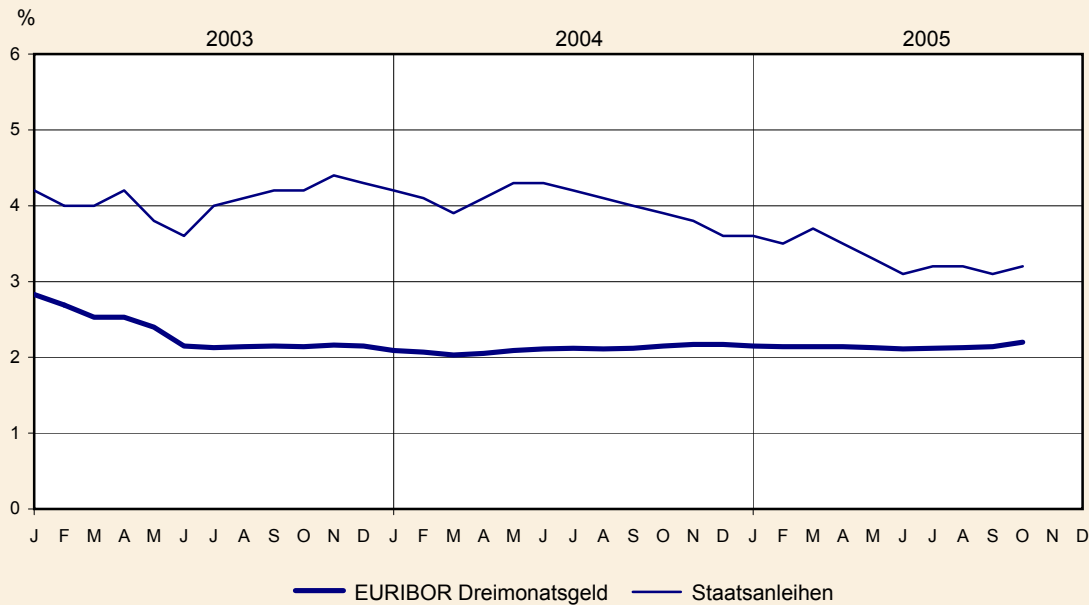
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

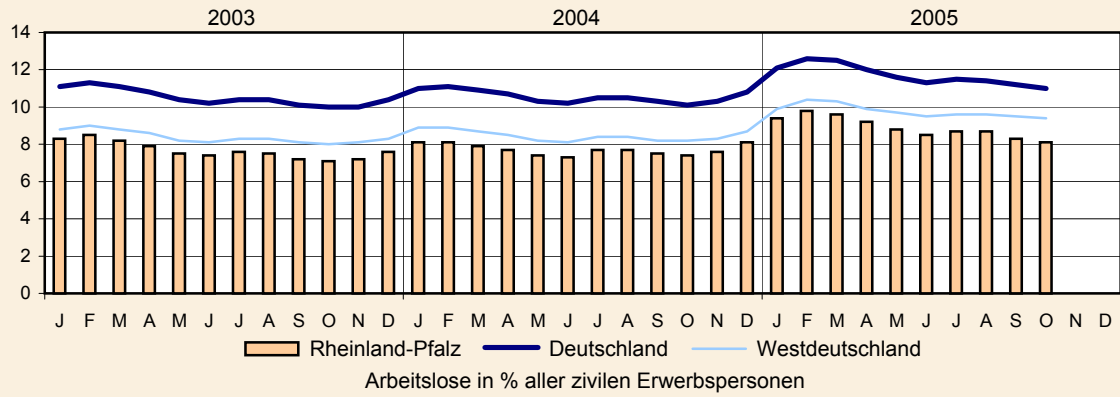


**Geldmarktsätze EURIBOR
Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
(Monatsdurchschnitt)**

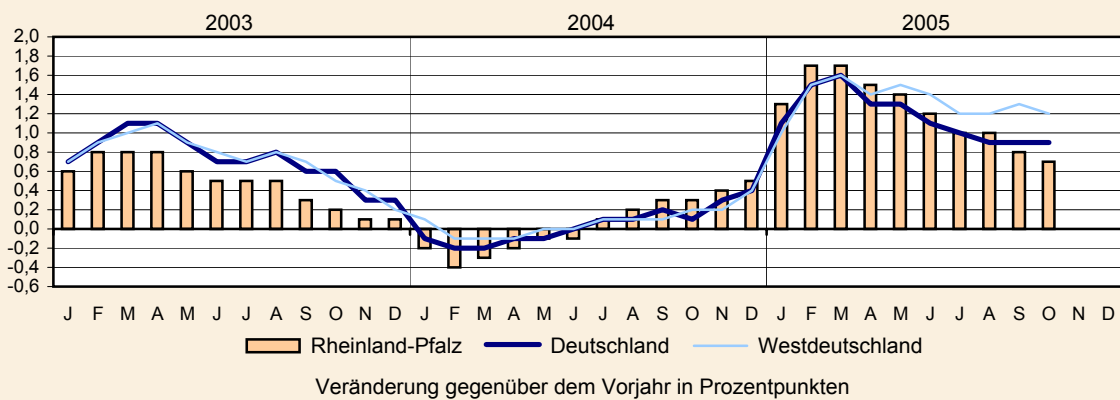


Quelle: Deutsche Bundesbank.

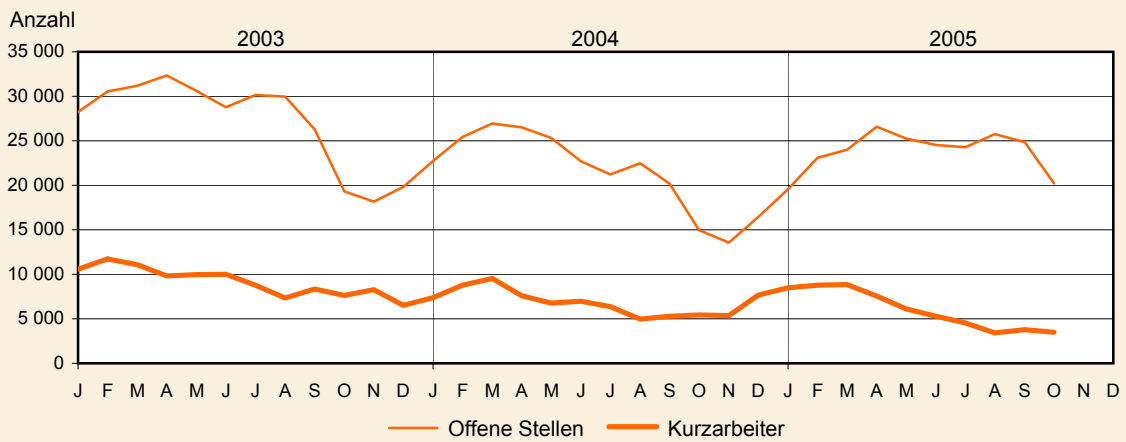
**Arbeitslosenquote
in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾**



**Veränderung der Arbeitslosenquote
in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾**

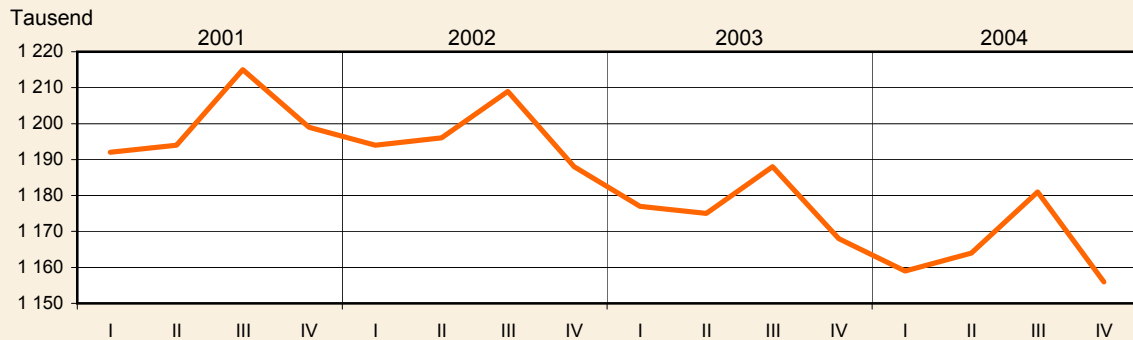


Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

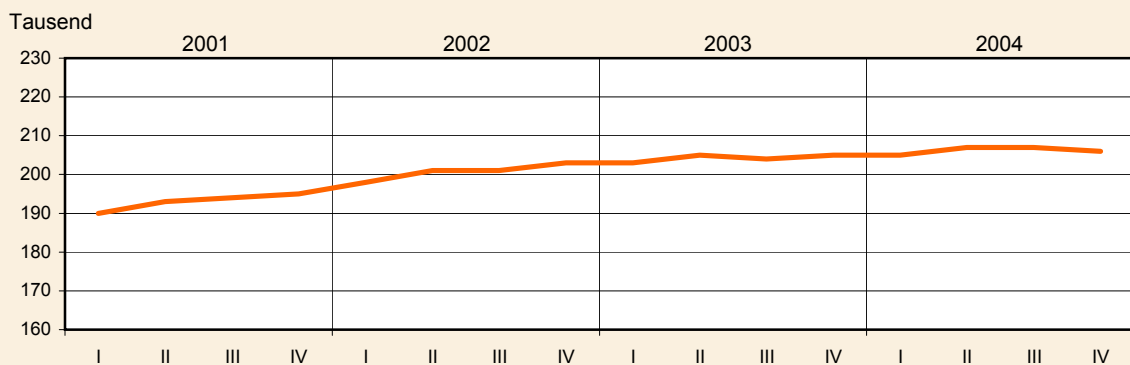


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

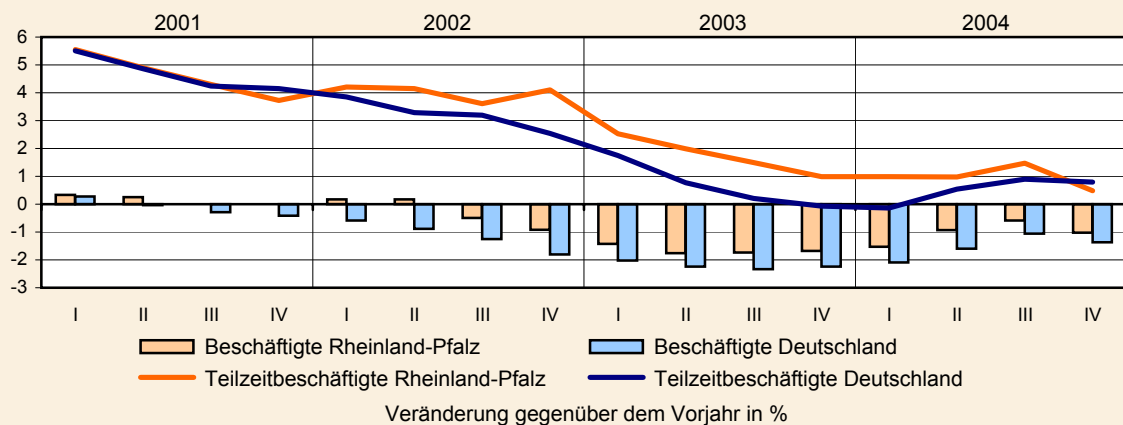
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



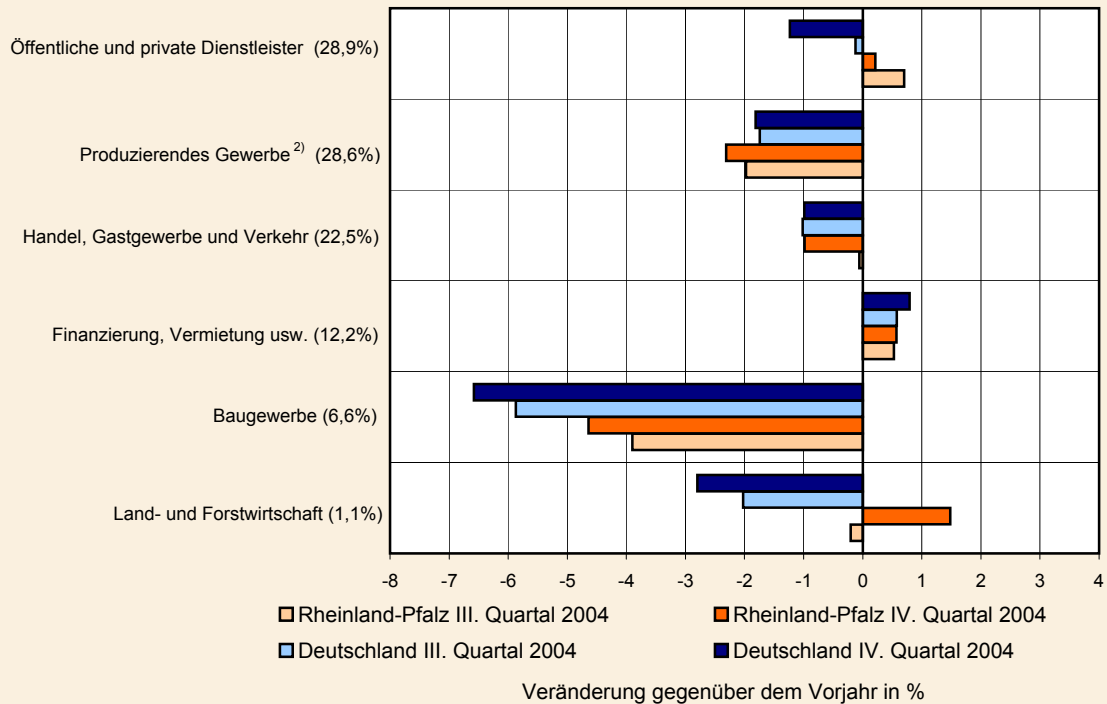
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2004. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. November 2005.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerie, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb ste-

hen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunktorentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ¹⁾	4 061 ¹⁾	4 057	4 058	4 059	4 057	4 058	4 060	4 060
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	312 ¹⁾	315	316	316	314	314	315	315
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 677	1 753	2 222	2 216	2 475	1 090	2 969	1 885	2 390
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 840	2 785	2 702	2 839	3 132	2 855	2 665	2 870	2 669
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr		8,4	8,2	7,8	8,5	9,1	8,6	7,7	8,6	7,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 661	3 464	3 312	3 241	3 337	3 577	3 702	3 369	3 070
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,2	9,6	9,7	9,7	10,7	10,7	10,1	8,9
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	14	12	12	16	15	10	6	7	12
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,9	4,1	4,3	6,4	3,7	3,5	2,3	2,4	4,5
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 821	- 679	- 610	- 402	- 205	- 722	- 1 037	- 499	- 401
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,0	- 1,8	- 1,2	- 0,6	- 2,2	- 3,0	- 1,5	- 1,2
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 406	8 107	7 075	8 396	9 040	8 290	8 479	8 827	8 792
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 346	2 218	2 248	2 418	2 550	2 677	2 021	2 418	2 571
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 505	7 237	6 167	7 128	7 886	7 484	6 452	7 062	7 937
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	1 849	2 114	1 849	1 814	2 453	2 276	1 533	1 943	2 181
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	900	870	908	1 268	1 154	806	2 027	1 765	855
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 821	12 969	11 060	12 978	13 515	12 052	13 044	13 237	12 602
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		2001	2002	2003			2004			
		30.6.			30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 194	1 196	1 175	1 188	1 168	1 159	1 164	1 181	1 156
* Frauen	1 000	525	532	527	531	527	524	522	530	523
* Ausländer/-innen	1 000	78	76	72	73	69	69	70	71	66
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	193	201	205	204	205	205	207	207	206
* darunter Frauen	1 000	169	176	179	178	179	179	181	181	180
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	14	13	13	11	12	13	13	12
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	358	351	340	342	338	334	333	335	330
* Baugewerbe	1 000	88	85	80	82	77	74	77	79	74
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	268	271	265	268	262	260	262	268	259
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	138	141	141	144	141	141	142	145	142
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	327	334	335	338	338	337	336	340	339

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2005 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Arbeitslose	Anzahl	154 664	155 111	155 723	150 289	149 000	175 249	175 766	168 104	164 610
* Frauen	Anzahl	66 055	66 311	69 139	66 394	65 784	82 533	84 004	81 082	79 775
* Männer	Anzahl	88 609	88 800	86 584	83 895	83 216	92 716	91 762	87 022	84 835
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 181	8 265	7 101	6 965	7 026	7 653	7 441	6 978	6 718
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 796	44 605	43 505	42 093	41 868	49 355	48 620	46 034	44 664
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	8,5	8,6	8,6	8,3	8,2	9,7	9,7	9,3	9,1
* Frauen	%	7,8	7,8	8,1	7,8	7,7	9,6	9,8	9,5	9,3
* Männer	%	9,2	9,2	9,0	8,8	8,7	9,7	9,6	9,1	8,9
* Ausländer/-innen	%	17,7	17,7	17,0	17,0	17,1	21,3	20,9	20,3	20,0
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,1	8,3	9,7	8,7	8,1	11,1	11,9	10,5	9,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	9 170	6 844	4 970	5 303	5 439	4 536	3 408	3 790	3 473
* Gemeldete Stellen	Anzahl	27 293	21 679	22 495	20 060	14 975	24 293	25 766	24 861	20 233
darunter										
Bauberufe	Anzahl	473	299	318	307	305	1 273	1 331	1 302	961
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 473	4 429	4 644	4 753	4 211	6 135	6 205	6 057	5 927
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	988	828	665	647	682	781	629	692	670
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	949	790	621	603	644	730	603	670	646
3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	39	38	44	44	38	51	26	22	24
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	1	2	1	-	1	1	-	1	-
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	125	97	100	94	106	145	77	110	106
private Haushalte	Anzahl	862	729	564	553	575	635	552	581	564
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 322	1 154	946	927	1 240	1 096	858	863	868
* Umbauter Raum	1 000 m ³	952	810	637	629	753	737	595	629	605
* Wohnfläche	1 000 m ²	172	147	118	115	137	137	110	118	115
Wohnräume	Anzahl	7 525	6 416	5 195	5 066	5 926	6 107	4 793	5 045	4 904
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	217	184	144	143	166	203	138	144	139
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	128	130	183	139	134	149	139	166	125
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	15	16	22	22	9	11	15	25	19
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	106	105	141	104	121	127	120	131	99
private Haushalte	Anzahl	6	10	20	13	4	11	4	10	7
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	16	15	25	10	21	13	34	39	2
* Umbauter Raum	1 000 m ³	661	662	829	1 087	484	543	538	1 054	927
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	98	130	148	72	94	88	159	120
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	67	67	84	90	34	49	52	144	95
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-	Anzahl	1 491	1 314	1 150	1 071	1 409	1 216	1 002	1 044	933
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)										
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	8 660	7 421	6 252	5 953	6 921	7 021	5 613	6 073	5 363

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundversicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 393	10 830	10 000	10 114	10 578	10 221	9 200	10 815	10 596
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 693	2 752	2 178	2 242	2 570	2 280	1 938	2 602	2 889
* Kälber	t	18	20	13	14	15	9	9	9	13
* Schweine	t	7 595	7 968	7 731	7 770	7 914	7 821	7 189	8 106	7 593
* Eierzeugung ²⁾	1 000	9 621	9 535	9 082	9 213	9 404	9 942	10 000	9 944	9 913
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	64 148	63 617	65 787	63 441	61 229	66 230	66 892	64 933	60 362
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 260	2 184	2 196	2 188	2 179	2 118	2 116	2 112	2 106
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	288 559	281 120	281 263	282 446	282 410	273 876	274 259	275 122	275 016
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	180 771	175 217	176 068	176 474	176 149	169 652	170 203	170 690	170 293
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	36 381	35 893	36 097	33 640	36 499	36 761	35 212	34 036	35 490
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	889	884	846	825	829	903	827	824	822
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	455	451	434	430	430	461	417	424	422
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	434	433	412	395	399	442	411	400	400
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 230	5 508	5 513	5 202	5 800	6 254	5 597	5 394	6 074
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	2 779	2 953	2 957	2 765	3 138	3 213	2 845	2 772	3 190
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 366	1 477	1 497	1 387	1 519	1 898	1 661	1 453	1 696
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	115	102	104	129	117	101	97	121
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	968	962	958	946	1 014	1 026	990	1 072	1 066
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 666	1 735	1 676	1 580	1 799	1 869	1 595	1 635	1 838
Fahrzeugbau	Mill. EUR	751	829	826	767	854	1 078	905	840	970
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 348	2 521	2 535	2 343	2 635	2 999	2 633	2 501	2 938
Exportquote ⁷⁾	%	44,9	45,8	45,9	45,0	45,4	48,0	47,0	46,4	48,4
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	99,6	106,8	110,5	99,1	106,1	117,7	109,5	106,1	116,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	99,1	104,2	109,9	96,4	108,8	119,7	108,2	105,0	113,8
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	100,5	111,4	114,2	104,1	100,5	118,2	111,5	105,7	117,3
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,1	98,2	92,5	91,9	95,0	95,0	96,6	92,7	97,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	103,1	108,1	106,5	99,3	115,4	111,3	115,6	120,5	132,7
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen ⁸⁾	2000=100	102,3	109,4	118,7	99,4	115,1	132,5	117,7	120,0	124,1
Fahrzeugbau	2000=100	105,2	119,1	122,5	114,4	101,7	114,0	114,0	110,6	122,7
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	87	86	86	85	85	88	88	88	88
* Beschäftigte ³⁾⁴⁾	Anzahl	10 660	10 377	10 281	10 309	10 381	10 159	10 120	10 175	10 231
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 363	1 329	1 328	1 196	1 366	1 350	1 287	1 213	1 334
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	34	33	31	29	29	32	31	30	30
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	640	668	555	573	648	419	486	525	590
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	624	651	541	553	627	404	468	512	571

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Ab Januar 2005 aufgrund erfassungstechnischer Änderungen mit früheren Ergebnissen nur bedingt vergleichbar. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	39 526	38 163	38 634	38 895	38 872	35 276	35 403	35 812	35 742
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 967	3 780	4 263	3 707	4 542	4 222	3 996	3 707	4 023
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 568	1 543	1 758	1 479	1 867	1 710	1 657	1 484	1 579
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	995	931	1 028	918	1 045	941	891	883	928
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 404	1 305	1 477	1 310	1 630	1 571	1 448	1 340	1 516
darunter Straßenbau	1 000 h	639	599	719	607	757	785	736	647	775
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	90	85	88	89	87	79	77	83	81
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	67	63	66	68	66	58	57	63	60
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	23	22	22	21	21	22	21	20	20
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	332	343	370	356	369	339	370	341	351
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	106	116	122	123	118	120	127	114	121
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	92	86	94	87	88	82	91	83	81
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	133	140	154	146	163	137	152	144	150
darunter Straßenbau	Mill. EUR	56	57	64	57	73	65	61	63	75
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ⁴⁾⁵⁾										
		2003	2004			2005				
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	368	332	331	331	334	331	319	320	...
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	12 338	11 708	11 569	11 497	11 999	11 767	11 207	11 488	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 677	3 558	3 446	3 467	3 681	3 636	3 330	3 652	...
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	80	77	73	75	78	83	72	77	...
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	57	55	52	54	56	59	51	55	...
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	23	22	21	22	22	24	20	21	...
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	270	263	195	244	281	335	183	240	...
HANDEL										
Großhandel ⁷⁾										
		2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Beschäftigte	2003=100	100	99,2	98,8	99,9	100,5	98,2	98,3	99,7	100,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	105,0	104,4	106,6	105,3	109,1	111,3	114,0	114,1
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	103,8	105,1	102,9	109,9	111,2	103,8	109,4	112,2
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	100	101,8	102,7	99,9	107,2	106,4	98,7	103,8	105,5
Einzelhandel ⁹⁾										
* Beschäftigte	2003=100	100	102,7	102,8	102,9	103,0	103,3	103,6	104,4	104,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	102,5	103,3	102,8	102,9	104,7	105,7	106,4	106,6
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	103,1	105,7	98,9	101,1	104,3	102,6	101,7	103,8
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	100	103,0	105,6	98,9	101,2	103,2	102,0	101,2	102,8
Kfz-Handel u. Tankstellen ¹⁰⁾										
* Beschäftigte	2003=100	100	98,2	97,6	99,3	99,7	97,9	98,2	99,6	99,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	92,4	93,6	93,5	92,5	96,9	97,1	97,8	97,9
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	103,6	106,8	95,3	101,5	113,6	108,8	98,1	103,7
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	100	102,4	105,3	94,1	100,5	111,5	106,7	96,1	101,3
GASTGEWERBE ^P										
* Beschäftigte	2003=100	100	105,6	109,0	108,7	108,8	108,8	108,9	109,1	110,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	107,5	111,3	109,9	110,1	113,6	113,3	112,6	114,6
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	98,5	106,4	107,4	108,9	102,4	107,7	107,2	108,4
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	100	97,8	105,0	105,9	107,8	100,6	105,2	104,6	105,8

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gästeankünfte	1 000	561	580	780	747	799	720	782	791	819
* darunter von Auslandsgästen	1 000	123	130	227	207	154	159	227	232	154
* Gästeübernachtungen	1 000	1 657	1 652	2 365	2 521	2 223	1 896	2 318	2 584	2 224
* darunter von Auslandsgästen	1 000	375	376	754	760	419	418	745	838	450
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
		2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 357	2 262	2 489	2 537	2 451	2 421	2 355	2 550	2 233
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 540	1 447	1 728	1 738	1 630	1 665	1 696	1 824	1 511
* Getötete Personen	Anzahl	30	24	27	31	37	26	22	39	32
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	17	13	14	16	19	18	9	19	15
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	6	5	7	10	12	7	8	13	10
Radfahrer	Anzahl	2	1	3	3	1	1	2	1	4
Fußgänger	Anzahl	3	3	-	2	3	-	1	5	1
* Verletzte Personen	Anzahl	2 042	1 881	2 281	2 249	2 146	2 184	2 164	2 392	1 932
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	409	376	468	475	480	471	426	497	391
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	203	191	201	210	236	193	172	204	145
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	95	84	120	136	126	145	117	129	130
Radfahrer	Anzahl	51	45	73	77	77	64	81	98	72
Fußgänger	Anzahl	40	38	45	34	22	50	33	46	26
Kraftfahrzeuge										
		2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 807	13 587	17 429	16 088	15 728	17 702	14 111	12 229	11 114
darunter										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	975	865	1 635	1 506	1 204	1 517	961	749	576
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 525	11 583	14 373	13 194	13 196	14 799	11 972	10 414	9 527
* Lastkraftwagen	Anzahl	917	738	786	824	790	848	720	743	711
Zugmaschinen	Anzahl	200	239	366	348	281	337	259	200	179
Personenbeförderung										
		2003	2004			2005				
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000 Mill.	69 121	71 535	70 036	62 460	72 451	66 493	65 026	...	
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	643	623	654	517	776	573	570	...	
Binnenschifffahrt										
		2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Gütereingang	1 000 t	1 125	1 185	1 241	1 237	1 148	1 259	1 184	1 215	1 232
* Güterversand	1 000 t	756	808	847	827	757	905	942	887	988
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 383	2 638	2 711	2 680	2 588	3 074	3 147	2 823	2 682
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	162	156	175	154	149	173	176	168	195
* Güter der gewerbli. Wirtschaft	Mill. EUR	2 157	2 349	2 396	2 386	2 308	2 756	2 813	2 517	2 360
* Rohstoffe	Mill. EUR	19	27	16	27	16	17	18	18	13
* Halbwaren	Mill. EUR	83	99	90	92	93	103	111	111	99
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 055	2 223	2 291	2 267	2 199	2 636	2 684	2 388	2 249
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	669	694	729	676	651	825	718	649	582
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 387	1 529	1 562	1 591	1 548	1 811	1 966	1 739	1 667

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 780	1 933	1 972	1 972	1 817	2 189	2 321	2 074	1 929
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 590	1 721	1 734	1 751	1 624	1 893	2 053	1 811	1 656
Belgien	Mill. EUR	142	127	119	109	123	146	153	137	124
Luxemburg	Mill. EUR	31	35	38	34	30	34	50	42	39
Dänemark	Mill. EUR	33	32	34	27	33	34	36	37	38
Finnland	Mill. EUR	20	20	22	20	21	22	21	20	16
Frankreich	Mill. EUR	317	356	372	373	345	366	460	355	283
Griechenland	Mill. EUR	23	27	39	20	20	58	42	58	44
Großbritannien	Mill. EUR	190	215	230	226	228	210	269	238	260
Irland	Mill. EUR	11	12	12	14	10	10	13	13	16
Italien	Mill. EUR	186	200	216	209	155	208	227	217	143
Niederlande	Mill. EUR	154	156	137	140	149	167	150	142	136
Österreich	Mill. EUR	114	124	118	131	135	126	127	117	122
Schweden	Mill. EUR	44	52	42	53	46	90	73	38	93
Spanien	Mill. EUR	153	168	175	181	140	181	202	182	137
Portugal	Mill. EUR	19	19	17	21	15	16	22	18	16
* Afrika	Mill. EUR	50	61	69	73	72	73	59	77	67
* Amerika	Mill. EUR	260	300	306	295	293	446	286	288	318
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	201	227	219	212	219	353	192	200	246
* Asien	Mill. EUR	271	319	341	317	378	337	447	355	342
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	50	52	48	51	41	44	42	45
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	22	25	22	22	27	29	28	29	26
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 558	1 647	1 756	1 688	1 578	1 666	1 864	1 857	1 782
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	157	171	180	155	158	169	167	157	177
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 328	1 321	1 403	1 367	1 270	1 346	1 530	1 535	1 447
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	47	50	28	50	63	67	67	61
* Halbwaren	Mill. EUR	165	188	201	206	205	192	236	258	256
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 126	1 085	1 152	1 133	1 015	1 090	1 227	1 210	1 130
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	289	295	352	295	326	348	306	303
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	851	797	857	781	720	764	879	905	827
*davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 244	1 318	1 398	1 373	1 267	1 338	1 478	1 455	1 394
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 133	1 189	1 266	1 257	1 139	1 190	1 324	1 292	1 245
Belgien	Mill. EUR	163	200	193	192	228	198	201	179	218
Luxemburg	Mill. EUR	26	28	29	26	37	45	34	40	35
Dänemark	Mill. EUR	31	29	34	28	26	31	42	28	32
Finnland	Mill. EUR	8	6	5	8	8	8	8	6	9
Frankreich	Mill. EUR	240	265	283	277	186	224	260	262	217
Griechenland	Mill. EUR	4	4	2	2	4	5	3	4	4
Großbritannien	Mill. EUR	70	62	68	71	59	60	67	61	65
Irland	Mill. EUR	20	16	14	25	9	6	8	28	16
Italien	Mill. EUR	111	103	102	117	116	102	102	125	108
Niederlande	Mill. EUR	174	195	243	222	214	221	293	284	269
Österreich	Mill. EUR	50	50	52	51	48	52	61	51	54
Schweden	Mill. EUR	37	33	41	29	26	34	50	26	18
Spanien	Mill. EUR	69	71	85	67	75	67	76	73	66
Portugal	Mill. EUR	14	10	8	19	6	7	9	10	9
* Afrika	Mill. EUR	24	30	42	29	35	26	27	31	52
* Amerika	Mill. EUR	138	132	144	108	104	131	173	138	132
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	111	104	119	79	77	104	136	108	103
* Asien	Mill. EUR	147	162	162	172	167	167	177	230	197
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	26	30	33	29	28	32	30	19
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	9	7	6	5	7	3	6
GEWERBEANZEIGEN ³⁾										
		2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 278	3 879	3 722	3 726	3 898	3 822	3 546	3 692	3 552
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 658	2 798	2 700	2 481	2 619	3 004	2 700	2 744	2 637

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. –
2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Insgesamt	Anzahl	399	456	419	380	557	576	564	547	456
davon										
* Unternehmen	Anzahl	129	130	103	121	156	153	139	135	112
* Verbraucher	Anzahl	155	201	193	172	242	254	283	254	210
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	100	113	109	79	138	160	129	145	120
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	16	13	14	8	21	9	13	13	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	121	118	116	160	123	122	113	97	91
HANDWERK ²⁾										
		2003		2004			2005			
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	98,1	81,4	93,1	92,7	95,4	93,0	90,4	90,8	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	100,0	88,1	85,4	98,2	98,4	104,9	79,2	96,3	...
PREISE										
		2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Verbraucherpreisindex	2000=100	104,3	106,0	106,1	106,3	105,9	108,7	109,0	109,0	108,5
VERDIENSTE ⁶⁾										
		2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli
* Bruttonomatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 531	2 571	2 504	2 599	2 578	2 575	2 502	2 576	2 608
* Männer	EUR	2 602	2 643	2 574	2 675	2 651	2 645	2 566	2 646	2 677
* Frauen	EUR	1 909	1 935	1 910	1 930	1 933	1 950	1 936	1 950	1 968
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	15,38	15,55	15,48	15,67	15,53	15,53	15,59	15,62	15,70
* Männer	EUR	15,79	15,95	15,91	16,09	15,92	15,91	15,99	16,01	16,09
darunter										
Facharbeiter	EUR	16,96	17,05	16,99	17,20	16,99	17,02	17,05	17,12	17,23
angeleitete Arbeiter	EUR	15,12	15,45	15,36	15,60	15,45	15,40	15,44	15,42	15,51
Hilfsarbeiter	EUR	12,60	12,66	12,68	12,66	12,69	12,64	12,66	12,74	12,77
* Frauen	EUR	11,78	11,95	11,82	11,90	11,96	12,03	12,01	12,04	12,10
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,97	11,09	11,02	11,04	11,11	11,15	11,11	11,31	11,30
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,9	38,0	37,2	38,2	38,2	38,2	36,9	38,0	38,2
Arbeiter	h	37,9	38,1	37,2	38,3	38,3	38,3	36,9	38,0	38,3
Arbeiterinnen	h	37,3	37,3	37,2	37,3	37,2	37,3	37,1	37,3	37,4
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 686	3 775	3 766	3 785	3 779	3 769	3 788	3 815	3 843
* Männer	EUR	3 957	4 056	4 053	4 069	4 059	4 048	4 058	4 085	4 121
* Frauen	EUR	2 888	2 955	2 927	2 946	2 963	2 966	2 990	3 016	3 031
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 394	3 474	3 442	3 475	3 486	3 479	3 508	3 538	3 559
Männer	EUR	3 882	3 976	3 945	3 981	3 991	3 974	3 998	4 024	4 060
Frauen	EUR	2 821	2 879	2 848	2 872	2 885	2 891	2 915	2 941	2 954
* technische Angestellte	EUR	3 909	4 013	4 020	4 028	4 012	4 002	4 009	4 037	4 072
Männer	EUR	3 991	4 094	4 104	4 110	4 091	4 083	4 087	4 115	4 152
Frauen	EUR	3 136	3 245	3 225	3 233	3 259	3 250	3 275	3 301	3 322
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 780	2 878	2 871	2 857	2 871	2 900	2 911	2 921	2 929
* Männer	EUR	3 068	3 169	3 164	3 139	3 162	3 197	3 199	3 204	3 217
* Frauen	EUR	2 393	2 484	2 476	2 474	2 475	2 500	2 517	2 527	2 528
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 791	2 902	2 893	2 883	2 895	2 925	2 935	2 944	2 951
Männer	EUR	3 133	3 251	3 246	3 223	3 242	3 278	3 283	3 285	3 296
Frauen	EUR	2 401	2 495	2 486	2 487	2 486	2 512	2 524	2 534	2 533
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 246	3 329	3 323	3 324	3 327	3 336	3 355	3 372	3 392

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2003		2004				2005		
		Durchschnitt	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 290	113 247	112 230	112 953	113 075	114 728	115 919	116 079	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 598	12 465	12 674	12 524	12 154	12 506	12 650	12 259	...
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 550	9 938	10 424	9 987	9 817	9 525	9 438	9 491	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	88 142	90 844	89 132	90 442	91 104	92 697	93 831	94 329	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 069	107 347	106 093	106 903	107 220	109 173	110 271	110 514	...
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	92 487	93 937	93 207	93 794	94 260	94 486	95 392	96 140	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 582	13 408	12 886	13 109	12 960	14 687	14 879	14 374	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 221	5 899	6 137	6 050	5 855	5 555	5 648	5 565	...
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	84 173	87 584	86 538	87 046	87 280	89 470	92 709	93 280	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	22 733	24 185	23 574	24 394	24 049	24 721	25 589	26 843	...
Termineinlagen	Mill. EUR	25 982	27 994	27 559	27 485	28 049	28 883	29 961	29 618	...
Sparbriefe	Mill. EUR	5 215	5 159	5 044	5 061	5 182	5 349	5 371	5 342	...
Spareinlagen	Mill. EUR	30 243	30 246	30 361	30 106	30 000	30 517	31 788	31 477	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	81 610	84 868	83 882	84 093	84 568	86 930	89 707	90 189	...
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	79 251	82 935	82 012	82 095	82 700	84 934	88 014	88 483	...
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 360	1 933	1 870	1 998	1 868	1 996	1 693	1 706	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 563	2 716	2 656	2 953	2 712	2 540	3 002	3 091	...
STEUERN										
		2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 084	2 091	1 857	2 219	1 885	1 867	2 266	2 449	1 995
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	733	691	449	864	472	472	788	955	398
Lohnsteuer	Mill. EUR	636	573	457	426	431	471	765	423	422
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	121	115	341	-	-	-	329	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	5	7	- 34	267	- 45	- 49	- 28	328	- 24
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	51	11	7	147	31	15	19	13
Zinsabschlag	Mill. EUR	23	20	9	7	12	14	37	9	12
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	5	9	56	-	-	-	25	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	33	41	6	158	- 72	5	- 2	176	- 25
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	- 10	2	- 22	-	-	-	- 4	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 351	1 400	1 408	1 355	1 413	1 396	1 477	1 494	1 597
Umsatzsteuer	Mill. EUR	354	365	418	370	370	354	416	370	423
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	997	1 035	990	985	1 043	1 041	1 062	1 124	1 174
Zölle	Mill. EUR	96	123	125	132	123	124	139	159	148
Bundessteuern	Mill. EUR	108	86	83	90	216	91	85	93	61
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	66	44	52	39	185	60	56	36	35
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	32	22	44	24	23	22	49	19

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Landessteuern										
Landessteuern	Mill. EUR	77	99	75	76	70	87	80	89	72
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	0	0	1	- 3	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	10	30	10	9	13	17	12	12	8
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	15	16	16	15	15	16	17	16	17
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	33	35	35	32	29	38	39	34	36
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	14	9	11	13	12	8	18	8
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	4	0	0	0	4	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	4	3	4	4	4	3
		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Gemeindesteuern										
Gemeindesteuern	Mill. EUR	350	404	355	447	367	445	438	415	406
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	5	4	5	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	97	99	91	107	107	90	92	110	112
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	240	291	251	323	245	346	333	288	280
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	10	9	8	13	9	6	8	13	8
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.										
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	546	600	468	609	546	777	543	569	621
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	160	230	227	262	173	257	291	220	216
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	247	230	127	191	222	379	130	193	251
	Mill. EUR	29	28	11	31	29	41	17	28	28
		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Steuereinnahmen des Landes										
Landessteuern	Mill. EUR	577	598	616	603	483	465	582	535	470
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	77	99	75	76	70	87	80	89	72
Lohnsteuer	Mill. EUR	263	261	294	327	155	144	277	365	116
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	220	205	288	131	133	149	272	130	129
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	2	3	- 14	113	- 19	- 21	- 12	139	- 10
Zinsabschlag	Mill. EUR	14	22	- 0	- 0	72	7	1	4	4
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	10	11	28	3	5	6	16	4	5
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	17	19	- 8	79	- 36	2	- 1	88	- 13
Umsatz	Mill. EUR	220	224	244	201	219	187	223	80	237
Umsatzsteuer	Mill. EUR	155	160	191	132	168	146	172	15	174
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	65	64	52	68	51	41	51	65	63
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	5	1	-	13	14	1	0	14
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	-	4	6	0	0	6
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	7	2	-	18	22	1	0	21
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	0	-	4	5	0	0	4
Steuereinnahmen des Bundes										
Bundessteuern	Mill. EUR	1 116	1 071	1 102	1 113	1 107	1 038	1 217	1 294	1 078
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	108	86	83	90	216	91	85	93	61
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	317	314	350	379	206	203	359	420	168
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	683	667	667	644	673	730	772	782	835
	Mill. EUR	8	5	1	-	13	14	1	0	14

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

November

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 1. Vierteljahr 2005 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A1013 200541

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz am 31. Dezember 2004 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A6013 200444

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Wintersemester 2004/2005 und Sommersemester 2005
Bestellnr.: B3053 200500

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst im September 2005
Bestellnr.: C2033 200505

Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eierzeugung Juli – September 2005
Bestellnr.: C3053 200543

Weinbestände am 31. Juli 2005
Bestellnr.: C4023 200500

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im August 2005
Bestellnr.: D1023 200508

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im September 2005
Bestellnr.: E1023 200509

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im September 2005
Bestellnr.: E1033 200509

Bauhauptgewerbe im August 2005 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200508

Unternehmen und Investitionen im Bauhauptgewerbe 2004 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2043 200400

Unternehmen und Investitionen im Ausbaugewerbe 2004 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Bestellnr.: E3043 200400

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im September 2005
Bestellnr.: E4023 200509

Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe 2004
Bestellnr.: E4073 200400

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im September 2005
Bestellnr.: F2033 200509

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im September 2005
Bestellnr.: G1023 200509

Aus- und Einfuhr 2004
Bestellnr.: G3013 200400

Aus- und Einfuhr im August 2005
Bestellnr.: G3023 200508

Verkehr

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 2. Vierteljahr 2005
Bestellnr.: H1073 200542

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2004 – Ausgaben und Einnahmen
Bestellnr.: K1013 200400

Sozialhilfe 2004 – Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen
Bestellnr.: K1033 200400

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Schlüsselzuweisungen 2004
Bestellnr.: L2093 200400

Jahresabschlüsse öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2002
Bestellnr.: L5013 200200

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Oktober 2005
Bestellnr.: M1013 200510

Löhne und Gehälter, Arbeitskosten

Verdienste und Arbeitszeiten im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im Juli 2005
Bestellnr.: N1013 200543

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im September 2005
Bestellnr.: Z1013 200509

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen
Bestellnr.: Z2401

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Verzeichnis der Krankenhäuser und
Vorsorge- oder Rehabilitationsein-
richtungen in Deutschland – Kranken-
hausverzeichnis – Stand: 31.12. 2003
(E-Mail-Versand)
Bestellnr.: A4015C 200500

Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder 2005 – Umwelt und Wirtschaft, Analysen und Ergebnisse (E-Mail-Versand)
Bestellnr.: P5015E 200500

CD-ROM: Statistik lokal – Daten für die Gemeinden und Kreise Deutschlands (Ausgabe 2005)
Bestellnr.: Z1065C 200500

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2001 bis 2. Vierteljahr 2005 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3 (E-Mail-Versand)

Aktuelle Gemeinschafts- veröffentlichungen



CD-ROM „Statistik lokal 2005“

Mit der CD-ROM „Statistik lokal 2005“ stellen die statistischen Ämter des Bundes und der Länder nun bereits im dritten Jahr hintereinander eine Statistik-Datenbank für alle 13 000 Gemeinden, Städte und Kreise Deutschlands zur Verfügung.

Die Datenbank auf der CD-ROM bietet einen Querschnitt aus wichtigen Bereichen der amtlichen Statistik. Mit dem mitgelieferten Rechercheprogramm EASY-STAT® können die Daten individuell ausgewertet und in gängige Standardsoftware exportiert werden.

Die CD-ROM kostet als Einzelplatzlizenz 148,- Euro zuzüglich Versandkosten; für Wiederholungskäufer und Abonnenten bieten wir noch attraktivere Preise.

Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland – Krankenhausverzeichnis – Stand: 31.12.2003

Das Verzeichnis ermöglicht dem Nutzer eine vielfältige, auf individuelle Bedürfnisse abgestimmte Recherche auf dem Gebiet der stationären Gesundheitsversorgung. Es enthält Angaben zu 2 151 von insgesamt 2 197 Krankenhäusern und 1 280 von insgesamt 1 316 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Nach Regionalschlüssel (Land, Kreis, Gemeinde) sortiert bietet es Informationen zu

- Name und Adresse des Krankenhauses/der Einrichtung
 - Telefon-/Telefaxnummer
 - E-Mail-Adresse
 - Internetadresse
- Name und Adresse des Trägers
- Anzahl der aufgestellten Betten nach Fachabteilungen
- (bei Krankenhäusern zusätzlich) Anzahl der Tages und Nachtambulanzplätze.

Die Daten werden jährlich aktualisiert herausgegeben. Sie sind im Format Excel gespeichert und werden als ZIP-Datei zum Preis von 49,- Euro zuzüglich Versandkosten geliefert.

Hinweis:

Für Nutzer, die ausschließlich an Einrichtungen in Rheinland-Pfalz interessiert sind, gibt das Statistische Landesamt ein eigenes Verzeichnis heraus, das zum Preis von 5 Euro per E-Mail oder auf CD bezogen werden kann.

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de steht die überwiegende Zahl der aktuellen Statistischen Berichte zum kostenlosen Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Jürgen Hammerl und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR
PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.